



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1975

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Die Lernenden 1964 und 1974

Aufsätze: Allgemeinbildende Schulen
Schülerprognose
Hochschulstatistik
Lehrer-Studenten
Studentendatei und Studentenstatistik

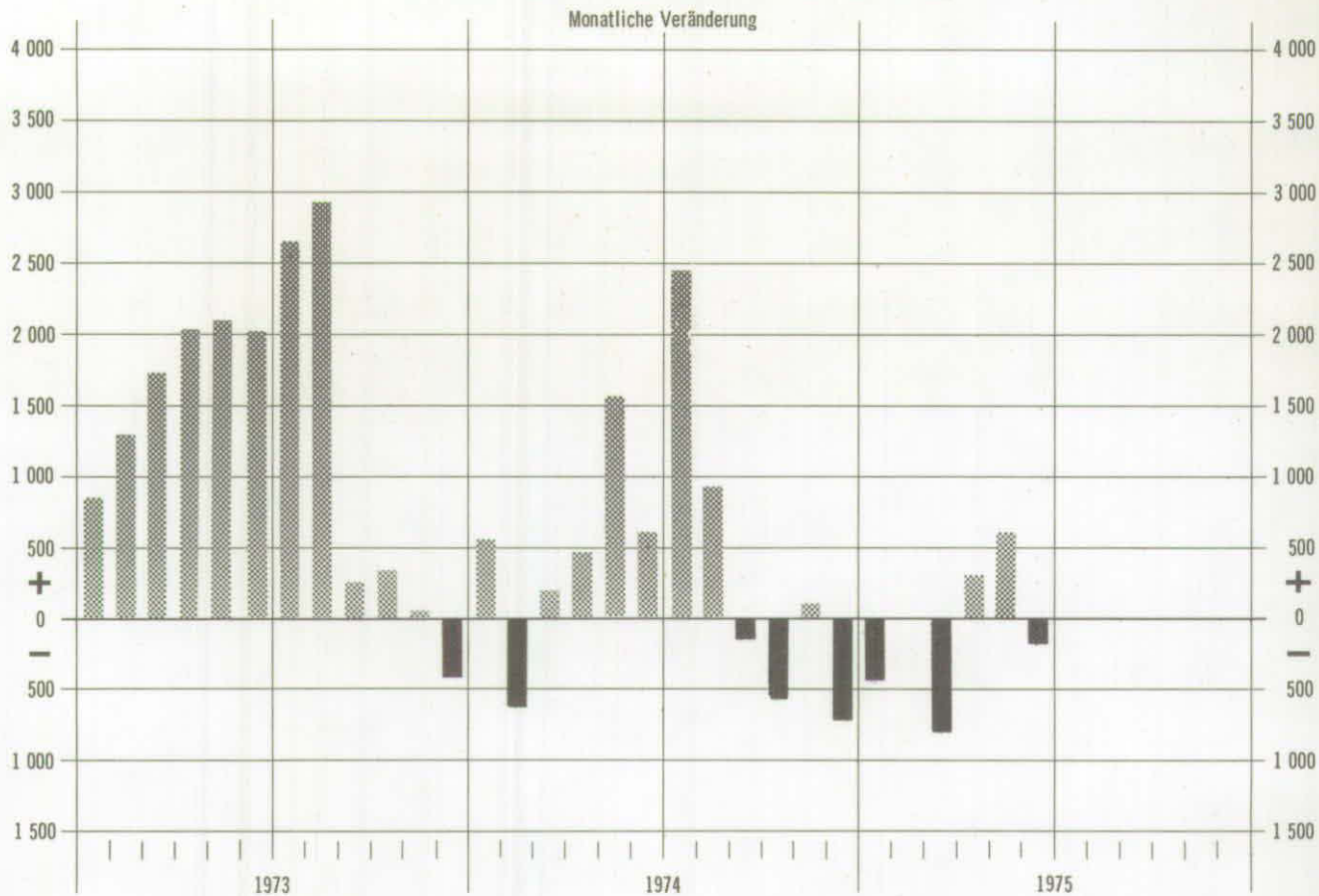
Beilage: Erweiterte Kreiszahlen



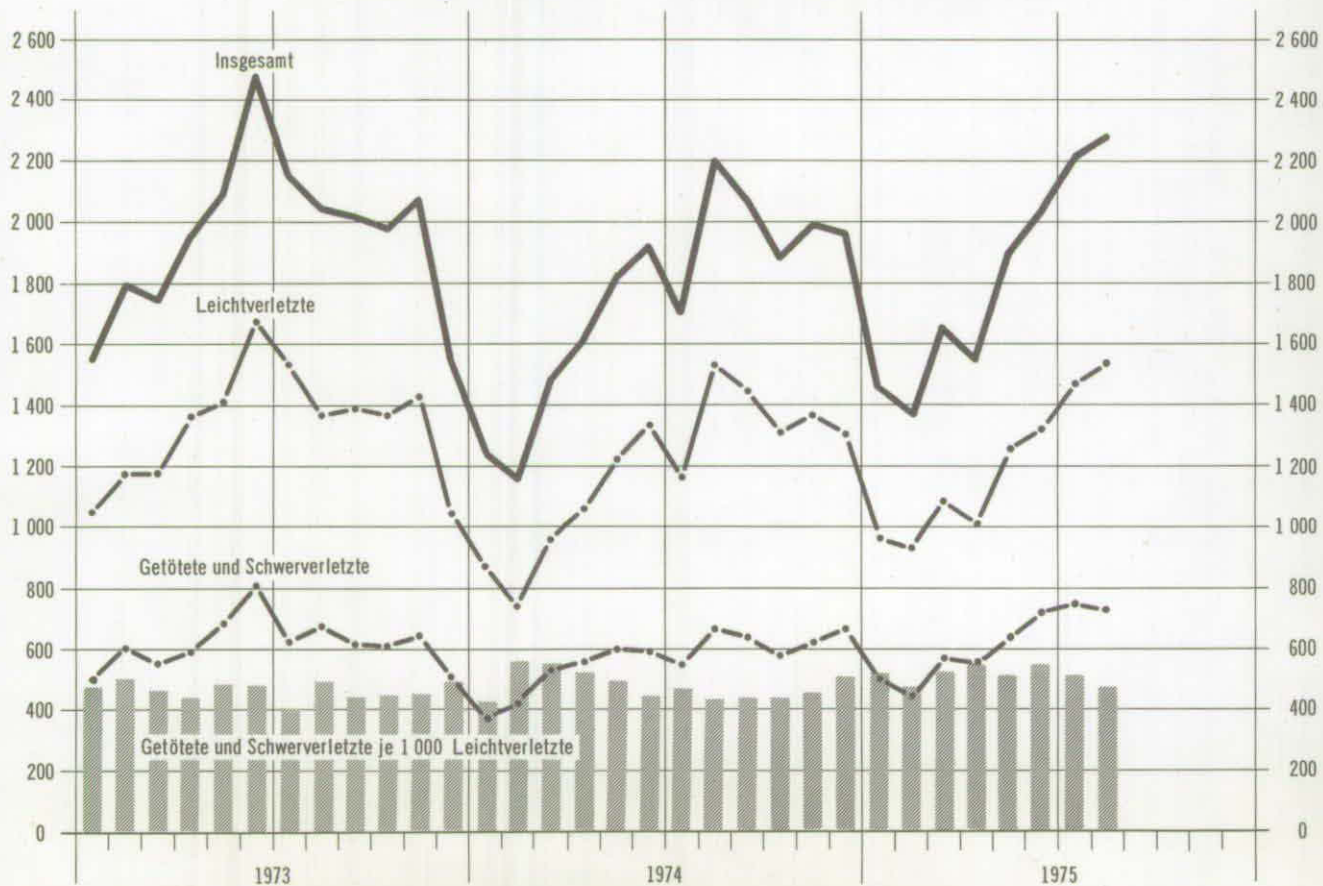
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





STATISTISCHE
MONATSHEFTE
SCHLESWIG - HOLSTEIN

Inhaltsverzeichnis 1975

27. Jahrgang

- A. Grafik des Monats
- B. Titelverzeichnis
- C. Schlagwortverzeichnis

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

A. GRAFIK DES MONATS

	Heft
Wohnungen im Bundesgebiet 1972	2
Landeshaushalt 1975	3
Landtagswahl am 13. April 1975	6
Bei Straßenverkehrsunfällen in Schleswig-Holstein verunglückte Verkehrsteilnehmer	7
Erwerbstätige in Schleswig-Holstein 1970	8
Steuereinnahmen und Steueraufkommen in Schleswig-Holstein 1970 - 1975	10
Die Lernenden in Schleswig-Holstein 1964 und 1974	11/12

B. TITELVERZEICHNIS

	Heft/Seite		Heft/Seite
Allgemeinbildende Schulen 1975/76	11/250	Beschäftigte der Apotheken; Umsatz und -	7/150
Apotheken; Umsatz und Beschäftigte der -	7/150	Betriebsvermögen; Die Zusammensetzung	6/139
Ausländische Arbeitnehmer		des gewerblichen -s in Schleswig-Holstein	
in der schleswig-holsteinischen Industrie		Buchführung in der Landwirtschaft;	
am 30. 9. 1974	6/146	Fachausbildung und -	8/192
Ausländische Studenten an den Hochschulen		Eheschließungen und Ehelösungen	4/75
in Schleswig-Holstein	3/53	Einkommen der Körperschaften;	
Auszubildende in schleswig-holsteinischen		Das - und seine Besteuerung im Jahre 1971	2/39
Industriebetrieben 1970 bis 1974	7/166	Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik;	
Baugewerbe; Investitionen im - 1973	1/13	Die Grundzüge der -	4/83
Baugewerbe am Wendepunkt?	2/32	Erkrankungen an Hepatitis infectiosa 1962 bis 1974	9/218
Baugewerbe; Rückläufige Investitionen im - 1974	10/222	Ernte; Getreide- und Raps-n 1974 und 1975	9/198
Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen		Erwerbstätige; Berufliche Gliederung der -n	
in Schleswig-Holstein		in Schleswig-Holstein	
(Teil 1)	6/126	(Teil 1)	6/126
(Teil 2)	8/179	(Teil 2)	8/179
(Teil 3)	10/227	(Teil 3)	10/227



STATISTISCHE
MONATSHEFTE
SCHLESWIG - HOLSTEIN

Verzeichnis der Beiträge

1973-1975

(25. - 27. Jahrgang)

Gebiet und Bevölkerung	Handel und Gastgewerbe
Gesundheitswesen	Verkehr
Bildung und Kultur	Geld und Kredit
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	Öffentliche Sozialleistungen
Wahlen	Öffentliche Finanzen
Erwerbstätigkeit	Preise
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Löhne und Gehälter
Unternehmen und Arbeitsstätten	Versorgung und Verbrauch
Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft	Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Ausländer	
Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der – in Schleswig-Holstein	73/2/30
Die – in Schleswig-Holstein in demografischer Sicht	74/8/166
Bevölkerung Schleswig-Holsteins in Privat- und Anstaltshaushalten; Die – und in den Familien	74/11/218
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle der letzten Jahre	74/11/215
Eheschließungen und Ehelösungen	75/4/75
Mehrlingsgeburten in Schleswig-Holstein	75/3/50
Terminologie der Volkszählung 1970; Zur bevölkerungsstatistischen –	73/4/78

GESUNDHEITSWESEN

Erkrankungen an Hepatitis infectiosa 1962 bis 1974	75/9/218
Gestorbene; Die –n 1971	73/9/209
Gesundheitswesen; Das – Schleswig-Holsteins 1972 im Spiegel der Statistik	74/5/105

BILDUNG UND KULTUR

Abiturienten;	
Berufswünsche der –, die nicht studieren wollen	73/9/201
Allgemeinbildende Schulen 1975/76	75/11/250
Hochschulstatistik gestern, heute und morgen	75/11/260
Schülerprognosemodell;	
Ein – und seine Einsatzmöglichkeiten	75/11/252
Studenten	
Zur Bildungswanderung der –	73/9/194
– an Fachhochschulen in Schleswig-Holstein	74/3/56
Die Veränderung der Altersstruktur der – und ihre Ursachen	75/1/2
Ausländische – an den Hochschulen in Schleswig-Holstein	75/3/53
Deutsche – an den Hochschulen in Schleswig-Holstein in einem zweiten Studium	75/7/162
Die Ausbildungsabsichten der –, die eine Lehrbefähigung anstreben	75/11/271
Studentenstatistik auf der Basis einer fortschreibungsfähigen Datei	75/11/274
Volkshochschulen;	
Die Arbeit der – in Schleswig-Holstein	73/5/98

RECHTSPFLEGE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Vergehen im Straßenverkehr 1971	73/7/165
---------------------------------	----------

WAHLEN

Bundestagswahl 1972; Die – in Schleswig-Holstein	
Teil 1: Wahlkreisergebnisse	73/1/2
Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	73/2/26
Teil 3: Regionale Ergebnisse	73/4/74
Teil 4: Vergleich mit der Landtagswahl 1971	73/5/113
Kreis- und Gemeindevahl; Die – am 24. März 1974	
Teil 1: Kreisergebnisse	74/5/98
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise	74/6/123
Teil 3: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	74/7/142
Landtagswahl 1975	
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse	75/6/130
Teil 2: Regionale Ergebnisse	75/7/156
Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	75/8/174

ERWERBSTÄTIGKEIT

Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein	
(Teil 1)	75/6/126
(Teil 2)	75/8/179
(Teil 3)	75/10/227
Berufspendler;	
Räumliche Struktur der – in Schleswig-Holstein	73/8/170
Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970 (Teil 2)	73/11/218
Fernpendler;	
Erwerbstätige – mit Familienwohnsitz in Schleswig-Holstein	74/9/187

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

Ackerbau;	
Strukturdaten des schleswig-holsteinischen –s 1971	73/8/186
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	74/4/89
Baumschulen; Die Produktionsentwicklung in den schleswig-holsteinischen –	74/4/92

	Heft/Seite		Heft/Seite
Anbau (Getreide, Raps)	9/198	Körperschaftsteuer	2/39
Apotheken	7/150	Krankenversicherung	3/71
Ausbildung (Landwirte)	8/192		
Ausländer		Landtagswahl 1975	6/130, 7/156, 8/174
Industrie	6/146	Landwirte (Buchführung, Ausbildung)	8/192
Studenten	3/53	Lehrer-Studenten	11/271
Auszubildende (Industrie)	7/166	Löhne (Struktur)	3/57
		Lohnsummensteuer	10/244
Baugewerbe	2/32		
Investitionen	1/13, 10/222	Mehrlingsgeburten	3/50
Berufe (Volkszählung 1970)	6/126, 8/179, 10/227	Milcherzeugung	8/188
Beschäftigte			
Apotheken	7/150		
Industrie	7/170	Nord-Ostsee-Kanal	9/211
Bilanzstruktur	6/139		
Buchführung (Landwirte)	8/192	Preisindex für die Lebenshaltung	5/97
Ehelösungen	4/75	Raiffeisen	2/27
Eheschließungen	4/75	Raps (Anbau, Ernte)	9/198
Einheitswerte	6/139	Reiseverkehr	10/236
Einzelhandelsstatistik (Methode)	4/83		
Erkrankungen (Gelbsucht)	9/218	Schiffs- und Güterverkehr (Nord-Ostsee-Kanal)	9/211
Ernte (Getreide, Raps)	9/198	Schüler (Prognose)	11/252
Erwerbstätige (Volkszählung 1970)	6/126, 8/179, 10/227	Schulen, Allgemeinbildende	11/250
		Sozialprodukt	4/87, 9/201
		Spareinlagen	9/215
		Steuern	
Fortschreibung (Studenten)	11/274	Körperschaftsteuer	2/39
		Lohnsummensteuer	10/244
		Studenten	
Gastgewerbe (Umsätze)	2/46	Altersstruktur	1/2
Gastgewerbestatistik (Methode)	4/83	Ausländische	3/53
Gebäudezählung 1975/76 (Programm)	1/16	Datei	11/274
Geburten, Mehrlings-	3/50	Lehrbefähigung	11/271
Gehälter (Struktur)	3/57	2. Studium	7/162
Gelbsucht	9/218		
Geldwertsicherung in Verträgen	5/97	Umsätze	
Genossenschaftswesen	2/27	Apotheken	7/150
Getreide (Anbau, Ernte)	9/198	Gastgewerbe	2/46
Grenzverkehr	10/236	Umweltschutz-Investitionen	7/168
Handwerk	6/144	Verarbeitende Industrie	1/8
Hochschulen	11/260	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	4/87, 9/201
Industrie		Wahlen (1975)	6/130, 7/156, 8/174
Beschäftigtenentwicklung	7/170	Wertsicherung in Verträgen	5/97
Investitionen	1/11	Wohnungszählung 1975/76 (Programm)	1/16
Verarbeitende	1/8		
Investitionen			
Baugewerbe	1/13, 10/222		
Industrie	1/11		
Umweltschutz	7/168		

	Heft/Seite		Heft/Seite
Gastgewerbe; Die Umsatzentwicklung im -	2/46	Lohnsummen der gewerblichen Betriebe;	
Gastgewerbestatistik;		Die - und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein	
Die Grundzüge der Einzelhandels- und -	4/83	im Jahre 1970	10/244
Gebäude- und Wohnungszählung; Die - 1975/76	1/16		
Geburten; Mehrlings- in Schleswig-Holstein	3/50	Mehrlingsgeburten in Schleswig-Holstein	3/50
Gehälter; Die Struktur der Löhne und -	3/57	Milcherzeugung; Zur - in Schleswig-Holstein	8/188
Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen	5/97		
Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975	9/198	Nord-Ostsee-Kanal;	
Grenzüberschreitende(r) Reiseverkehr;		Schiffs- und Güterverkehr auf dem - im Jahr 1974	9/211
Der - 1965 bis 1974	10/236		
		Raiffeisen-Organisation; 90 Jahre -	2/27
Handwerk 1974	6/144	Rapsernte; Getreide- und -n 1974 und 1975	9/198
Hepatitis infectiosa; Erkrankungen an - 1962 bis 1974	9/218	Reiseverkehr; Der grenzüberschreitende - 1965 bis 1974	10/236
Hochschulstatistik gestern, heute und morgen	11/260		
		Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal	
Industrie; Die verarbeitende - 1974	1/8	im Jahr 1974	9/211
Industrie; Investitionen der schleswig-holsteinischen		Schülerprognosemodell;	
-unternehmen 1973	1/11	Ein - und seine Einsatzmöglichkeiten	11/252
Industrie; Ausländische Arbeitnehmer		Schulen; Allgemeinbildende - 1975/76	11/250
in der schleswig-holsteinischen - am 30. 9. 1974	6/146		
Industrie; Auszubildende in schleswig-holsteinischen		Sozialprodukt;	
-betrieben 1970 bis 1974	7/166	Entstehung, Verteilung und Verwendung des -s	
Industrie; Investitionen für Umweltschutz		Teil 1: Methodik, Entstehungsrechnung	4/87
in den schleswig-holsteinischen -betrieben 1971 bis 1973	7/168	Teil 2: Verteilungs- und Verwendungsrechnung	9/201
Industrie; Aktuelles aus der -		Spareinlagen;	
dargestellt an der Beschäftigtenentwicklung	7/170	Die Entwicklung der - in Schleswig-Holstein seit 1973	9/215
Investitionen der schleswig-holsteinischen		Studenten; Die Veränderung der Altersstruktur der -	
Industrieunternehmen 1973	1/11	und ihre Ursachen	1/2
Investitionen für Umweltschutz		Studenten; Ausländische - an den Hochschulen	
in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben		in Schleswig-Holstein	3/53
1971 bis 1973	7/168	Studenten; Deutsche - an den Hochschulen	
Investitionen im Baugewerbe 1973	1/13	in Schleswig-Holstein in einem zweiten Studium	7/162
Investitionen im Baugewerbe; Rückläufige - 1974	10/222	Studenten; Die Ausbildungsabsichten der -,	
		die eine Lehrbefähigung anstreben	11/271
		Studentenstatistik auf der Basis	
		einer fortschreibungsfähigen Datei	11/274
Körperschaften; Das Einkommen der -			
und seine Besteuerung im Jahre 1971	2/39	Umsatzentwicklung im Gastgewerbe; Die -	2/46
Krankenversicherung; Die gesetzliche -	3/71	Umsatz und Beschäftigte der Apotheken	7/150
		Umweltschutz; Investitionen für -	
Landtagswahl 1975		in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben	
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse	6/130	1971 bis 1973	7/168
Teil 2: Regionale Ergebnisse	7/156		
Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	8/174	Verarbeitende Industrie; Die - 1974	1/8
Landwirtschaft; Fachausbildung und Buchführung in der -	8/192		
Löhne und Gehälter; Die Struktur der -	3/57	Wohnungszählung; Die Gebäude- und - 1975/76	1/16

	Jg./Heft/Seite		Jg./Heft/Seite
Beherbergungskapazität; Die – im Jahre 1974	74/9/206	Bruttolöhne der Arbeitnehmer; Die – und ihre Besteuerung im Jahre 1971	74/7/157
Einzelhandelsumsätze; Die Entwicklung der – im Jahre 1973	74/4/95	Einkommen der Körperschaften; Das – und seine Besteuerung im Jahre 1971	75/2/39
Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik; Die Grundzüge der –	75/4/83	Erbschaften; Die – und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein 1967 bis 1972	73/8/178
Fremdenverkehr Der – im Jahre 1972	73/6/135	Lohnsteuerpflichtige; Über 790 000 – in Schleswig-Holstein	74/2/48
Der – in Schleswig-Holstein 1973	74/9/191	Lohnsummen der gewerblichen Betriebe; Die – und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein im Jahre 1970	75/10/244
Gastgewerbe; Die Umsatzentwicklung im –	75/2/46	Umsätze; Die – und ihre Besteuerung im Jahre 1972	74/4/81
		Vermögen; Das – und seine Besteuerung 1969	74/3/66
VERKEHR		PREISE	
Güterumschlag in den Häfen; Der – 1972	74/2/37	Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen	75/5/97
Kraftfahrzeugbestand; Die Entwicklung des –es	73/9/206	Lebenshaltung; Über den Preisindex für die –	74/6/132
Nord-Ostsee-Kanal Der Schiffs- und Güterverkehr auf dem – im Jahre 1972	73/7/155		
Schiffs- und Güterverkehr auf dem – im Jahr 1974	75/9/211	LÖHNE UND GEHÄLTER	
Reiseverkehr; Der grenzüberschreitende – 1965 bis 1974	75/10/236	Arbeitsverdienste Die Entwicklung der – 1968 bis 1972 – im Entwicklungsvergleich	73/8/188 74/7/153
Straßenverkehrsunfälle Die Entwicklung der – mit Personenschaden in Schleswig-Holstein	73/1/11	Löhne und Gehälter; Die Struktur der –	75/3/57
Die – mit Personenschaden im Jahre 1973	74/5/115	Reallohnentwicklung; Versuch zur Bestimmung der –	74/2/26
		Regionale Lohnunterschiede 1969	73/2/41
GELD UND KREDIT		VERSORGUNG UND VERBRAUCH	
Spareinlagen Die Entwicklung der – in den Jahren 1970 bis 1972	73/4/92	(kein Beitrag)	
Die Entwicklung der – in Schleswig-Holstein seit 1973	75/9/215	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN	
Zahlungsschwierigkeiten; Die – in den Jahren 1968 bis 1971	73/1/19	Bruttoinlandsprodukt Das – 1972	73/7/146
		Das – in den Kreisen 1961 und 1970	74/1/3
ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN		Pro-Kopf-Werte des –s in den Kreisen 1961 und 1970	74/3/51
Alten- und Pflegeheime 1972	73/6/140	Sozialprodukt; Entstehung, Verteilung und Verwendung des –s Teil 1: Methodik, Entstehungsrechnung	75/4/87
Krankenversicherung; Die gesetzliche –	75/3/71	Teil 2: Verteilungs- und Verwendungsrechnung	75/9/201
		Wirtschaftliches Wachstum 1973	74/4/75
ÖFFENTLICHE FINANZEN			
Betriebsvermögen; Die Zusammensetzung des gewerblichen –s in Schleswig-Holstein	75 6/139		

	Jg./Heft/Seite
Betriebe	
Die Ermittlung der Produktionsrichtung und des Betriebseinkommens der land- und forstwirtschaftlichen –	73/5/103
Produktionsrichtung und Spezialisierung der land- und forstwirtschaftlichen –	74/1/9
Binnenfischerei; Die – 1972	73/7/162
Ernte	
Zur Getreide– 1973	74/2/33
Getreide- und Raps–n 1974 und 1975	75/9/198
Erwerbsobstbau; Die Entwicklung des –s	73/9/214
Fachausbildung und Buchführung in der Landwirtschaft	75/8/192
Gartenbau; Die Betriebsstruktur im –	74/8/171
Geflügelhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971	73/3/71
Gewächshausfläche; 112 Hektar –	73/6/144
Maschineneinsatz durch landwirtschaftliche Lohnunternehmer 1971	73/4/85
Milcherzeugung; Zur – in Schleswig-Holstein	75/8/188
Molkereiwirtschaft im Wandel	73/6/128
Raiffeisen-Organisation; 90 Jahre –	75/2/27
Rinder- und Schweinehaltung; Die Struktur der – 1973	74/11/235
Schweinehaltung	
Die – in Schleswig-Holstein 1971	73/2/45
Entwicklungen in der –	73/6/123
Zusammenarbeit in der Land- und Forstwirtschaft; Überbetriebliche – Schleswig-Holsteins 1971	73/11/234

UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

Kapitalgesellschaften; Die Entwicklung der – in Schleswig-Holstein von 1968 bis 1972	74/2/43
--	---------

INDUSTRIE UND HANDWERK, ENERGIEWIRTSCHAFT

Handwerk	
Beschäftigte und Umsätze im – 1970 bis 1974 – 1974	74/9/210 75/6/144
Industrie	
Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen – im Jahre 1972	73/3/50
Mehr Fachkräfte, weniger Hilfsarbeiter in der – Die verarbeitende – in Schleswig-Holstein 1973	73/11/230 74/6/126
Umsätze und Löhne in der – im Konjunkturablauf 1969 bis 1974	74/11/225

	Jg./Heft/Seite
noch: Industrie	
Die verarbeitende – 1974	75/1/8
Ausländische Arbeitnehmer in der schleswig-holsteinischen – am 30. 9. 1974	75/6/146
Auszubildende in schleswig-holsteinischen –betrieben 1970 bis 1974	75/7/166
Aktuelles aus der – dargestellt an der Beschäftigtenentwicklung	75/7/170
Industrieproduktion auf vollen Touren	73/7/167
Industrie und Handwerk in wirtschaftssystematischer Sicht	73/4/80
Investitionen	
– in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971	73/3/53
– in der Industrie und im Baugewerbe 1972	74/4/78
– der schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen 1973	75/1/11
– für Umweltschutz in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971 bis 1973	75/7/168
Kleinbetriebe; Industrielle – 1973	74/4/94

BAUWIRTSCHAFT, GEBÄUDE UND WOHNUNGEN

Baugewerbe am Wendepunkt?	75/2/32
Bauhauptgewerbe	
Langfristige Wandlungen im – Auftragseingänge und -bestände im – 1971 bis 1973	73/3/56 74/1/18
Das – im Jahre 1973	74/3/63
Bautätigkeit und Baugenehmigungen 1972	73/7/149
Gebäude und Wohnungen; Die Struktur der – 1972	74/11/230
Gebäude- und Wohnungszählung; Die – 1975/76	75/1/16
Hochbau 1973	74/7/145
Investitionen	
– im Baugewerbe 1973	75/1/13
Rückläufige – im Baugewerbe 1974	75/10/222
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand	
– 1972	73/4/90
– 1973	74/8/175
Wohnungsbau in Schleswig-Holstein nach dem Kriege	73/3/65

HANDEL UND GASTGEWERBE

Apotheken; Umsatz und Beschäftigte der –	75/7/150
Außenhandel; Der – Schleswig-Holsteins im Jahre 1973	74/8/179

INHALT 11/12 – 75

	Seite
Aktuelle Auslese	249
Aufsätze	
Allgemeinbildende Schulen 1975/76	250
Ein Schülerprognosemodell und seine Einsatzmöglichkeiten	252
Hochschulstatistik gestern, heute und morgen	260
Die Ausbildungsabsichten der Studenten, die eine Lehrbefähigung anstreben	271
Studentenstatistik auf der Basis einer fortschreibungsfähigen Datei	274
Grafik des Monats	268
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1975
102 Seiten, Preis 2,— DM

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. + 3. Halbseite!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1975

Altersstruktur der Studenten
Verarbeitende Industrie 1974
Industrie-Investitionen 1973
Investitionen im Baugewerbe
Die nächste Wohnungszählung

Heft 2/1975

90 Jahre Raiffeisen
Baugewerbe am Wendepunkt?
Körperschaftsteuer 1971
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Heft 3/1975

Mehrlingsgeburten
Ausländische Studenten
Struktur Löhne und Gehälter
Krankenversicherung

Heft 4/1975

Eheschließungen und -lösungen
Zur Statistik im Einzelhandel
Sozialprodukt (Teil 1)

Heft 5 / 1975

Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen

Heft 6 / 1975

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)
Landtagswahl (Teil 1)
Bilanzstruktur 1969
Handwerk 1974
Ausländer in der Industrie

Heft 7 / 1975

Apotheken
Landtagswahl (Teil 2)
Studenten in einem 2. Studium
Auszubildende Industrie
Umweltschutz-Investitionen
Aktuelles aus der Industrie



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1975

Aktuelle Auslese



Industrie 1975

Ein erster Überblick über die Entwicklung der verarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein im Jahre 1975, der auf den Ergebnissen für die ersten neun Monate basiert, ergibt folgendes Bild: Die Zahl der in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben tätigen Personen war im Jahresdurchschnitt 1975 mit 177 000 um 10 000 oder 5 % geringer als 1974. Der Rückgang des Einsatzes von Arbeitskräften wurde in einigen Branchen, besonders in der Papier- und Pappeherzeugung, noch durch Kurzarbeit verstärkt.

Die produzierte Gütermenge blieb um 5 % hinter der des Jahres 1974 zurück. Die höchsten Abstriche mußten im Bereich der Grundstoffe und Produktionsgüter hingenommen werden.

Die Vorjahresumsätze konnten infolge des erhöhten Preisniveaus im ganzen gehalten werden. Die leichte Schwäche des Inlandsgeschäfts wurde durch verstärkten Export ausgeglichen. Dieses Ergebnis erklärt sich aus der 1975 extrem hohen Exportquote im Schiffbau. Läßt man diesen Zweig aus der Betrachtung heraus, so ergibt sich ein geringer Anstieg des Inlandsumsatzes (+ 1 %), aber ein deutlicher Rückgang der Ausfuhr (- 5 %).

Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz hat sich leicht erhöht, ohne jedoch das Niveau der Jahre 1972/73 zu erreichen.

Der Energieverbrauch ist weiter gesunken. Der bereits 1974 begonnene Abbau der dominierenden Stellung des Heizöls hat sich auch 1975 fortgesetzt (- 20 %). Demgegenüber hat der Gasverbrauch kräftig zugenommen (+ 16 %) und damit der Elektrizität den Rang abgelaufen.



Zahl der Berufsschüler stagniert

Nach einem vorläufigen Ergebnis wurden die Berufsschulen in Schleswig-Holstein zu Beginn des Schuljahres 1975/76 von 63 062 Schülern besucht. Damit hat sich die Zahl der Berufsschüler gegenüber dem Schuljahr 1974/75 kaum verändert. Damals wurden 63 038 Schüler gezählt.



Mehr Schüler im Berufsgrundbildungsjahr

Die Zahl der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr hat nach einem vorläufigen Ergebnis Anfang des Schuljahres 1975/76 1 137 betragen. Das sind 152 Schüler oder 15 % mehr als zu Beginn des Schuljahres 1974/75. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten bei den Schülerzahlen haben die Berufsfelder Metall (+ 58 %), Wirtschaft und Verwaltung (+ 27 %), Ernährung und Hauswirtschaft (+ 21 %) sowie Elektrotechnik (+ 17 %).



Fast 2 000 Teilnehmer an Abschlußprüfungen je Semester

Im Sommersemester 1974 stellten sich in Schleswig-Holstein 1 988 Teilnehmer einer akademischen, staatlichen oder kirchlichen Abschlußprüfung. 1 851 Teilnehmer oder 93 % haben die Prüfung bestanden. Im Wintersemester 1973/74 hatte es 1 876 und im Semester davor 1 928 Prüfungsteilnehmer gegeben. Auch damals hat die Erfolgsquote 93 % betragen.

Allgemeinbildende Schulen 1975/76

Zu Beginn des Schuljahres 1975/76 besuchten rund 440 000 Schüler die öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein, das sind 82 % aller 6- bis 18jährigen Kinder und Jugendlichen im Lande. Gegenüber dem Schuljahr 1974/75 hat die Schülerzahl um rund 12 000 oder 3% zugenommen. Ein Vergleich mit dem Schuljahr 1970/71 zeigt sogar eine Steigerung um gut 81 000 Schüler oder 23%. Die Zuwachsrate ist jedoch im letzten halben Jahrzehnt von Jahr zu Jahr kleiner geworden.

Schuljahr	Schüler an allgemeinbildenden Schulen	Zunahme gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl	%
1970/71	358 726	.	.
1971/72	378 190	19 464	5,4
1972/73	397 411	19 221	5,1
1973/74	415 443	18 032	4,5
1974/75	428 283	12 840	3,1
1975/76 (vorl. Ergebnis)	440 255	11 972	2,8

Unter den Schülern des Schuljahres 1975/76 waren knapp 5 700 ausländische Kinder, das sind 1,3% aller Schüler in allgemeinbildenden Schulen. 1970/71 hatte dieser Anteil 0,4% betragen.

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen der Elementarbereich (Vorklasse, Schulkindergarten), der Primarbereich (Grundschule, Schuljahrgänge 1 bis 4 der integrierten Gesamtschule), der Sekundarbereich I (Hauptschule, Realschule, Schuljahrgänge 5 bis 10 des Gymnasiums und der integrierten Gesamtschule), der Sekundarbereich II (Schuljahrgänge 11 bis 13 des Gymnasiums und der integrierten Gesamtschule), ferner die Sonderschulen, die Abendschulen und ein Kolleg. Fast die Hälfte aller Schüler gehört zum Sekundarbereich I.

Bereich	Schüler im Schuljahr 1975/76 (vorläufiges Ergebnis)	
	Anzahl	%
Elementarbereich	8 582	2,0
Primarbereich	179 482	40,8
Sekundarbereich I	214 542	48,7
Sekundarbereich II	15 480	3,5
Sonderschulen	20 978	4,8
Abendschulen, Kolleg	1 191	0,3
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	440 255	100

Vorklassen und Schulkindergärten

Die Zahl der Kinder in Vorklassen ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Ziel dieser Einrichtung ist es, noch

nicht schulpflichtige Kinder, vor allem milieu-benachteiligte Kinder, möglichst so zu fördern, daß sie ohne Benachteiligung ins Schulleben eintreten können. Vorklassen bestehen überwiegend an Grundschulen, aber auch an Sonderschulen und Kindertagesstätten. Im Schuljahr 1970/71 wurden in Schleswig-Holstein lediglich 897 Kinder in Vorklassen betreut, inzwischen sind es nahezu 7 600 Kinder.

In den Schulkindergärten werden vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder auf die Schule vorbereitet. Schulkindergärten bestehen ebenfalls überwiegend an Grundschulen, daneben sind sie aber auch Sonderschulen angeschlossen. Im Schuljahr 1970/71 besuchten in Schleswig-Holstein 629 Kinder einen Schulkindergarten. Inzwischen ist die Entwicklung kontinuierlich weitergegangen. Heute sind es gut 1 000 Kinder, die eine solche Einrichtung besuchen.

Grundschulen

Die vierjährige Grundschule muß - von wenigen Ausnahmen (z. B. Sonderschulbedürftigkeit) abgesehen - von allen Kindern besucht werden. Die Entwicklung der Zahl der Grundschüler wird daher weitgehend durch den Umfang der Geburtsjahrgänge, die ins schulpflichtige Alter hineinwachsen, bestimmt. Der Geburtenrückgang seit 1968 wirkt sich bereits auf die Zahl der Grundschüler aus. Sie hatte im Schuljahr 1973/74 in Schleswig-Holstein ihr Maximum mit rund 183 600 Schülern erreicht und liegt im laufenden Schuljahr nur noch bei 178 700 Schülern. Von dieser Abnahme werden ausschließlich die beiden ersten Schuljahrgänge berührt. Im Herbst 1974 sank die Zahl der Neueinschulungen erstmalig unter 45 000.

Schuljahr	Schüler an Grundschulen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl	%
1970/71	162 816	.	.
1971/72	176 387	+ 13 571	+ 8,3
1972/73	181 523	+ 5 136	+ 2,9
1973/74	183 637	+ 2 114	+ 1,2
1974/75	182 535	- 1 102	- 0,6
1975/76 (vorl. Ergebnis)	178 678	- 3 857	- 2,1

Hauptschulen

Nach vier Grundschuljahren besuchen die Schüler - mit wenigen Ausnahmen - eine weiterführende Schule, und zwar eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium.

Die Zahl der Hauptschüler ist in den letzten Jahren wieder gestiegen. Sie liegt mit über 76 000 Schülern umfast 9 000 (+ 13%) höher als im Schuljahr 1972/73. Die Kinder aus den noch stark besetzten Geburtsjahren Anfang bis Mitte der 60er Jahre haben inzwischen weitgehend die Grundschule verlassen und befinden sich als "Teenager" in der Hauptschule oder in einer anderen weiterführenden Schule. Von den 12 000, um die die Zahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im letzten Jahr insgesamt zugenommen hat, entfielen rund 5 500 auf die Hauptschulen.

Schuljahr	Schüler an Hauptschulen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl	%
1970/71	74 751	.	.
1971/72	67 159	- 7 592	- 10,2
1972/73	67 065	- 94	- 0,2
1973/74	69 005	+ 1 940	+ 2,9
1974/75	70 495	+ 1 490	+ 2,2
1975/76 (vorl. Ergebnis)	76 044	+ 5 549	+ 7,9

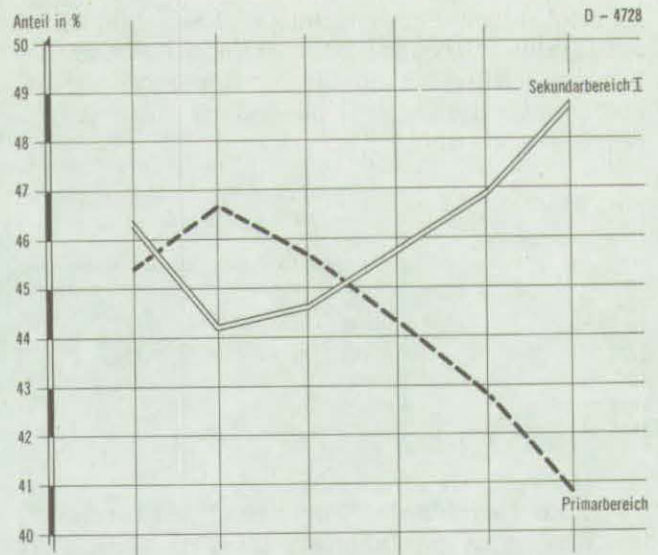
Realschulen

Die Zahl der Realschüler nimmt in Schleswig-Holstein ständig weiter zu. Sie betrug Anfang des Schuljahres 1975/76 rund 77 900. Die Schülerzahl hat gegenüber dem Schuljahr 1970/71 eine Zuwachsrate von mehr als 50 % aufzuweisen. Die jährliche Zuwachsrate ist in den vergangenen Jahren ziemlich gleichmäßig gewesen. Sie lag Anfang der 70er Jahre bei etwa 9%. Erst 1975/76 gegenüber 1974/75 sank sie unter 8%. Das bedeutet aber immer noch rund 5 200 Schüler mehr als vor einem Jahr.

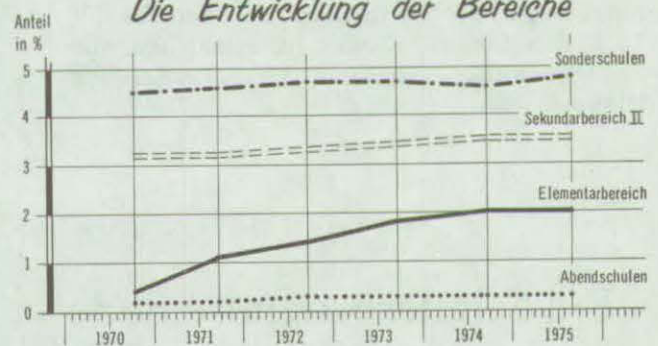
Schuljahr	Schüler an Realschulen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl	%
1970/71	51 383	.	.
1971/72	56 383	+ 5 000	+ 9,7
1972/73	61 065	+ 4 682	+ 8,3
1973/74	66 803	+ 5 738	+ 9,4
1974/75	72 643	+ 5 840	+ 8,7
1975/76 (vorl. Ergebnis)	77 882	+ 5 239	+ 7,2

Gymnasien

Die Zahl der Schüler in Gymnasien war Anfang des Schuljahres 1975/76 mit rund 73 600 nur wenig niedriger als die in Realschulen. Beide Schularten haben 1970/71 etwa gleichviel Schüler gehabt, nämlich ungefähr 51 400. Inzwischen ist aber die Zahl der Gymnasiasten nicht ganz so stark angestiegen wie die der Realschüler. Die jährliche Zuwachsrate bei den Schülern in Gymnasien ist in den vergangenen Jahren leicht abgesunken. Die Zunahme



Die Schüler der allgemeinbildenden Schulen 1970-1975
Die Entwicklung der Bereiche



im letzten Jahr lag aber immer noch bei 3 200 Schülern.

Schuljahr	Schüler an Gymnasien	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Anzahl	%
1970/71	51 336	.	.
1971/72	55 313	+ 3 977	+ 7,8
1972/73	61 144	+ 5 831	+ 10,5
1973/74	66 266	+ 5 122	+ 8,4
1974/75	70 410	+ 4 144	+ 6,3
1975/76 (vorl. Ergebnis)	73 640	+ 3 230	+ 4,6

Sonderschulen

Der Anteil der Sonderschüler an allen Schülern in allgemeinbildenden Schulen ist seit dem Schuljahr 1970/71 nahezu konstant geblieben. Während er im Schuljahr 1970/71 4,5 % ausmachte, stieg er im Schuljahr 1975/76 geringfügig auf 4,8 % an. Die Zahl der Sonderschüler hat aber laufend zugenommen. Es gibt heute in Schleswig-Holstein rund 21 000 Sonderschüler, das sind knapp 4 900 (30 %) mehr als im Schuljahr 1970/71. Bei den Sonderschulen handelt es sich überwiegend um Schulen für Lernbehinderte. In diesen Schulen werden nahezu neun

Zehntel aller Sonderschüler unterrichtet. In den letzten Jahren ist in Schleswig-Holstein der Ausbau von Sonderschulen für Sprachbehinderte und geistig Behinderte besonders stark vorangetrieben worden.

Schuljahr	Schüler in Schulen für ...	
	Sprachbehinderte	geistig Behinderte
1970/71	150	202
1971/72	204	233
1972/73	371	458
1973/74	479	388
1974/75	704	741
1975/76 (vorl. Ergebnis)	819	1 000

Um eine individuelle Förderung des behinderten Kindes zu gewährleisten, ist es wichtig, in kleinen Gruppen zu unterrichten. Im Schuljahr 1975/76 betrug die durchschnittliche Klassenstärke in Sonderschulen für Lernbehinderte 15,2 Schüler je Klasse und in allen anderen Sonderschulen zusammen 9,2 Schüler je Klasse.

Integrierte Gesamtschulen

Öffentliche integrierte Gesamtschulen gibt es in Schleswig-Holstein erst seit dem Schuljahr 1971/72, sie gelten als Schulversuche. Diese Schulen wachsen Jahr für Jahr um einen Schuljahrgang an und sind jetzt bis zum 9. Schuljahrgang aufgebaut. Auch die privaten Freien Waldorfschulen zählen zu den integrierten Gesamtschulen. Alle integrierten Gesamtschulen - die öffentlichen und privaten zusammen - werden heute von rund 2 800 Schülern besucht, 1971/72 waren es gut 600 Schüler.

Abendschulen und Kolleg

Von den Abendschülern besuchten zu Beginn des Schuljahres 1975/76 696 eine Abendrealschule und 430 ein Abendgymnasium. Das Kolleg hatte nur 65 Schüler. Seit dem Schuljahr 1970/71 hat die Schülerzahl an den Abendschulen um 358 (43 %) zugenommen.

Jürgen-Günter Laube/Lieselotte Korschey

Ein Schülerprognosemodell und seine Einsatzmöglichkeiten

Der Weg zum EDV-Modell

Das Statistische Landesamt versuchte bereits Mitte der 50er Jahre Methoden zu entwickeln, um die langfristige Entwicklung der Schülerzahlen vorzuschätzen. Damals galt jedoch das allgemeine Interesse vordringlich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Beseitigung der Kriegsfolgen, so daß diese Berechnungen nur einem kleinen Fachkreis bekannt wurden. Auch waren die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Ausbildung und Wirtschaftsentwicklung noch nicht so sehr ins Bewußtsein gedrungen. Erst ein Jahrzehnt später gab es kritische Stimmen, die die Bildungssituation in der Bundesrepublik negativ beurteilten und düstere Prognosen für die Zukunft stellten. Damit war das allgemeine Interesse an Vorausschätzungen im Bildungsbereich geweckt, und die Ergebnisse der seitdem durchgeführten Schülerprognosen wurden beachtet und als Entscheidungshilfe eingesetzt.

Die ersten Vorausschätzungsmethoden waren einfach und grob. Die voraussichtlichen Schülerzahlen wurden als Anteile an den entsprechenden Altersjahrgängen der vorausgeschätzten Bevölkerung errechnet. Da die Ergebnisse in dieser Form nicht befriedigen konnten, wurde laufend an der Verbesserung der Metho-

den gearbeitet und nach und nach ein Modell entwickelt, das - in Anlehnung an demographische Vorausberechnungen - als jahrgangsweise Fortschreibung der Schülerzahlen bezeichnet werden kann. Was im einzelnen darunter zu verstehen ist, wird in den weiteren Ausführungen noch genau beschrieben werden.

Damals wurden sämtliche Vorarbeiten, Berechnungen, Zusammenstellungen von Auswertungen, und zwar für jede Schulart getrennt, manuell, d. h. lediglich mit Hilfe von Tischrechenmaschinen durchgeführt. Diese Arbeiten waren noch zu verkraften, solange sich die Vorausschätzungen auf Landesergebnisse beschränkten und nur in größeren Zeiträumen wiederholt wurden. Prognosen in einem so dynamischen Bereich, wie es der Schulsektor ist, veralten jedoch schnell und müssen, wenn sie sinnvoll sein sollen, häufig aktualisiert werden. Aber auch das allein genügt nicht, wenn die Entwicklungen beobachtet und richtig eingeschätzt werden sollen. Es gehört weiterhin dazu, verschiedene Alternativen durchzurechnen - sozusagen als Simulationsmodelle -, um festzustellen, welche Auswirkungen Veränderungen einzelner Faktoren auf das Gesamtergebnis haben können. Als dann Ende 1972 im Rahmen des Sonderprogramms Schul-

bau regionalisierte Schülerzahlen, und zwar Vorausschätzungen auf Kreisebene, kurzfristig vom Kultusministerium gebraucht wurden, wurde erwogen, die Berechnungen auf die elektronische Datenverarbeitung zu übertragen. Die erste kreisweise Schülerprognose ist dann jedoch noch manuell bewältigt worden¹. Das hing damit zusammen, daß zunächst einmal die speziellen Probleme, die eine regionale Prognose stellt, von Arbeitsschritt zu Arbeitsschritt erkannt werden mußten, und daß ein EDV-Modell nicht von heute auf morgen entwickelt werden konnte. Zwischendurch wurde daran gedacht, bereits bestehende Modelle aus Bayern (Schmidtlein-Modell) oder aus Hessen (Hessen-Modell) zu übernehmen. Eine nähere Überprüfung dieser Modelle zeigte jedoch, daß beide für das Schulsystem in Schleswig-Holstein nicht geeignet waren.

Anfang 1973 erhielt das Statistische Landesamt den Auftrag, das Schülerprognosemodell zu entwickeln und eine Kosten-Nutzen-Betrachtung zu erstellen. Die Automationskommission stimmte Ende Juni 1973 der vom Statistischen Landesamt vorgelegten Sollregelung für das Projekt "Maschinelle Abwicklung eines Schülerprognosemodells" zu. Seit Mitte November 1974 sind die ausgetesteten Programme einsatzbereit. Das Schülerprognosemodell steht seitdem allen potentiellen Anwendern zur Benutzung zur Verfügung.

Entwicklung und Aufbau des Modells

In der Einleitung wurde bereits erwähnt, daß die Schülervorausberechnung nach dem "Modell der jahrgangsweisen Fortschreibung" erst die letzte Stufe einer längeren Entwicklung ist. In den ersten Jahren stützten sich die Schätzungen auf einfache Relationen und Quoten, die man gewann, indem man alle Schüler einer Schulart zur Bevölkerung oder zu bestimmten Altersgruppen der Bevölkerung in Beziehung setzte, da bestimmte Schularten nur von Kindern und Jugendlichen bestimmter Altersgruppen besucht werden. Diese aus der Erfahrung gewonnenen Quoten wurden unter der Annahme in die Zukunft projiziert, daß sich der Besuch dieser Schulart auch in Zukunft so verhalten würde wie im vergangenen Zeitraum. Diese Methode kann nur grobe und ungenaue Richtwerte bringen, da Veränderungen in der demographischen Struktur und neue Entwicklungen im Schulbereich unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus reichen für viele Überlegungen diese Gesamtschülerzahlen nicht aus. Als Beispiel

1) siehe Stat. Bericht B I/S und II/S - Basis Schuljahr 1971/72 vom 6. 7. 1973 "Vorausschätzung der Schüler in öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und in Berufsschulen bis 1985 - für Schleswig-Holstein und für alle Kreise -"

seinur der Klassen- und Lehrerbedarf erwähnt, für dessen Berechnungen Schülerzahlen nach Jahrgängen benötigt werden.

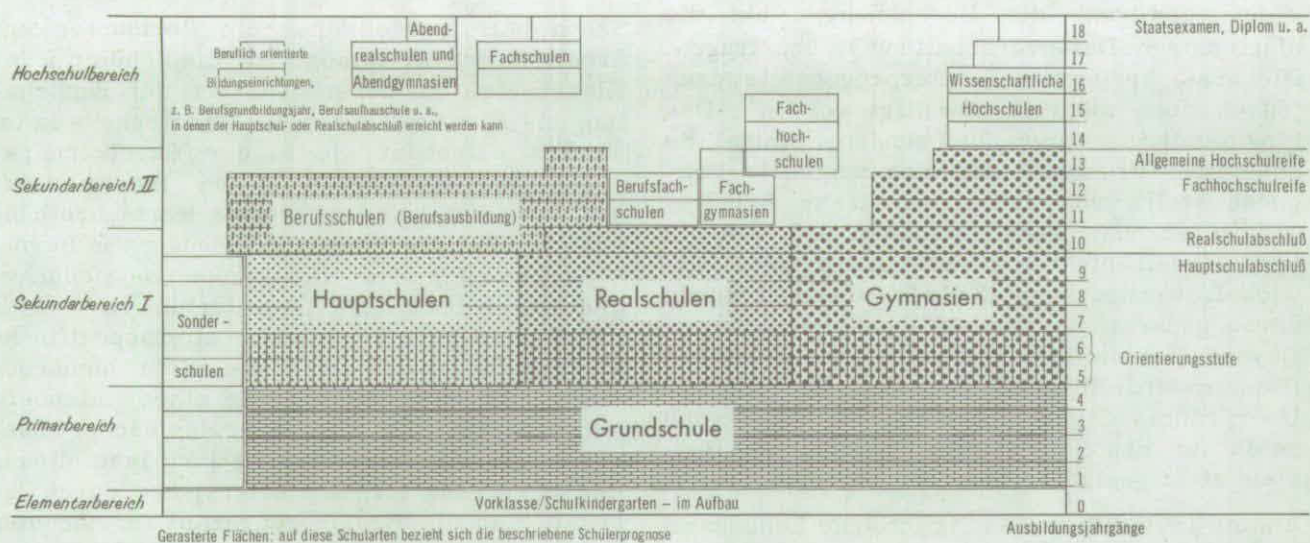
Schon bald wurde daher ein Rechenweg erarbeitet, der es ermöglicht, die Schüler jeder Klassenstufe zu berechnen, von der Einschulung bis zum Schulabschluß. Der Rechenweg ist ähnlich aufgebaut wie in der Bevölkerungsvorausberechnung, die schon länger diese Methode der jahrgangsweisen Fortschreibung benutzt. Bei der Vorausberechnung von Bevölkerungszahlen wird eine Gruppe von Menschen gleichen Alters und Geschlechts mit einer Ziffer multipliziert, die als "altersspezifische Sterbeziffer" ausdrückt, wie viele Menschen eines Altersjahres im Laufe eines Kalenderjahres sterben und nicht mehr das nächst höhere Altersjahr erreichen. Führt man diesen Rechengang für alle Altersjahre durch, so erhält man die Bevölkerungszahl im nächsten Vorausschätzungsjahr, d. h. von der Ausgangszahl werden die Sterbefälle subtrahiert und es rückt ein neuer Jahrgang von Geborenen nach. In der Schülerprognose verwendet man eine jahrgangsspezifische Sitzenbleibeziffer, die ausdrückt, wie viele Schüler einer Klassenstufe am Ende des Schuljahres nicht das Ziel der Klasse erreichen. Jeder Schülerjahrgang wird in der Prognose wie ein Altersjahrgang der Bevölkerung behandelt und mit jahrgangsspezifischen Quoten fortgeschrieben, bis er die Schule durchlaufen hat. Die Addition der Schülerzahlen aller Jahrgänge ergibt für jedes Vorausschätzungsjahr eine neue Gesamtschülerzahl. Aus rechentechnischen Gründen wird in der eigentlichen Berechnung keine Sitzenbleibeziffer verwendet, sondern ihr reziproker Wert, eine "Versetzungsquote"; diese drückt aus, wie viele Schüler eines Schuljahrgangs die nächst höhere Klassenstufe erreichen.

Einen Überblick über den Aufbau des Schulsystems zeigt Bild 1. Es stellt stark schematisiert dar, welche Ausbildungswege ein Schüler in Schleswig-Holstein durchlaufen kann: Nach einem einjährigen Vorschuljahr² beginnt der Schüler im Alter von durchschnittlich sechs Jahren mit der vierjährigen Grundschule. Am Ende dieser Primarstufe folgt der Wechsel auf eine der weiterführenden Schulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Die Hauptschule führt in 5 Schuljahren zum Hauptschulabschluß, am Ende der Realschule steht nach 6 Schuljahren der Realschulabschluß, das Gymnasium hat als Ziel nach 9 Schuljahren die allgemeine Hochschulreife. Vor allem Hauptschüler, aber auch Realschüler und Gymnasiasten, die vor dem eigentlichen Abschluß die Schule verlassen, beginnen nach Beendigung der allgemein-

2) dieses befindet sich, wie auch der Schulkindergarten, noch in der Entwicklung

Bild 1 Schematisierte Darstellung der Bildungswege in Schleswig-Holstein

D - 4725



bildenden Schulzeit in vielen Fällen eine Lehre und besuchen die berufsbegleitende Berufsschule. Es ist weiter möglich, andere berufliche Schulen zu besuchen, nach erfolgreichem Realschulabschluss auf das Gymnasium überzuwechseln und mit dem Reifezeugnis wissenschaftliche Hochschulen zu besuchen. Es sind hier nur einige wichtige Wege aufgezeigt, die gleichzeitig als Erläuterung des Prognosemodells dienen, die Praxis bietet viele weitere Möglichkeiten. In Bild 1 ist durch Raster kenntlich gemacht, auf welche Bereiche des Schulwesens sich die Berechnung erstreckt. Die Vorausschätzung der Schülerzahlen muß sich aus sachlichen und methodischen Gründen auf die wichtigsten Ausbildungsgänge beschränken, die von der großen Mehrheit der Schüler eingeschlagen werden: Sonderregelungen und spezielle Ausbildungswege gelten nur für eine kleine Zahl von Schülern, diese Wege lassen sich nicht schematisieren. Gerade die Schematisierung, die häufige Wiederholung von Zusammenhängen und Abhängigkeiten, ist aber für Prognosen eine wichtige Voraussetzung. Voraussagen sind nur möglich auf der Basis sich ähnelnder Tatbestände. Die einzelnen Ausgangsdaten und Faktoren werden aus der Beobachtung von Entwicklungen gewonnen und dann in unterschiedlicher Weise in die Zukunft projiziert.

Theoretisch ist es möglich, eine Bevölkerungs- oder Schülervorausschätzung für einen unbegrenzten Zeitraum durchzuführen, doch die Ergebnisse werden desto unsicherer, je weiter sie sich vom Ausgangspunkt der Berechnung entfernen. Bei Bevölkerungsprognosen beschränkt man sich auf einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren, bei Schülerprognosen sind Angaben für 15 bis 20 Jahre bereits die oberste

sinnvolle Grenze. Je mehr Faktoren in eine Prognose eingegeben werden, desto kürzer wird die Zeitspanne, für die die errechneten Werte wahrscheinlich zutreffen werden. Das hier beschriebene Vorausschätzungsmodell für Schülerzahlen hat die Möglichkeit, die Berechnungen von einem Basisjahr aus auf zwanzig weitere Jahre zu erstrecken. Die Ergebnisse der letzten fünf Jahre des Berechnungszeitraumes sollten jedoch nur eingeschränkte Bedeutung haben. Für manche Entscheidungen ist lediglich die Aussage wichtig, wie eine Entwicklung allgemein verlaufen wird. Im Fall der Schülerprognose ist dann nur noch die Tatsache interessant, ob die Gesamtzahl einer Schulart nach einem bestimmten Zeitpunkt steigen oder fallen wird. Die Größe der Zahl ist dabei der Tendenzaussage untergeordnet.

Die Vorausberechnung erfolgt in der Weise, daß alle Schüler, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Schule befinden, von diesem Basisjahr aus weiter berechnet werden, so wie sie nach und nach die Schule durchlaufen. Für jedes einzelne Vorausschätzungsjahr werden die Schüler nach Schulart und Jahrgang berechnet; alle Schüler, mit Ausnahme der Sitzbleiber, rücken am Ende des Schuljahres mit der Versetzung eine Klassenstufe höher. Der älteste Jahrgang verläßt die Schule, in die unterste Grundschulklasse tritt ein neuer Jahrgang als Schulanfänger ein. Schulwechsel und Klassenwiederholungen im Laufe der Schulzeit müssen berücksichtigt werden. Aus dieser kurzen Beschreibung kann man bereits ersehen, daß alle Rechenvorgänge schrittweise aufeinander folgen und daher voneinander abhängig sind. Die Struktur in den weiterführenden Schulen baut auf den Entwicklungen im Grundschulbereich auf, Änderungen in einer Schulart wir-

ken sich mindestens in einer anderen, meistens jedoch in allen anderen Schularten aus. Das Prognosemodell ist daher als eine Einheit konzipiert, d. h. es können stets nur alle Schularten in einem gemeinsamen Arbeitsgang berechnet werden. Das schließt von vornherein aus, daß nur eine - im Augenblick vielleicht besonders interessierende - Schulgattung berechnet wird, ohne die Auswirkungen auf die anderen Bereiche im Schulsystem zu berücksichtigen.

In den folgenden Abschnitten wird näher dargestellt, wie die Zusammenhänge und Abhängigkeiten für das Rechenmodell ermittelt wurden.

Ausgangsmaterial sind zunächst die beobachteten Daten aus den letzten bekannten statistischen Erhebungen. Es sind dies die Schülerbestände nach Schularten und Jahrgängen aus der Schulstatistik; für die nachrückenden Neueinschulungen muß man die Zahl der schulpflichtigen Kinder aus der Bevölkerungsstatistik kennen. Der eigentliche Rechenvorgang ist eine Folge von Multiplikationen. Von der Einschulung an wird jeder Schülerjahrgang mit einer Versetzungsquote multipliziert, das Ergebnis ist der Schülerjahrgang im folgenden Schuljahr in der nächst höheren Klassenstufe. Zur Unterscheidung sind die Quoten, die die Schüler innerhalb derselben Schulart von einer Stufe zur nächsten führen, "Versetzungsquoten" genannt worden. Die Quoten, die die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Schularten überbrücken, wurden als "Übergangsquoten" bezeichnet. Hat man für alle Schularten und alle Jahrgänge die Schüler im gesamten Vorausschätzungszeitraum berechnet, dann lassen sich diese Angaben für jede Schulart zur Gesamtschülerzahl addieren.

Diese Berechnungen sind lange Zeit manuell durchgeführt worden. Neu ist die Übertragung der mechanischen Multiplikationsarbeiten und der Zusammenfassung zu Ergebnissen auf die elektronische Datenverarbeitung. Die aufwendigen mechanischen Rechenarbeiten können dadurch entscheidend verkürzt werden. Nach wie vor stehen aber vor dem Beginn der Arbeiten eingehende Überlegungen und Berechnungen über die einzuführenden Annahmen.

Demographischer Ansatz

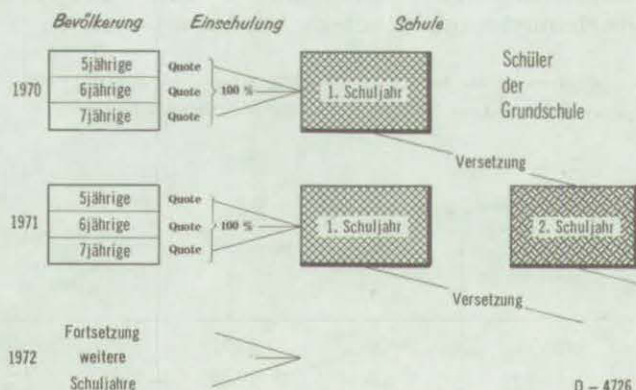
Zunächst sollen die demographischen Eingabedaten näher untersucht werden. Das Gesetz über die Schulpflicht besagt, daß alle Kinder im Alter von 6 Jahren in die Grundschule eintreten und mindestens 9 Jahre eine Ausbildung an allgemeinbildenden Schulen durchlaufen müssen. In Ausnahmefällen kann ein Kind vorzeitig aufgenommen oder zurückgestellt werden. Alle Kinder, die zum Schuljahresbeginn am

1. August sechs Jahre alt sind, stammen aus zwei Geburtsjahrgängen. Dazu ein Beispiel: Ein Kind ist im Mai 1966 geboren und wurde im Mai 1972 6 Jahre alt; ein Kind, welches bereits im November 1965 geboren wurde, ist zum Zeitpunkt der Einschulung am 1. August 1972 ebenfalls erst sechs Jahre alt und schulpflichtig. Da der Schuljahresbeginn fast in der Mitte des Kalenderjahres liegt und die Geburten sich recht gleichmäßig auf die zwölf Monate eines Jahres verteilen, sind auch bei den Schülern im 1. Schuljahrgang der Grundschulen die Anteile dieser beiden Geburtsjahrgänge etwa gleich stark vertreten. Auch die Anteile derjenigen Kinder, die zurückgestellt oder vorzeitig eingeschult werden, zeigen im Vergleich mehrerer Beobachtungsjahre kaum Schwankungen. Es ist dabei ohne Bedeutung, ob es sich um geburtenschwächere oder -stärkere Jahrgänge handelt. Durch die Verwendung von Anteilen, die für die beteiligten Jahrgänge zusammen 100 % ausmachen, wird jedes Kind erfaßt; nur die absolute Zahl, die dahinter steht, ist entsprechend kleiner oder größer.

Für die Ermittlung der Zahl der künftig schulpflichtig werdenden Kinder werden die Zahlen der Schüler des ersten Grundschuljahres jahrgangsweise mit denen derselben Geburtsjahrgänge der ganzen Bevölkerung zusammengeführt. So entstehen Quoten, die als "Einschulungsquoten" Eingang in das Prognosemodell finden. Diese Quoten sagen aus, daß eine bestimmte Anzahl von Kindern eines Geburtsjahrgangs als Schulanfänger in die erste Grundschulklasse eintritt. Um das Rechenverfahren nicht zu sehr zu komplizieren, hat man sich für drei Jahrgänge entschieden, die die weitaus größte Zahl der Kinder im 1. Schuljahr der Grundschule stellen, und zwar die 5-, 6- und 7jährigen Kinder. Die Kinder, die bei der ersten Einschulung älter als 7 Jahre sind, können unberücksichtigt bleiben, weil ihre Zahl nur klein ist. In Bild 2 wird der Schritt aus dem demographischen Bereich in den

Bild 2

Einschulungsschema



D - 4726

Schulbereich dargestellt. Die Aussage, daß 5jährige Kinder zur Einschulung kommen, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Die zeitlich um 8 Monate gegeneinander verschobenen Erhebungstermine der beiden beteiligten Statistiken bewirken, daß die jüngeren Schulanfänger am Jahresbeginn, wenn sie in der Bevölkerungsstatistik zählen, erst 5 Jahre alt waren.

Schulstatistischer Ansatz

Im nächsten Arbeitsschritt soll ermittelt werden, wie die Schüler die Schule durchlaufen. In groben Zügen wurde dies bereits dargestellt. Zunächst soll dazu folgende Anmerkung vorangestellt werden. Ein genaues Bild über Schulstruktur und Verbleib der Schüler im Laufe ihrer Schulzeit könnte nur eine Verlaufsstatistik geben, die wie folgt aufgebaut wäre: für jeden einzelnen Schüler wird bei seinem ersten Eintritt in den Ausbildungsweg ein Karteiblatt eingerichtet, auf dem zunächst nur die persönlichen Daten vermerkt sind. Im Laufe der Zeit kommen dann Angaben über Schulerfolg, Klassenwiederholungen, Schulwechsel usw. hinzu, so daß man am Ende der Schulzeit ein genaues Bild über den Bildungsweg hat. Für die Beurteilung der Schulstruktur und für eine Prognose würde diese Art der Statistik ebenfalls die erforderlichen Angaben liefern können. Man kann zu jedem beliebigen Zeitpunkt durch einen "horizontalen Schnitt" einen genauen Überblick über alle erfaßten Daten erhalten. Es werden dafür alle Karteiblätter nach den gewünschten Merkmalen ausgewertet. Diese Art der Erfassung von Daten ist mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden und manuell nicht durchführbar. Um die für die Vorausschätzung benötigten Daten zu gewinnen, bedient man sich einer einfacheren Methode. Ausgangsmaterial sind die Schüler nach Schuljahrgängen und Schularten. Man stellt diese Angaben für eine Reihe von Jahren zusammen und erhält einen Überblick über die zeitliche Entwicklung. Im nächsten Arbeitsschritt werden Versetzungsquoten gebildet, also die Verknüpfung der Schuljahrgänge miteinander. Das folgende Rechenbeispiel erläutert den Arbeitsschritt:

$$\text{Versetzungsquote der Schüler des 2. Schuljahres 1970/71} = \frac{\text{Schüler 3. Schuljahr 1971/72} \cdot 100}{\text{Schüler 2. Schuljahr 1970/71}}$$

In angenommenen Zahlen:

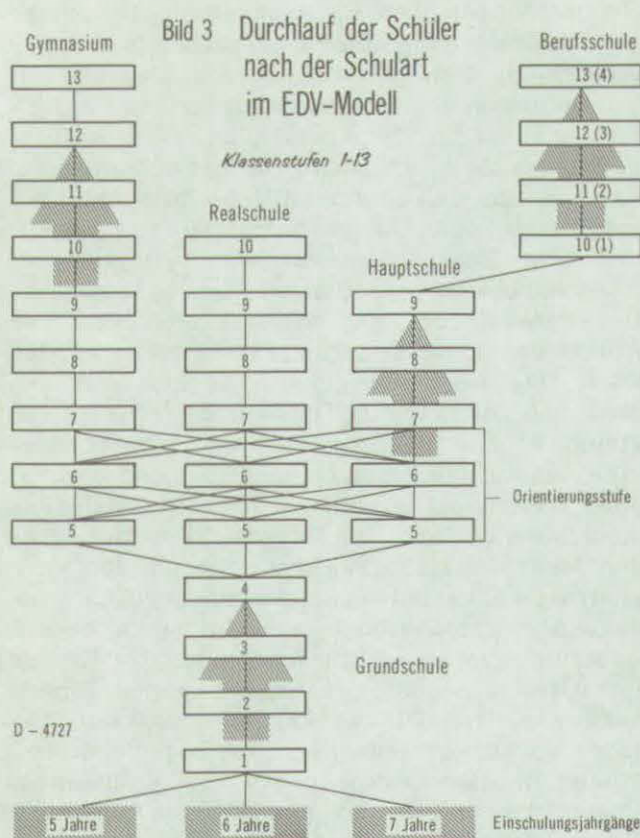
Schuljahr	Schüler im ... Schuljahr		Versetzungsquote
	2.	3.	
1970/71	30 550	26 920	
1971/72	35 340	29 680	97,2

Die aus der Division der beiden Schuljahrgänge ermittelte Relation ist die Versetzungsquote. Es muß dazu gesagt werden, daß diese beiden Schuljahrgänge, die hier miteinander verglichen werden, sich unterschiedlich zusammensetzen und nur bedingt vergleichbar sind. Jeder Schuljahrgang umfaßt mehrere Arten von Schülern, und zwar diejenigen, die zum ersten Mal die Klasse durchlaufen, und solche, die als Wiederholer bereits im Bestand enthalten sind. Weiterhin können im Laufe eines Schuljahres noch andere Veränderungen durch Schulwechsel, Wanderungen, Sterbefälle usw. eintreten. Die Form der jetzigen Erhebung läßt aber keine genauere Aufteilung zu. Trotz dieser Einschränkung lassen sich brauchbare Quoten errechnen, da diese "Störfaktoren" gleichmäßig den abgehenden wie den aufnehmenden Schuljahrgang beeinflussen und sich somit weitgehend aufheben.

Diese Versetzungsquoten werden in allen Schularten und für jeden Schuljahrgang berechnet, um alle Besonderheiten zu erfassen. Für die Grundschule benötigt man drei Versetzungsquoten. Mit Beendigung der Grundschule folgt die Verteilung der Schüler auf die drei Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium durch eine Übergangsquote.

Bis zum Jahre 1970 mußten alle Schüler, die auf eine Realschule oder ein Gymnasium überwechseln wollten, eine Übergangsprüfung ablegen. Ab 1971 trat an ihre Stelle die Orientierungsstufe mit einer zweijährigen "Probezeit". Der Einrichtung der Orientierungsstufe lag die Erfahrung zugrunde, daß es in vielen Fällen problematisch ist, durch eine einmalige Eignungsprüfung die Weichen für den weiteren Bildungsweg eines Schülers zu stellen. Im Laufe von zwei Schuljahren ist es nunmehr möglich, eine Entscheidung für eine der drei Schularten zu treffen. Besonderheiten der Orientierungsstufe sind es, daß außer den Versetzungen innerhalb derselben Schulart auch Schrägversetzungen zwischen den drei Schularten, und diese nicht nur am Schuljahresende, sondern bei Bedarf auch während des ganzen Jahres möglich sind. Von dieser Möglichkeit wird jedoch hauptsächlich jeweils am Ende eines Halbjahres Gebrauch gemacht. In dem Vorausschätzungsmodell muß dieser spezielle Wechsel innerhalb der Orientierungsstufe besonders berücksichtigt werden.

Bild 3 stellt nur die Wechsel und die Versetzungen am Ende des Schuljahres dar, um die Übersichtlichkeit zu bewahren. In die Berechnung der Übergangsquoten gehen diese Schulwechsel, die unter dem Begriff "Überleitungen" erfaßt werden, aber in jedem Fall mit ein. Um alle möglichen Wege innerhalb der Orientierungsstufe festzuhalten, sind achtzehn



Quoten erforderlich, jeweils neun vom 5. zum 6. und vom 6. zum 7. Schuljahrgang.

Damit alle Veränderungen richtig erfasst werden, müssen in der Orientierungsstufe die einzelnen Rechenschritte noch weiter unterteilt werden, um auch die Halbjahrswechsel zu berücksichtigen. Die Befragungen aller drei Schularten werden zusammengeführt und miteinander verknüpft. Zunächst werden alle Schüler erfasst, die im Laufe des Jahres, insbesondere am Ende des Halbjahres, auf eine andere Schulart übergeleitet wurden. Jede Schulart zählt diese Schüler als "Zugänge aus einer anderen Schulart". Dann folgt am Jahresende die Versetzung. Hier gibt es vier Möglichkeiten: Der Schüler wird in derselben Schulart versetzt, er muß die Klasse wiederholen, oder er wird in eine der beiden anderen Schularten versetzt. Für das Vorausberechnungsverfahren werden drei Wege ausgewertet, und zwar jeweils nur die Versetzungen; die nichtversetzten Schüler bleiben außerhalb der Betrachtung, da sie in derselben Schulart und Klassenstufe bleiben und im folgenden Schuljahr automatisch in der Zahl der Versetzten der gleichen Schulart enthalten sind. Daß dann noch die Schulart gewechselt wird, ist so gut wie ausgeschlossen. Die drei Möglichkeiten, Versetzung oder Schulwechsel auf die eine oder andere Schulart, werden durch Quoten ausgedrückt. Die Überleitungen während des Jahres werden mit den Versetzungen am Ende des Jahres zusammengefaßt. Dabei

muß beachtet werden, daß die Überleitungen während des Schuljahres aus anderen Schularten bei der aufnehmenden Schulart vor Berechnung der Versetzungsquote innerhalb derselben Schulart abgezogen werden müssen, da sie sonst als Doppelzählungen - einmal Wechsel aus einer anderen Schulart, zweitens Versetzung innerhalb derselben Schulart - das Bild verfälschen würden. Nach Berechnung sämtlicher Versetzungen und Übergänge werden dann die Zahlen zu neuen Klassenstufen zusammengefaßt und bilden den Ausgang für den nächsten Rechenschritt.

Nach Beendigung der Orientierungsstufe folgt vom siebenten Schuljahr an der weitere Schulbesuch in den drei Schularten, wie er dem Bild 3 zu entnehmen ist. Die Hauptschüler haben noch drei Schuljahre vor sich, die Realschüler noch vier. Eine Besonderheit weist das Gymnasium auf. Nach Abschluß des 10. Schuljahres folgt an den meisten Schulen des Landes statt der ehemaligen 11. bis 13. Klasse die Studienstufe³. Es gibt hier keine festen Klassenverbände in Form von Schuljahrgängen mehr. An die Stelle der drei bisherigen Schuljahre der Oberstufe sind sechs Semester getreten. Jedes Semester umfaßt ein bisheriges Schulhalbjahr. Beobachtet man jedoch die Entwicklung in der Studienstufe, so zeigt es sich, daß die Schüler von jeweils 2 Semestern etwa einer bisherigen Klassenstufe zuzuordnen sind. Das bedeutet, daß man die Schüler, wie für alle anderen Jahrgänge, auch für die Studienstufe stufenweise fortschreiben kann. Der einzige Nachteil ist, daß eine Zuordnung zu einzelnen Semestern nicht möglich ist. Diese Zuordnung wäre allerdings auch in einer semesterweisen Berechnung nur sehr ungenau, da sich durch das vielseitige Kurssystem ein Schüler gleichzeitig in mehreren Stufen der Ausbildung befinden kann.

Mit dem Abschluß der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums endet die Ausbildung in den allgemeinbildenden Schulen. Es schließt sich für viele Jugendliche, die eine Lehre beginnen oder in einen Beruf eintreten, die Berufsschule an. In der großen Mehrzahl handelt es sich um Absolventen der Hauptschule, die auf die Berufsschule überwechseln. So wird für die Berechnung des Nachwuchses der Berufsschulen auch die Zahl der Hauptschüler in der Abschlußklasse herangezogen. Die Berufsschule umfaßt vier Ausbildungsjahre; in den meisten Berufen ist eine dreijährige Ausbildungszeit üblich, in einigen Berufsfeldern sind es dreieinhalb Jahre. Der vierte Schuljahrgang der Berufsschule ist daher weitaus schwächer besetzt als die ersten drei Jahrgänge. Die

3) ab Schuljahr 1976/77 generell eingeführt

Vorausberechnung der Berufsschüler nach der Methode der jahrgangsweisen Fortschreibung ist verhältnismäßig neu. Über einen längeren Zeitraum wurden die Schüler in Berufsschulen als Anteile an der etwa gleichaltrigen Bevölkerung errechnet. Diese Berechnungen brachten aber keine befriedigenden Ergebnisse, da Strukturveränderungen im allgemeinbildenden Schulbereich, die nicht ohne Auswirkungen auf den Besuch der Berufsschulen bleiben, nicht berücksichtigt wurden. Daher wird die Schätzung der voraussichtlichen Zahl der Berufsschüler jetzt, wie bereits erwähnt, an die Berechnungen im allgemeinbildenden Schulbereich angehängt. In dieser Abhängigkeit folgt sie den Entwicklungen im vorhergehenden Schulbereich und ist durch diese enge Verknüpfung wirklickeitsnäher. Die Art der Berechnung ist die gleiche wie bei den anderen Schularten. Aus der Abschlußklasse der Hauptschule tritt ein Prozentsatz von Schülern in die Eingangsklasse der Berufsschulen über und rückt dort von Jahr zu Jahr eine Klasse höher bis zum Abschluß.

Im Rechenmodell ist außerdem vorgesehen, daß auch aus dem Bereich der Realschule und des Gymnasiums ein gewisser Teil von Schülern in die Berufsschule eintreten kann. Bisher war eine gesonderte Berechnung dieser Anteile nicht erforderlich, da die Zahlen zu klein waren.

Mit dem Ende der Berufsschule endet die Berechnung im Vorausschätzungsmodell. Bei der Zusammenstellung der Daten sind alle Besonderheiten der einzelnen Schularten berücksichtigt worden. Im nächsten Schritt sind nun die Annahmen für den Vorausschätzungszeitraum zu treffen.

Prognostische Annahmen

Demographische Werte

Bei der Beobachtung der Ist-Zahlen für einen bekannten, zurückliegenden Zeitraum hat es sich gezeigt, daß die Zahl der zur Einschulung kommenden Kinder und damit die Zusammensetzung des ersten Grundschuljahrgangs recht gleichmäßig im wesentlichen drei Altersjahre umfaßt. Für die Einführung der prognostischen Annahmen hat man verschiedene Möglichkeiten. Es können zum Beispiel die letzten berechneten Werte konstant für alle Vorausschätzungsjahre übernommen werden. Eine weitere Variante, die in der Praxis auch häufig angewendet wird, ist die, aus einigen Jahreswerten Durchschnitte zu bilden, die dann als Annahme in die Vorausschätzung eingeführt werden. Durchschnitte aus mehreren Jahren bieten den Vorteil, gewisse Zufälligkeiten eines einzelnen Jahres auszugleichen. Zeigt sich jedoch in den letzten

Beobachtungsjahren ein eindeutiger Trend, so ist die Anwendung eines Durchschnitts nicht zu empfehlen. Das Modell hat die Möglichkeit, Veränderungen gleich welcher Art zu berücksichtigen. Die Eingaben können in selbstgewählten Zeitabständen geändert und angepaßt werden, um sich an vermutliche Entwicklungen möglichst genau anzunähern. Wichtig ist es, daß alle Entscheidungen vor Beginn der Rechenarbeiten getroffen werden und automatisch im Rechengang wirken, ohne daß der Ablauf der Berechnungen unterbrochen werden muß. Das Rechenprogramm beginnt mit den zunächst festgelegten Daten und wechselt von einem vorher bestimmten Vorausschätzungszeitraum aus auf die neuen Quoten über und rechnet ohne Unterbrechung bis zur nächsten Änderung oder bis zum Ende des Durchlaufs weiter. Für den Vorausschätzungszeitraum können fünf verschiedene Einschulungsquoten vorgegeben werden. Als Eingabewerte werden neben diesen Quoten die voraussichtlichen Zahlen der Kinder im Alter von fünf, sechs und sieben Jahren bereitgestellt. Diese Angaben müssen für jedes Vorausschätzungsjahr vorliegen und sind einer Bevölkerungsprognose zu entnehmen. Besonders wichtig ist es, daß die Bevölkerungsvorausschätzung aktuelle Entwicklungen der Geburtenzahlen berücksichtigt, denn diese Geborenen treten etwa sechs Jahre später als Schulanfänger in die Grundschule und damit in den Rechengang der gesamten Schülerprognose ein.

Schülerbestandsdaten

Nach der Entscheidung über die Eingaben aus dem demographischen Bereich folgen Annahmen aus dem schulischen Bereich. In den meisten Fällen werden als Basis für eine Vorausschätzung die im letzten Jahr erhobenen Zahlen verwendet werden. Durchschnitte, wie sie im vorhergehenden Abschnitt über die Einführung der Einschulungsquoten erwähnt wurden, sind üblicherweise nur für Quoten und relative Rechengrößen, nicht aber für absolute Zahlen gedacht. Schülerbestandsdaten wurden durch eine Zählung ermittelt und können durch Bildung von Durchschnitten aus mehreren Jahren nur verfälscht werden. Für die Vorausberechnung werden aus der jeweils letzten Erhebung alle Schüler nach Schuljahrgang und Schulart zusammengestellt. Für die maschinelle Durchführung der Berechnung ist es wichtig, daß für alle Schularten das gleiche Basisjahr vorliegt. Bei einer manuellen Berechnung könnten Zeitunterschiede im Ansatz entsprechend ausgeglichen werden, im EDV-Programm wäre es nur mit erheblich größerem Aufwand möglich. Die Ausgangszahlen werden dann in die Ablochbelege des EDV-Modells übernommen.

Versetzungs- und Übergangsquoten

Der letzte Schritt, die Entscheidung für bestimmte Versetzungs- und Übergangsquoten, ist wieder wesentlich komplizierter und folgenreicher als die Wahl der Bestandszahlen und des Basisjahres. In den Erläuterungen zum Rechenschema wurde bereits deutlich, daß durch die Versetzungsquoten praktisch in jedem einzelnen Schuljahr die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden. In dem Beobachtungszeitraum der Vergangenheit waren diese Quoten, ebenso wie die Bestandszahlen, aus erhobenen Werten errechnete Größen, die aus dem Vergleich zweier aufeinander folgender Schuljahrgänge ermittelt wurden. Für die Projektion der zukünftigen Entwicklung gewinnen sie jedoch eine entscheidende Bedeutung als Bestimmungsfaktoren. Ihre Funktion wechselt von der reinen Beschreibung einer Abhängigkeit zur Bestimmung einer Abhängigkeit. Es ist daher außerordentlich wichtig, für diese Quoten die richtigen Ansätze zu wählen und Tendenzen rechtzeitig zu erkennen. Für jede Quote liegt eine Entwicklungsreihe für etliche Jahre vor. Beim Vergleich aller Quoten zeigt sich, daß einige verhältnismäßig konstant bleiben, während andere stärker schwanken. Veränderungen in der Schulstruktur schlagen sich sofort in den Quoten nieder. Wenn eine Schulart von einer Änderung betroffen ist, wirkt sich das in den meisten Fällen auch in den anderen Schularten aus; die Entwicklungen sind so stark ineinander verzahnt, daß keine Änderung bei einer Schulart isoliert gesehen werden kann. Im Rahmen des Ganzen kommt den einzelnen Quoten ein unterschiedliches Gewicht zu. Die Versetzungsquoten, die den Durchlauf der Schüler in derselben Schulart bestimmen, lassen sich leichter festlegen als Übergangsquoten an den Schnittstellen zwischen den Schularten. Weichen angenommene Versetzungsquoten innerhalb derselben Schulart etwas von den später bekannt werdenden tatsächlichen Werten ab, so führt dies zu einer kleinen zeitlichen Verschiebung im Durchgang der Schüler durch die einzelnen Klassenstufen (für diese Versetzungsquoten ist ebenfalls fünfmaliger Wechsel innerhalb eines Prognoselaufs möglich). Anders dagegen ist es bei den Übergangsquoten von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen und bei den Quoten innerhalb der Orientierungsstufe. Ein falscher Ansatz bringt zwangsläufig mindestens bei einer weiteren Schulart falsche Ergebnisse, meistens sind jedoch alle drei Schularten von den Auswirkungen betroffen. Neben der Kenntnis der errechenbaren Werte sind außerdem bestimmte, nicht durch Zahlen auszudrückende Tendenzen oft für die Entscheidung über eine bestimmte Quote von Bedeutung.

Um in diesem besonders kritischen Bereich so variabel wie möglich rechnen zu können, sind bei den Quoten im Bereich der Orientierungsstufe theoretisch in jedem Schuljahr neue Ansätze möglich. Es kann mit konstanten Werten, mit Durchschnittsdaten aus mehreren Jahren, mit Trendentwicklungen und anderen Kombinationen gerechnet werden. Die Häufigkeit der Wechsel beeinflußt in keiner Weise den technischen und zeitlichen Ablauf des Programms.

Ergebnisse

Der letzte Schritt im Rechenablauf - ebenfalls maschinell - ist die Zusammenstellung der Ergebnisse. Das bedeutet, daß die bisher für jeden Schuljahrgang vorliegenden Einzeldaten zu Gesamtschülerzahlen nach der Schulart zusammenzufassen sind. Die Addition aller Schuljahrgänge einer Schulart ergibt die Zahl der Schüler insgesamt in dem bestimmten Schuljahr. Nach Abschluß dieser Additionsarbeiten hat man für jedes der 20 Vorausschätzungsjahre die Schüler jedes Jahrgangs und zur Gesamtzahl zusammengefaßt vorliegen. Aus diesen Grunddaten lassen sich weitere Rechengänge ableiten; es sollen hier nur die wichtigsten aufgezeigt werden, die auch gleichzeitig vom EDV-Modell mit ausgeführt werden. Die Schüler aller Schularten werden je Vorausschätzungsjahr addiert und die einzelnen Schularten an der Gesamtschülerzahl als Anteile in Prozent dargestellt. Eine weitere Tabelle bringt eine Übersicht mit Meßdaten. Das jeweilige Basisjahr der Berechnung ist das Ausgangsjahr, an dem die Entwicklung aller Vorausschätzungsjahre gemessen wird. Für die weitere Verwendung der berechneten Zahlen kann man bestimmte Gruppen von Schülern herausgreifen. Vergleiche derselben Schuljahrgänge aus verschiedenen Schularten bieten Überblicke über Strukturänderungen. Aus den vielfältigen Möglichkeiten sind hier nur einige herausgegriffen worden.

Regionalisierung

Die bisherigen Ausführungen, die sich mit dem Aufbau und dem Ablauf des Rechenmodells beschäftigten, enthielten noch keine Aussage darüber, für welche regionalen Bereiche diese Berechnungen durchgeführt werden können. Grundsätzlich kann die Prognose für jeden beliebigen Bereich, für den die erforderlichen Eingabedaten vorliegen oder beschafft werden können, in diesem Schema durchgeführt werden. Das ist die eine Seite des Problems; ob in jedem Fall - auch wenn man bei der Auswahl der Eingaben äußerst sorgfältig vorgeht - immer plausible und vernünftige Ergebnisse erwartet werden können, hängt von vielen wei-

teren Umständen ab. Die absoluten Zahlen, also die Schülerbestandszahlen, sollten eine gewisse Mindestgröße nicht unterschreiten, damit nicht zufällige Einflüsse (z. B. Fortzüge, Sterbefälle) die Oberhand gewinnen. Durch die Größe der Bestandszahlen ist also eine natürliche Grenze nach unten gelegt. Wenn hier von einer Regionalisierung die Rede ist, so stehen vor allem Berechnungen auf Kreisebene oder auf der Basis größerer Schuleinzugsbereiche im Vordergrund. Eine Kreisberechnung ist in dieser Weise vor einigen Jahren einmal manuell durchgeführt worden. Der erhebliche zeitliche Aufwand gab den entscheidenden Anstoß, die mechanischen Rechenarbeiten durch die elektronische Datenverarbeitung ausführen zu lassen. Bei diesen regionalisierten Berechnungen werden nicht Annahmen, die für den Landesdurchschnitt gelten, übernommen, sondern es werden genaue Untersuchungen über die jeweiligen Besonderheiten der Gebiete vorangestellt. Das EDV-Berechnungsmodell ist so vielseitig angelegt, daß für jede zu berechnende Region, gleich welcher Abgrenzung, alle gewünschten unterschiedlichen Daten eingegeben werden können. Die Schülerprognose kann zum Beispiel für jeden Kreis des Landes gerechnet werden, es kann aber auch eine Auswahl getroffen werden. Besonders interessant ist es, daß diese vielseitigen Rechengänge nur eine geringe Anzahl von Eingabedaten benötigen. Entscheidend ist immer, das soll zum Abschluß nochmals betont werden, die richtige Wahl der Vorgaben, gleichgültig, ob die Vorausschätzung für das Land oder eine beliebige andere Region gelten soll.

Anschlußmodelle

Die voraussichtlichen Schülerbestandszahlen können als Ausgangsdaten für weitere Berechnungen dienen. Als wichtigste Größe wären die

Angaben über Absolventenzahlen zu nennen. Für Planungen im Schulbereich muß man die zu erwartenden Schülerzahlen kennen, die Wirtschaft interessiert sich für Schulabgänger. In der Vergangenheit sind bereits regelmäßig auch die Absolventenzahlen vorausgeschätzt worden. Diese Berechnungen bauen auf der beschriebenen Schätzung der Schülerzahlen auf und ermitteln die jährlich aus den einzelnen Schularten ausscheidenden Schüler nach dem erreichten Ausbildungsgrad. Langjährige Erfahrungswerte zeigen, daß, ähnlich wie bei den Versetzungsquoten, jährlich bestimmte Anteile von Schülern aus dem Schulbereich ausscheiden. Vor allem sind es Abgänge aus den Abschlußklassen, die mit oder auch ohne Abschlußzeugnis ihrer speziellen Schulart den Bereich der allgemeinbildenden Schulen verlassen, um auf eine berufliche Schule überzuwechseln oder in den Beruf einzutreten. Das manuelle Berechnungsverfahren ist so weit ausgereift und erprobt, daß es ebenfalls auf ein elektronisches Rechenverfahren übertragen werden könnte.

Verknüpfungen zum Hochschulbereich und zum Erwerbsleben

Als letzter Schritt in dieser Folge von Berechnungen, zunächst Ermittlung der Schülerbestandszahlen, dann Errechnung von Absolventenzahlen, wäre eine Verknüpfung zum Ausbildungsbereich Hochschulen und zum Eintritt in das Erwerbsleben interessant. Dann hätte man eine geschlossene Folge von Ausbildungsschritten von der Grundschule bis zur Berufsaufnahme. Vom heutigen Standpunkt aus gesehen klingt dies allerdings noch utopisch, doch der erste Schritt auf dem Wege zu dieser Gesamtinformation ist mit dem Prognosemodell für Schülerbestandszahlen bereits getan.

Hannelore Kapust/Lieselotte Korschey

Hochschulstatistik gestern, heute und morgen

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Hochschulplanung gehören zuverlässige und aktuelle statistische Unterlagen. Dabei werden nicht nur Analyse-, sondern vor allem Prognosedaten, nicht nur Bestandszahlen, sondern auch Strömungsgrößen über kollektive Verläufe und zunehmend Individualangaben benötigt. Um bundeseinheitlich zu diesen planungsrelevanten Daten zu gelangen, wurde 1971 das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) verkündet. Es trat am 1. September

1971 in Kraft. Die aufgrund der Bundeshochschulstatistik gewonnenen Daten sollen aber nicht nur für Planungszwecke und nicht allein zur Erfüllung von Bundesaufgaben dienen. Die Statistiken sollen so angelegt werden, daß sowohl den Planungs- als auch den Verwaltungsbedürfnissen aller Aufgabenträger (Bund, Länder, Hochschulen) Rechnung getragen wird. Das bedeutet, daß die verschiedenen Funktionsträger mit einem einheitlich erhobenen und aufbereiteten Zahlenmaterial bedient werden. Begriffe, Klassifikationen, Schlüssel usw.

müssen einheitlich oder wenigstens kompatibel sein. Daraus folgt aber auch der Rationalisierungseffekt, daß Doppelerhebungen vermieden werden. Außerdem muß noch § 1 Absatz 3 des HStatG die Erhebung solcher Daten, die zur Aufstellung von Hochschulentwicklungsplänen benötigt werden (Nutzungsgrad von Räumen und Geräten, Beleg- und Hörerfrequenzen, Lehrbelastung und Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Personals, hochschuldidaktische Verhältnisse usw.) und aufgrund des Gesetzes nicht erhoben werden, durch die Länder sichergestellt werden.

Jeder Benutzer der Ergebnisse der Hochschulstatistiken ist selbstverständlich daran interessiert, daß die Informationen so gesammelt und verarbeitet werden, wie es seinem Problem am besten dient. Die speziellen Aufgaben der verschiedenen Planungsträger müssen also bekannt sein. Dafür sind Problemuntersuchungen und Informationsbedarfsanalysen erforderlich, deren Ergebnisse ständig in das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm einfließen. Die Mitwirkung der Benutzer der Statistik bei der Entwicklung und Aktualisierung dieses Programms ist im § 21 HStatG, "Ausschuß für die Hochschulstatistik", gesetzlich verankert. In diesem Ausschuß sind Konsumenten und amtliche Statistik vertreten. So gehören ihm nicht nur Vertreter des Statistischen Bundesamtes und der Bundesministerien, des Wissenschaftsrates und des Deutschen Bildungsrates an, sondern auch Vertreter der Wissenschaftsressorts der Länder, der Hochschulen sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen, die mit Hochschulproblemen oder Hochschulplanung befaßt sind. Die Statistischen Landesämter und weitere Sachverständige sind mit beratender Stimme vertreten.

Die Gewinnung von Daten für Hochschulstatistik und -planung

Unter einer Einzelstatistik versteht man eine Gruppe von Tatbeständen aus einem bestimmten Sachbereich, für die im Rahmen von Erhebungen gleichzeitig Ergebnisse anfallen. Wenn man von dieser Definition ausgeht, so ordnet das HStatG die Durchführung einer Vielzahl - über 20 - einzelner Statistiken an. Sie sind jedoch nicht als voneinander unabhängig, sondern als integrierte Bestandteile der übergeordneten Gesamtheit "Hochschulstatistik" zu betrachten. Sie sind außerdem in den Rahmen des Systems der amtlichen Statistik (Bildungsstatistik, Bevölkerungsstatistik, Arbeitsmarktstatistik usw.) einzugliedern. Nicht alle Hochschulstatistiken können gleichzeitig verwirklicht werden. Für die Reihenfolge ihrer Durchführung wurde daher ein Stufenplan aufgestellt, der bereits mehrfach revidiert werden mußte, weil die

Kompliziertheit der Materie und auch die Haushaltssituation in Bund und Ländern einen termingerechten Beginn der verschiedenen Einzelstatistiken nicht erlaubte. Um eine grobe Vorstellung vom Umfang des im HStatG geforderten statistischen Materials zu geben, ist folgendes festzustellen: Wenn lediglich vier von über zwanzig Hochschulstatistiken laufen, und zwar die über Studenten, Prüfungen, Personal und Räume, so entstehen damit in Schleswig-Holstein über 1,3 Mill. Einzeldaten, die unzählige Möglichkeiten der Kombination und Verknüpfung bieten. Die vier genannten Sachbereiche gehören zum Kreis der wichtigsten Hochschulstatistiken und werden entweder bereits erhoben (Studenten, Räume) oder als Individualerhebungen (Prüfungen, Personal) vorbereitet.

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über alle Datenkomplexe, die nach dem HStatG für statistische Analysen und planerische Prognosen vorgesehen sind.

Studien- und Berufswünsche (Abiturientenbefragung)

Um die Zahl der Studienanfänger vorausschätzen zu können, müssen die zu einer Hochschulreife führenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen einbezogen werden. Bereits 1970 wurden die Schüler der Abschlußklassen von der HIS-GmbH befragt. Die amtliche Statistik hat diese Individualerhebung aufgrund von Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung 1971 übernommen. Die Statistik wurde dann in das HStatG (§ 10 Schüler¹) einbezogen. Das Gesetz sieht vor, daß die Schüler der Sekundarstufe II (Schuljahre 11, 12 und 13) der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, soweit diese zum Erwerb einer Studienberechtigung führen, nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt werden.

Auf dieser gesetzlichen Grundlage wird die Schülerbefragung seit 1972 jährlich vom Statistischen Landesamt durchgeführt, und zwar werden alle Abiturienten an Gymnasien

Studienabsicht der Schüler der Abschlußklassen

	Von 100 befragten Schülern waren		
	mit Studienabsicht	ohne Studienabsicht	noch unentschieden
1972	85	6	9
1973	80	8	12
1974	78	10	12
1975	72	14	14

¹) Zusammen mit dieser Erhebung werden die wehr- und zivildienstleistenden Studienberechtigten befragt. Das ist jedoch ausschließlich Bundesangelegenheit ohne Einschaltung der Länder. 1975 wurde vom Bund auf die Befragung dieses Personenkreises verzichtet.

und Schüler der Abschlußklassen des 12. Schuljahrgangs - auf die Schüler des 11. Jahrgangs wurde bisher verzichtet - etwa ein Vierteljahr vor dem Abgang befragt. Die Befragung erstreckte sich 1975 in Schleswig-Holstein auf über 5 000 Schüler. Der Erhebungsbogen, der vom Schüler ausgefüllt werden muß, umfaßt die vom Gesetz vorgesehenen Merkmale: Angaben zur Person, Wohnsitz, Art und Beginn des angestrebten Studiums, angestrebter Studienort und Berufsziel. Die fehlenden Merkmale: Schulort, Schulzweig und Art des angestrebten Schulabschlusses sind in einem "Klassen-/Gruppenbogen" enthalten, der - er dient als Mantelbogen für die Individualbogen - von der Schule ausgefüllt wird.

Die individuelle Erfassung der Schüler erlaubt eine Verknüpfung mit der Studentenstatistik (Schulabgänger - Studienanfänger). Auf diese Weise können der Umfang und die zeitliche Verzögerung des Übergangs von den Schulen auf die Hochschulen ermittelt werden. Die Erfragung des Wohnsitzes und des Schulortes ermöglicht eine regionale Gliederung der Studierwilligen und die Ermittlung des regionalen Einzugsbereiches der Hochschulen. Nicht vergessen werden darf, daß die Schüler in der Befragung Wünsche äußern, die sich nicht immer erfüllen lassen. Der organisatorische und technische Ablauf dieser Statistik hat sich eingespielt und ist kaum noch verbesserungsfähig. Das Erhebungs- und Auswertungskonzept wird dagegen z. Z. überarbeitet. Ziel dieser Neukonzeption ist es vor allem, ohne Rücksicht auf die bestehende Numerus-clausus-Situation die echte Nachfrage nach Studienplätzen möglichst unverfälscht zu erfassen.

Studienbewerber, Zulassungsquoten und Zulassungsbeschränkungen

Das HStatG fordert in jedem Semester einen listenmäßigen Nachweis der Studienbewerber nach Studiengängen und Wohnsitz, der Zahl der aufzunehmenden Studenten (Zulassungsquoten) nach Studiengängen und Studienabschnitten sowie der Zulassungsbeschränkungen nach Studiengängen und Studienabschnitten. Diese Statistik, die vor allem für die Engpaßfächer große Bedeutung hat, ist noch nicht eingerichtet. Das hängt damit zusammen, daß das HStatG und der Staatsvertrag der Länder über die Errichtung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) unabhängig voneinander entstanden sind und keine eindeutigen Regelungen für die Einbeziehung von Daten der ZVS in die amtliche Hochschulstatistik enthalten. Nachdem nun die Aufbauphase der ZVS abgeschlossen ist, und dort ein Konzept für das künftige statistische Arbeitsprogramm vorliegt,

sind konkrete Gespräche über die Auswertung von ZVS-Daten auch für die Hochschulstatistik vorgesehen. Dabei soll es zunächst um Studienbewerber und um Zulassungsquoten gehen. Die Zulassungsbeschränkungen werden dagegen zurückgestellt, da Angaben hierüber weder bei der ZVS noch bei den Erhebungsstellen der Hochschulstatistik vollständig vorliegen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wird daher zunächst weiterhin eine Liste über Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen aufgrund von deren Angaben veröffentlichen.

Die Daten der ZVS (z. B. Daten über die Zahl der Bewerber, Mehrfachbewerbungen, Mehrortsbewerber und Fachpräferenzen sowie Zahl der zugelassenen Bewerber) sind z. Z. im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen gespeichert. Rechtliche Bedenken gegen die Weitergabe von anonymisierten Einzelangaben an die amtliche Statistik bestehen nicht. Schwieriger wird es sein, statistische Veröffentlichungsprogramme, Schlüssel und Systematiken der ZVS und der amtlichen Statistik aufeinander abzustimmen.

Studenten

Eine bundeseinheitliche Individualstatistik der Studenten ohne gesetzliche Grundlage als koordinierte Landesstatistik gibt es seit 1949/50. Sie wurde nur in den Wintersemestern durchgeführt und beschränkte sich auf Bestandsdaten. Erstmals mit dem Wintersemester 1966/67 (mit Rückbefragung über den bisherigen Studienverlauf) wurde versucht, sie durch Erweiterung um ein Identifikationsmerkmal zu einer verlaufstatistischen Erhebung zu entwickeln. Dieses Konzept konnte jedoch nicht realisiert werden, da ein zu hoher Anteil von Doppelfällen mit gleichem Identifikationsmerkmal eine sinnvolle Auswertung der Verlaufsdaten verhinderte. Ab Sommersemester 1972 ist dann die Studentenstatistik - auf der Basis des HStatG - neu gestaltet worden. Es wurde ein verbessertes Identifikationsmerkmal eingeführt und zudem versucht, die Datengewinnung schrittweise in die Verwaltungsabläufe der Hochschulen zu integrieren, und zwar durch die Verbindung von statistischen Erhebungsbögen und Immatrikulations- und Rückmeldeformularen. Bei diesen Umstellungen ergaben sich für die statistische Aufbereitung eine Reihe von Anlaufschwierigkeiten. So war z. B. eine von Grund auf neue Programmierung für die EDV erforderlich. Der Bereich der Studentenstatistik erweiterte sich durch Einbeziehung der Fachhochschulen.

Im Gesetz ist vorgesehen, die Studentenstatistik als individualisierte Bestands- und Verlaufstatistik zu führen. "Während eine Bestandsstatistik lediglich Zustand und Struktur einer

Menge in einem bestimmten Zeitpunkt ermittelt, ermöglicht die Verlaufsstatistik Angaben über individuelle und kollektive Studienverläufe innerhalb eines Zeitraumes. Die Möglichkeit einer dynamischen Beobachtung wird dadurch geschaffen, daß auch die Zu-, Über- und Abgänge im Hochschulsystem periodisch erfaßt und alle Individualangaben der Studenten semesterweise über konstante Identifikationsmerkmale zusammengeführt werden. Die so gewonnenen Strömungsgrößen liefern quantifizierte Aussagen über Erfolgsquoten, Sickerquoten, Verweilzeiten, Fachrichtungs- und Hochschulwechsel. Zur Durchführung von Strukturanalysen, zur Gewinnung von Prognosedaten usw. lassen sich diese Studentenströme nach regional-, sozial- und bildungsstatistischen Merkmalen gruppieren^{1, 2}.

Ein brauchbares Identifikationsmerkmal allein reicht nicht aus, um eine Verlaufstatistik aufzubauen. Es ist erforderlich, daß für jedes Semester bereinigte Individualdaten vorliegen und daß diese Daten vollständig sind. Bisher hatte das Statistische Bundesamt die Vorarbeiten für die Verlaufstatistik auf Bundesebene zurückgestellt, weil die plausiblen Bestandsdaten auf Magnetbändern der Studentenstatistik ab Sommersemester 1972 für den Bund noch nicht vollständig vorliegen. Nahziel war, die Bestandsstatistik zu beschleunigen. Auf Grund der guten Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Statistischem Landesamt und Datenzentrale ist es inzwischen in Schleswig-Holstein gelungen, wenn auch mit erheblichem Aufwand, dieses Teilziel zu erreichen. So lagen z. B. die Ergebnisse für alle Hochschulen Schleswig-Holsteins mit insgesamt 19 000 Studenten für das Sommersemester 1975 im Juli vor. Damit gehört Schleswig-Holstein z. Z. zu den wenigen Bundesländern mit einer aktuellen Studentenbestandstatistik.

Die Studentendaten im Rahmen der Bestandstatistik zu erheben ist extrem kosten- und zeitaufwendig sowie fehleranfällig. In jedem Semester müssen die Individualdaten bei allen

Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

	SS 1974	WS 1974/75	SS 1975
Universität Kiel	9 570	10 630	10 308
Medizinische Hochschule Lübeck	300	264	290
Pädagogische Hochschule Kiel	3 022	3 070	3 097
Pädagogische Hochschule Flensburg	1 021	1 039	1 063
Musikhochschule Lübeck	210	233	227
Fachhochschule Flensburg	337	304	292
Fachhochschule Kiel	2 408	2 442	2 366
Fachhochschule Lübeck	1 076	1 012	937
Fachhochschule Wedel	456	431	408
Hochschulen insgesamt	18 400	19 425	18 988

2) wörtlich zitiert aus "Hochschulstatistikgesetz", Kommentar von Manfred Erhardt, Seite 87

Studenten erneut erfragt werden. Die Gesamtmasse der Daten muß dann - Semester für Semester - abgelocht und auf Magnetband übernommen werden. Die Nachteile dieses Verfahrens belasten - wenn auch in unterschiedlicher Weise - den Studenten, die Hochschule, die Datenzentrale und das Statistische Landesamt. Es waren vor allem zwei Faktoren, nämlich die immer größer werdende Nachfrage nach einer aktuellen, qualitativ brauchbaren Studentenstatistik und die unzureichende Personalausstattung in den Hochschulen und im Statistischen Landesamt, die bereits 1973 den Anstoß dazu gaben, ein rationelleres Verfahren der Datenerfassung einzuführen, zumal nicht mit einer kurzfristigen Einführung der bundeseinheitlichen Verlaufstatistik zu rechnen war. Auf der Suche nach diesem Verfahren bot sich das von der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) entwickelte computergestützte Studenten-Operations-System (SOS) an³.

Der Weg zur Verlaufstatistik ist in Schleswig-Holstein durch die fortschreibungsfähige Studentendatei geebnet, aber auf Bundesebene ist sie - wie bereits erwähnt - nach dem HStatG zwar vorgeschrieben, aber noch nicht vorhanden. Eine Studentenverlaufstatistik, die das individuelle Bildungsschicksal verfolgt, hat auf Landesbasis nur begrenzten Wert. So läßt sich z. B. ein Studienwechsler vom einen zum anderen Land nur bei zentraler Zusammenführung der Daten aufgrund eines bundeseinheitlichen Identifikationsmerkmals wiederfinden. Aus dem Ausland bekannte verlaufstatistische Untersuchungen gehen von einer Kohortenanalyse aus, die eine Zusammenführung von Daten über den gesamten Studienverlauf der Studenten erforderlich macht. Damit ist aber verbunden, daß Daten für viele Semester - unter Berücksichtigung der Mindeststudienzeit und der Unterbrechungen für mindestens 16 Semester - vorliegen müssen, bevor Ergebnisse erwartet werden können. Um schon aus wenigen zusammengeführten Semestern Ergebnisse zu gewinnen, hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein Simulationsmodell entwickelt, das auf der Basis von mindestens drei Semestern und mit Hilfe von Quoten Verläufe konstruiert.

Prüfungen und Prüfungskandidaten

Nach dem HStatG sollen die angebotenen Studienabschlüsse sowie die akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungen nach Studiengängen und Prüfungserfolg erfaßt werden. Außerdem ist eine individualisierte Statistik der Prüfungskandidaten vorgesehen.

3) siehe den 5. Aufsatz in diesem Heft: "Studentenstatistik auf der Basis einer fortschreibungsfähigen Datei", S. 274 ff.

Bei den Erhebungen im Prüfungsbereich folgte das Statistische Bundesamt den Empfehlungen des Ausschusses für die Hochschulstatistik, zur Vorbereitung der individualisierten Prüfungsstatistik eine Befragung der Prüfungsämter vorzuschalten. Damit sollte erreicht werden, Vorstellungen über den Aufbau der Prüfungsämter, über das Prüfungsverfahren, über die möglichen Abschlüsse und über den verwaltungsmäßigen Ablauf der Prüfungen zu gewinnen. Das Prüfungswesen ist weitgehend dezentralisiert. Bei der erstmaligen Befragung der Prüfungsämter in Schleswig-Holstein für das Wintersemester 1972/73 mußten daher insgesamt rund 50 akademische, staatliche und kirchliche Ämter einbezogen werden.

Bestandene Abschlußprüfungen

Prüfungsart	Abschlußprüfungen von Teilnehmern		
	WS 1973/74	SS 1974	WS 1974/75
Promotion	204	205	154
Diplomprüfung	147	133	167
Staatsexamen (außer Lehramtsprüfungen)	303	271	230
Lehramtsprüfung	498	696	569
Magisterprüfung	4	8	6
Kirchliche Abschlußprüfung	20	13	16
Musikprüfung	15	20	65
Abschlußprüfung an den Fachhochschulen	556	505	531
Insgesamt	1 747	1 851	1 738

Mit der individualisierten Prüfungsstatistik sollen vor allem drei Tatbestände erfaßt werden:

- der Studienabschluß und der dazu führende Studienverlauf
- die Prüfungen nach Studiengang und Prüfungserfolg
- das Angebot an Akademikern und deren zu erwartende Nachfrage nach Arbeitsplätzen

Nach § 13 des HStatG sollen die Kandidaten, die sich zu Abschlußprüfungen oder Doktorprüfungen vor den staatlichen oder kirchlichen Prüfungsämtern oder bei den Hochschulen (akademischen Prüfungsämtern und -ausschüssen) gemeldet haben, erfaßt werden. Die Statistik ist aufgrund von semesterweisen Erhebungen als individualisierte Bestandstatistik zu führen.

Der Personenkreis der Prüfungsstatistik und auch der geforderte Merkmalsrahmen stimmen weitgehend mit der Studentenstatistik überein. Erst nach der Zusammenführung der beiden Datenkomplexe im Rahmen von Studienabläufen kann auf eine Datendoppelerfassung verzichtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind retro-

spektive Teile über den Studienverlauf des Kandidaten im Merkmalskatalog der Prüfungsstatistik enthalten.

In Schleswig-Holstein wird die Prüfungsstatistik im Wintersemester 1975/76 eingeführt. Die Prüfungsämter haben die Erhebungsbogen erhalten und sind zum Teil durch mündliche Gespräche und durch eine schriftliche Arbeitsanweisung mit dem Ablauf der Erhebung vertraut gemacht worden. In jedem Semester werden rund 2 000 Kandidaten erfaßt werden müssen.

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Die nach dem Gesetz vorgesehene individualisierte Personalerhebung konnte bisher nicht eingeführt werden. Als Zwischenlösung wird auf Vorschlag des Ausschusses für die Hochschulstatistik seit 1972 jährlich eine Kollektiverhebung mit wenigen Daten durchgeführt. In diesem Rahmen werden das Personal (einschließlich des technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals) nach Funktionen und Laufbahnen in den kleinsten organisatorischen Einheiten (Fachbereich, Seminar, Institut) sowie die zugeteilten Stellen laut Haushaltsplan ermittelt. An den Hochschulen in Schleswig-Holstein gibt es über 120 solcher Einheiten.

Das Personal im Hochschulbereich wird zur Zeit jährlich zweimal erfragt: Am 30. 6. auf Grund des finanzstatistischen Gesetzes (Erhebung des Personals im öffentlichen Dienst) und am 2. 10. als Kollektiverhebung im Rahmen der Hochschulstatistiken. Die Kollektiverhebung soll zur Gewinnung von Eckdaten zunächst auch dann noch bestehen bleiben, wenn die Individualerhebung eingeführt ist. Es wird angestrebt, sie dann auf den Stichtag der Finanzstatistik (30. 6.) zu verlegen, so daß beide Erhebungen gemeinsam durchgeführt werden können.

Inzwischen ist die gesetzlich geforderte Individualerhebung vorbereitet worden. Nach einer Probeerhebung im Jahre 1976 an einigen Hochschulen des Bundesgebietes soll sie 1977 allgemein eingeführt werden. In Schleswig-Holstein müssen etwa 2 800 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter (1974) befragt werden.

Über den organisatorischen Ablauf einer individualisierten Personalerhebung liegen lediglich Erfahrungen aus früheren Statistiken der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals vor, die insgesamt dreimal, zuletzt mit Stichtag 15. November 1966 auf der Rechtsgrundlage von Vereinbarungen unter den Ländern durchgeführt worden sind. Damals sah der Berichtsweg wie folgt aus: Hochschullehrer - Hochschule - Statistisches Landesamt -

Statistisches Bundesamt. Es waren Bestands-erhebungen ohne Änderungsdienst.

Nach dem HStatG ist das Personal alle fünf Jahre in einer Totalerhebung zu erfassen; die Bestandsveränderungen sind jährlich zu erheben. Eine Personalerhebung mit einem solchen Umfang setzt aber, besonders wegen des jährlichen Änderungsdienstes eine funktionierende Personaldatei voraus, die es aber noch nicht gibt. Das Statistische Bundesamt hat daher im Frühjahr 1975 dem Ausschuß für die Hochschulstatistik vorgeschlagen, die Erhebung zugleich mit der Finanzstatistik - d. h. in sechsjährigem Turnus - durchzuführen. Für den jährlichen Änderungsdienst sollen lediglich Eckdaten erfaßt werden. Nur der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ist allerdings ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die im Gesetz vorgesehene Periodizität einer Erhebung zu verlängern oder zu verkürzen, wenn das für die Gewinnung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht oder erforderlich ist.

Durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft mit Zustimmung des Bundesrates können beim wissenschaftlichen Personal - über die Merkmale der individualisierten Personalstatistik hinausgehend - in anonymisierter Form der Arbeitszeitaufwand in Forschung, Lehre und Verwaltung, Art und Umfang der wissenschaftlichen Nebentätigkeiten (also einschließlich Gutachter- und Beratertätigkeit) sowie die Gegenstände der Forschung ermittelt werden. Die Rechtsverordnung kann eine Total- oder Stichprobenerhebung, eine einmalige oder eine sich auf begrenzte Zeit periodisch wiederholende Erhebung anordnen. Eine Statistik der Forschungsdaten ist nur sinnvoll, wenn bereits eine funktionsfähige Personalstatistik mit Grunddaten besteht. Der Aufbau einer solchen weitergehenden Statistik steht somit auch im Augenblick nicht zur Diskussion.

Technisches, Verwaltungs- und sonstiges Personal

Seit 1972 wird das nichtwissenschaftliche Personal gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Personal im Rahmen der bereits erwähnten jährlichen Kollektiverhebung mit wenigen Eckdaten erfaßt. Inzwischen ist auch für diesen Personenkreis ein Merkmalskatalog erarbeitet, der erstmalig 1977 erfragt werden soll, und zwar - wie es das Gesetz vorgesehen hat - in Form einer Auflistung.

Die Erhebung beim nichtwissenschaftlichen Personal ist aus zwei Gründen noch aufwendiger als beim wissenschaftlichen Personal:

- die Zahl der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen in Schleswig-Holstein ist mit über 5 900 Personen (1974) mehr als doppelt so groß wie die der wissenschaftlichen Mitarbeiter.

- Das Gesetz verlangt eine jährliche Erhebung, d. h. einmal im Jahr müssen alle Daten, die veränderlichen und die nichtveränderlichen Personaldaten, neu erhoben werden.

Eine Statistik für das nichtwissenschaftliche Personal mit qualitativ guten Daten, die mit vertretbarem Aufwand gewonnen werden, läßt sich nur realisieren, wenn eine Datei (mit jährlichem Änderungsdienst) auch für diesen Personenkreis vorhanden ist.

Personal mit Dienstvertrag an den Hochschulen
in Schleswig-Holstein
2. Oktober 1973 und 1974

Dienstbezeichnung	Personal	
	1973	1974
Ordentliche und außerordentliche Professoren	214	176
Abt.-Vorsteher und Professoren	81	129
Prof. an päd. Hochschulen, Kunst- und Fachhochschulen	368	361
apl. Professoren und Universitäts-Dozenten	54	36
Ober-Ass., -Ärzte, -Ingenieure	43	84
Akad. Direktoren, Oberräte, Lektoren	62	102
Studienräte im Hochschuldienst	102	90
Sonstige hauptamtliche Lehrkräfte	36	36
Wissenschaftliche Assistenten	673	321
Assistenten an Fachhochschulen	9	8
Wissenschaftliche Mitarbeiter	464	843
Medizinalassistenten	137	85
Verwaltungspersonal im höheren Dienst	42	35
Verwaltungspersonal ohne höheren Dienst	1 699	1 930
Pflegepersonal	892	1 042
Sonstiges Personal ohne höheren Dienst	432	446
Arbeiter	1 211	1 289
Praktikanten	29	26
Auszubildende	385	254
Personal mit Dienstvertrag insgesamt	6 933	7 293

Grundstücke, Gebäude und Räume

Eine amtliche Statistik der Grundstücke, Gebäude und Räume im Hochschulbereich gab es bisher nicht. Lediglich der Wissenschaftsrat hatte Daten über die Hochschulräume erhoben, weil er für seine Empfehlungen zu den Rahmenplänen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz Angaben über den Ausbaustand der Hochschulen benötigte. Da der Merkmalskatalog dieser Erhebung mit den Anforderungen im HStatG übereinstimmt, wurde die Raumerhebung des Wissenschaftsrats 1973 von der amtlichen Statistik übernommen und weitergeführt. Der Wissenschaftsrat hatte zwar Vorarbeit geleistet, das übernommene Datenmaterial war aber sehr lückenhaft und bezog sich auch nicht auf alle Hochschulen. Inzwischen wurde die Erhebung in Schleswig-Holstein weiter aufgebaut. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die auf den

Der Bestand an Räumen an den Hochschulen
in Schleswig-Holstein 1974

	Gesamtfläche		darunter Hauptnutzfläche ¹	
	Anzahl der Räume	m ²	Anzahl der Räume	m ²
Universität Kiel (ohne Kliniken)	4 871	131 538	2 771	88 985
Medizinische Hochschule Lübeck ²	761	14 045	514	9 515
Musikhochschule Lübeck	151	2 514	90	1 847
Pädagogische Hochschulen	622	25 219	442	15 950
Fachhochschulen	1 601	63 071	1 139	47 786
Hochschulen insgesamt	8 006	236 387	4 956	164 083

1) Das sind studenten- und personalbezogene Räume für Forschung und Lehre

2) Die Räume sind noch nicht vollständig erfaßt

einzelnen Raum abgestellte, termingebundene Bestandsaufnahme und -fortschreibung zumindest in der Anlaufzeit sehr zeit- und arbeitsaufwendig ist. So ist es zum Beispiel bis jetzt auch noch nicht allen Hochschulen gelungen, in allen Bereichen vollständige Angaben über die Räume und ihre Nutzung zu machen. 1974 wurden im Hochschulbereich in Schleswig-Holstein insgesamt rund 8 000 Räume erfaßt. Die ebenfalls im Gesetz vorgesehene Grundstücksstatistik sowie die Gebäudestatistik wurden zunächst zurückgestellt.

Studentenwerke

Die Erweiterung der Ausbildungskapazität der Hochschulen muß mit einer entsprechenden Entwicklung der sozialen Einrichtungen für Studenten Hand in Hand gehen. Nach § 2 Nr. 8 HStatG werden die Studentenwerke und die von ihnen verwalteten Einrichtungen (zum Beispiel Mensen, Kinderkrippen, Studienhäuser) erhoben. Außerdem werden sonstige studentische Sozialeinrichtungen, deren Träger nicht die Studentenwerke sind, insoweit einbezogen, als sie aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Nach § 14 HStatG sollen bei den vorstehend genannten Einrichtungen die Tatbestände Grundstücke, Gebäude und Räume nach Größe, Ausstattung und Nutzung erhoben werden. Das sind die Tatbestände, die in der entsprechenden Erhebung an den Hochschulen und Kliniken gleichfalls gefordert werden, so daß die im vorstehenden Abschnitt beschriebene Erhebung lediglich auf das Studentenwerk und auf sonstige studentische Sozialeinrichtungen ausgedehnt zu werden braucht, was in Schleswig-Holstein allerdings bisher noch nicht geschehen ist.

Studentenwohnheimplätze

Der Bedarf an Wohnraum für Studenten ist groß. Für die Hochschulplanung ist es daher

nicht ohne Bedeutung, statistische Unterlagen über die in öffentlich geförderten Studentenwohnheimen⁴ zur Verfügung stehenden Wohnheimplätze zu erhalten.

Außerhalb der amtlichen Statistik hat die Beratungsstelle für Wohnheimfragen beim Deutschen Studentenwerk in Übereinstimmung mit dem Ausschuß für die Hochschulstatistik und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft 1972 die Wohnheimplätze erhoben. Es war geplant, daß der Datenbestand des Deutschen Studentenwerks von der amtlichen Statistik übernommen werden sollte, und zwar mit der Auflage, die Wohnheimplätze ab 1976 im Rahmen der Raumstatistik zu erfassen. Das Deutsche Studentenwerk hat inzwischen wissen lassen, daß es auch zukünftig jährlich eine "Wohnheimliste" herausgeben will. In dieser Liste sind alle Merkmale enthalten, die im HStatG für die Statistik der Wohnheime vorgesehen sind. Um einerseits eine Doppelerhebung zu vermeiden, auf der anderen Seite jedoch auch den gesetzlichen Auftrag der amtlichen Statistik zu erfüllen, wird eine rechtliche Form gesucht, nach der etwa das Statistische Bundesamt diese Erhebung über das Deutsche Studentenwerk abwickelt. Ungeklärt ist somit auch noch die Frage, auf welche Weise die Länder Daten über die Studentenwohnheimplätze ihrer Region erhalten.

Lehrveranstaltungen

Unter Lehrveranstaltung wird der studienorganisatorische Rahmen verstanden, in dem ein bestimmter Lehr- und Lerninhalt vermittelt wird. In den Hochschulen in Schleswig-Holstein werden schätzungsweise in einem Semester 6 200 Lehrveranstaltungen mit insgesamt gut 16 000 Stunden je Woche abgehalten.

Nach Auffassung des Ausschusses für die Hochschulstatistik kann diese Erhebung nur langfristig realisiert werden. Die Statistischen Landesämter haben vorgeschlagen, auf die Erhebung zu verzichten, da Interessenten diese Angaben den Vorlesungsverzeichnissen entnehmen können.

Finanzdaten

Die Anforderungen der Statistik der Finanzdaten können nur langfristig nach Ausbau eines automatisierten Haushalts- und Rechnungswesens mit Kostenstellenrechnung in den Hochschulen erfüllt werden.

4) Wohnheime, die nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sind nach dem HStatG nicht einzubeziehen

ZUR GRAFIK DES MONATS

"Die Lernenden in Schleswig-Holstein 1964 und 1974"

Die Grafik des Monats auf den folgenden Seiten besteht aus zwei Teilen. Sie zeigt die Zusammensetzung der Zahl der Lernenden nach der Schulart und ihre Veränderung 1974 gegenüber 1964. Die Lernenden umfassen die Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie die Studenten der Hochschulen. Nicht einbezogen sind die berufliche Bildung und die Weiterbildung.

1974, d. h. im Schuljahr 1974/75 und im Wintersemester 1974/75, gab es in Schleswig-Holstein weit über eine halbe Million Lernende, nämlich 532 000, das sind 142 700 (37 %) mehr als 1964. An diesem Zuwachs sind außer der Berufsschule alle Schularten beteiligt. Die größten Zunahmen hatten die Grundschulen (+ 42 100 Schüler), die Gymnasien (+ 37 400 Schüler) und die Realschulen (+ 32 000 Schüler).

Die Aufteilung der Lernenden auf die Schularten hat sich im letzten Jahrzehnt zum Teil stark verändert. Nach wie vor sind gut drei Zehntel von ihnen Grundschüler. Der Anteil der Hauptschüler hat dagegen damals knapp 24 % betragen, inzwischen ist er auf 18 % gesunken. Die Anteile der Realschüler (von 11 % auf 14 %) und der Gymnasiasten (von 9 % auf 13 %) sind dagegen beachtlich gestiegen. Auch die integrierten Gesamtschulen, die Sonderschulen, die beruflichen Schulen (ohne Berufsschulen) sowie die Hochschulen haben 1974 größere Anteile an der Zahl aller Lernenden als 1964. Neben den Hauptschulen sind es nur noch die Berufsschulen, die einen kleineren Anteil aufzuweisen haben.

Die Veränderung der Zahl der Lernenden 1974 gegenüber 1964 ist in den einzelnen Schularten verschieden groß gewesen. Diese Entwicklung ist durch zwei Faktoren bedingt. Der eine ist die Veränderung der Altersstruktur des betroffenen Bevölkerungsteils, der andere wird im Bild zusammenfassend "Strukturwandel in der Ausbildung" genannt. Hierunter sind alle schulorganisatorischen und bildungskonzeptionellen Maßnahmen des letzten Jahrzehnts zu verstehen. Das erste Moment erscheint im Bild, rechter Teil, als Höhenunterschied der Säulen "1964" und "1974, Erwartungswert". Das zweite Moment kommt in der Differenz zwischen den beiden 1974er Säulen "Erwartungswert" und "Erhobener Wert" zum Ausdruck.

Die Zahl der Grundschüler hat im Zeitraum 1964 bis 1974 um 34 % zugenommen. Da allgemeine Schulpflicht besteht, müssen alle Kinder – abgesehen von den wenigen nicht grundschulfähigen Kindern – die Grundschule besuchen. Das heißt, die Veränderung 1974 gegenüber 1964 kann nur durch die Altersstruktur bedingt sein. Der Erwartungswert 1974 müßte dem erhobenen Wert entsprechen. In der Grafik ist jedoch eine kleine Differenz zu erkennen. Sie ist dadurch entstanden, daß

zwischen den beiden Beobachtungsjahren, nämlich 1966/67, der Schuljahresbeginn vom Frühjahr auf den Herbst verlegt worden ist. Aus diesem Grunde hat sich die altersmäßige Zusammensetzung der Schulanfänger ein wenig verschoben.

Der Erwartungswert 1974 für die Zahl der Hauptschüler ist niedriger als der erhobene Wert. Das bedeutet, daß die Hauptschule sehr viele Schüler an andere Schularten abgegeben hat, und zwar an die Sonderschule, an die Realschule und an das Gymnasium. Alle drei Schularten lassen einen deutlichen Strukturwandel erkennen. So hat sich zum Beispiel die Zahl der Gymnasiasten seit 1964 mehr als verdoppelt (+ 112 %). Ein Teil dieser Zunahme entfällt auf die Veränderung durch die Altersstruktur (+ 18 %) und der größte Teil (+ 94 %) auf höhere Zugangsquoten und niedrigere Abgangsquoten während der Gymnasialzeit.

Im Bereich der beruflichen Schulen (ohne Berufsschulen) liegt der Erwartungswert 1974 gleichfalls über dem erhobenen Wert. Die Nachfrage nach diesen Schulen (Berufsfach-, Fachschulen, Fachgymnasien usw.) war somit größer, als auf Grund der Bevölkerungsentwicklung zu erwarten war. Die Zahl der Berufsschüler hätte gemäß der Veränderung der Altersstruktur 1964 und 1974 annähernd gleich groß sein müssen; sie weist aber einen Rückgang infolge der Strukturveränderung von fast 8 % auf. Diese Entwicklung hängt vermutlich mit dem hohen Zugang zu Realschulen, Gymnasien sowie zu den übrigen beruflichen Schulen zusammen.

Im Hochschulbereich wurde von der Annahme ausgegangen, daß die Zahl der Schleswig-Holsteiner, die außerhalb des Landes studieren, durch Studenten aus anderen Bundesländern ausgeglichen wird. Um die Studentendaten der beiden Beobachtungsjahre vergleichbar zu machen, wurden außerdem die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen, die seit 1969 zum Fachhochschulbereich zählen, bereits 1964 den Hochschulen zugeordnet. Auch bei dieser Aufstockung der Werte von 1964 ergibt sich im letzten Jahrzehnt nahezu eine Verdoppelung der Studentenzahl (+ 93 %). Aus demographischen Gründen hätte für diesen Zeitraum mit einem Rückgang der Studentenzahl von mehr als 10 % gerechnet werden müssen. Die heutigen Studenten sind zum größten Teil in der zweiten Hälfte der 40er bis Mitte der 50er Jahre geboren. Diese Jahrgänge sind im Schnitt mit 30 000 bis 35 000 Geborenen besetzt. Die Studenten des Beobachtungsjahres 1964 gehören aber zu den wesentlich stärker besetzten Geburtsjahren der zweiten Hälfte der 30er bis Mitte der 40er Jahre mit Einzeljahrgängen von über 40 000 Geborenen. Durch Strukturwandel (mehr Zugänge zu den Hochschulen, längere Studiendauer) hat sich aber die Studentenzahl tatsächlich seit 1964 um 93 + 10 % erhöht, d. h. mehr als verdoppelt.

Die Lernenden nach der Schulart

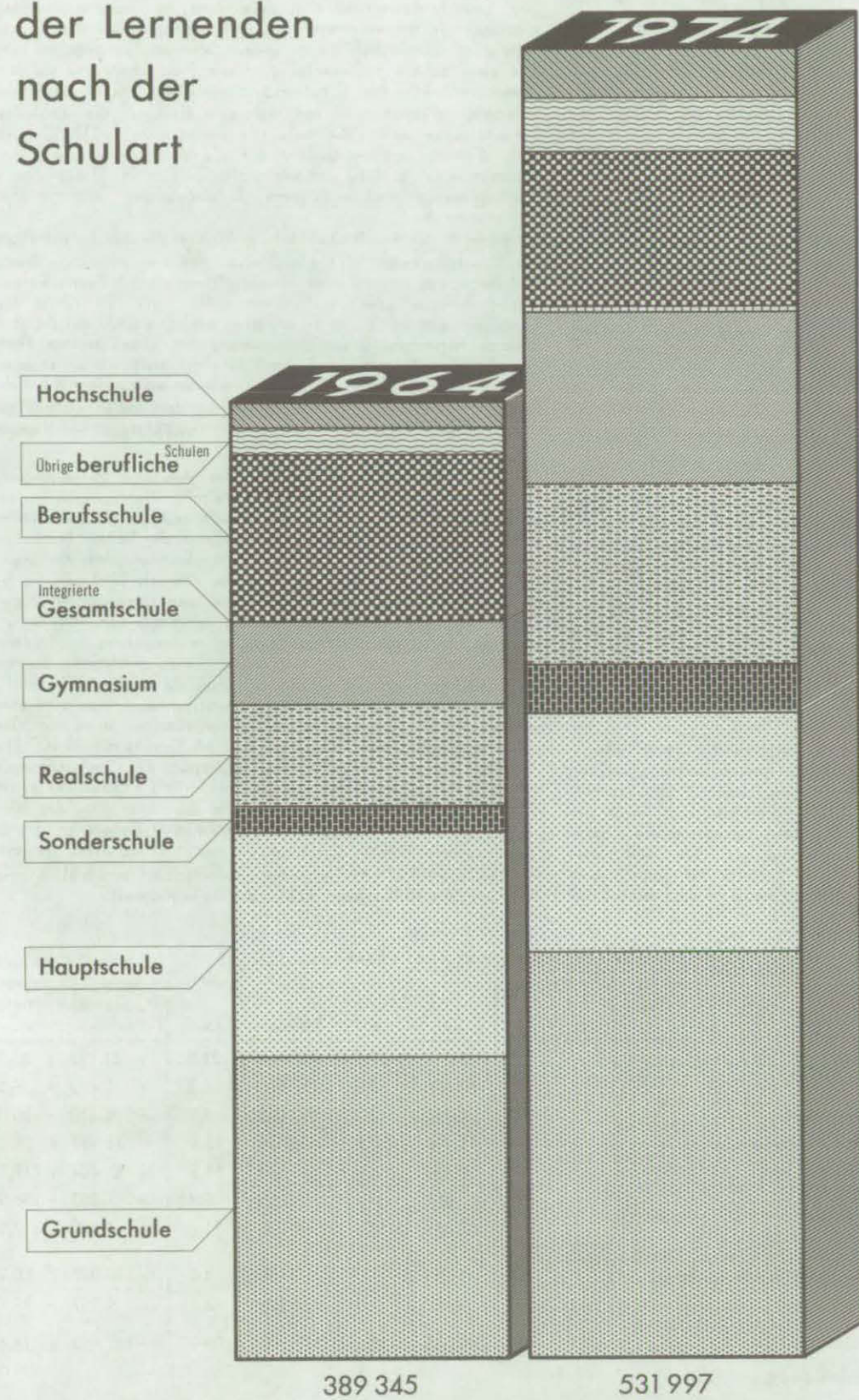
	1964		1974		Veränderung 1974 gegenüber 1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Grundschulen einschließlich vorschulische Einrichtungen	122 792	31,5	164 924 ^a	31,0	+ 42 132	+ 34,3
Hauptschulen	91 576	23,5	97 048	18,2	+ 5 472	+ 6,0
Sonderschulen und Sonderschulklassen	10 452	2,7	19 862	3,7	+ 9 410	+ 90,0
Realschulen, Realschulzüge und Abendrealschulen	41 394	10,6	73 351	13,8	+ 31 957	+ 77,2
Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs	33 439	8,6	70 843	13,3	+ 37 404	+ 111,9
Integrierte Gesamtschulen	452	0,12	2 255	0,42	+ 1 803	+ 398,9
Berufsschulen	67 868	17,4	63 038	11,8	- 4 830	- 7,1
Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachgymnasien, Berufsaufbauschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Berufsakademie	11 385	2,9	21 432	4,0	+ 10 047	+ 88,2
Hochschulen	9 987	2,6	19 244	3,6	+ 9 257	+ 92,7
Lernende insgesamt	389 345	100	531 997	100	+ 142 652	+ 36,6

a) darunter 8 572 Kinder in vorschulischen Einrichtungen

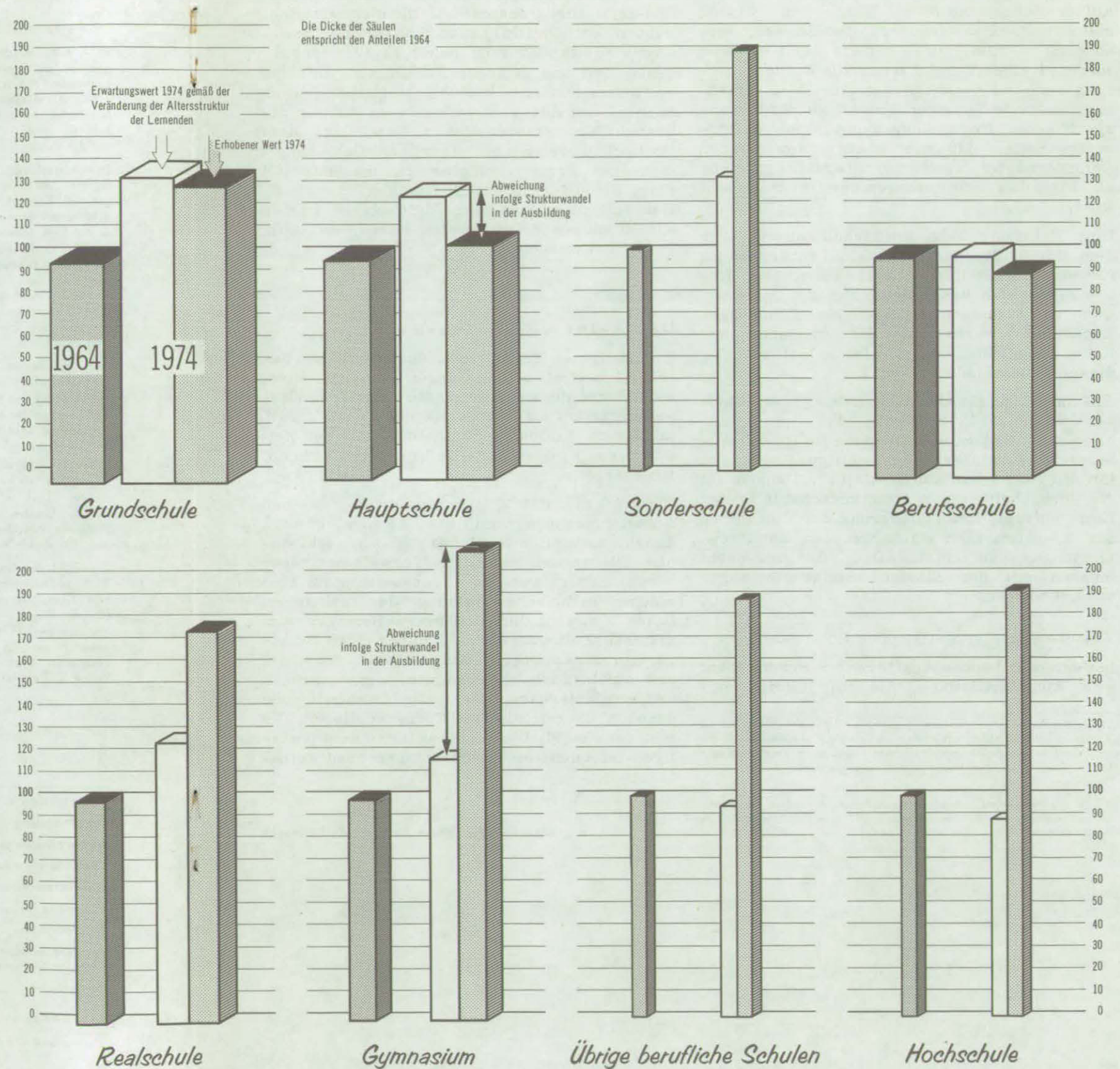
DIE LERNENDEN IN SCHLESWIG - HOLSTEIN 1964 UND 1974

D-4723

Die Zusammensetzung der Lernenden nach der Schulart



Veränderung der Zahl der Lernenden 1974 gegenüber 1964 in %



Kurzfristig sind Vorschläge erarbeitet worden, die im wesentlichen eine Ergänzung und methodische Verfeinerung der bereits bestehenden, auf einer eigenen Rechtsgrundlage beruhenden Statistik (Gesetz über die Finanzstatistik vom 12. 6. 1970 geändert durch Gesetz vom 12.7.1973) zum Ziele haben. Dabei handelt es sich einmal darum, das finanzstatistische Aufbereitungsprogramm über den bisher üblichen Rahmen hinaus zu detaillieren, zum anderen darum, die bereits seit Jahren aufgrund einer Vereinbarung der Bundesregierung mit den Mitgliedstaaten der OECD durchgeführte Zusatzerhebung über die fächer-spezifischen Forschungsausgaben so weiter-zuentwickeln, daß sie künftig sowohl den Anforderungen des Hochschulstatistikgesetzes als auch den Anforderungen der OECD gerecht wird.

Eine Erhebung über Hochschulfinanzen nach dem HStatG fand erstmals als Probeerhebung für das Haushaltsjahr 1971 statt. Der Erhebungsbereich beschränkte sich auf Universitäten und technische Hochschulen. Erhebungstatbestände waren nur die Ausgaben der Hochschulen. Schleswig-Holstein hat sich an dieser Probeerhebung beteiligt⁵.

Als Unterlage für die 1. Erhebung über Hochschulfinanzen 1972 diente das im Unterausschuß "Kosten und Finanzen im Hochschulbereich" vereinbarte einstweilige Programm für die Hochschulfinanzstatistik⁶. Danach ist die Hochschulfinanzstatistik zunächst in erster Linie auf eine Untergliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Fächergruppen und Fachrichtungen gerichtet. Die Ausgangsdaten müssen mit der Staatsfinanzstatistik abgestimmt werden.

Weitere Einzelstatistiken des HStatG

In den vorstehenden Ausführungen wurden nicht alle Einzelstatistiken, die im HStatG vor-

5) Die erhobenen Daten konnten jedoch, da dafür kein Personal zur Verfügung stand, nicht aufbereitet werden. Aus diesem Grunde hat sich Schleswig-Holstein auch bis jetzt nicht an den weiteren jährlichen Erhebungen der Hochschulfinanzen nach dem HStatG beteiligen können

6) Die Grundsätze und Methoden dieses Programms gelten im wesentlichen auch für die 2. (Haushaltsjahr 1973) und 3. (Haushaltsjahr 1974) Erhebung

gesehen sind, genannt. Es fehlen die Statistik der Sozialdaten der Studenten; der Beurlaubten und Exmatrikulierten; der Gasthörer; der Fernstudienlehrgänge und Weiterbildungskurse; der Doktoranden; der Promotionen und Habilitationen. Inzwischen hat sich auch gezeigt, daß vor allem aus finanziellen Gründen und wegen des hohen Arbeitsaufwandes zunächst nicht alle im Gesetz angeordneten Statistiken verwirklicht werden können. Der Ausschuß für die Hochschulstatistik hat sich daher in der vergangenen Zeit und in enger Abstimmung mit der amtlichen Statistik bemüht, Möglichkeiten zu suchen, um mit den vorhandenen Mitteln die unabdingbar erforderlichen Daten aus dem Hochschulbereich in einer zeitlich angemessenen Frist verfügbar zu machen. Bei einer Novellierung des Gesetzes wird vermutlich auf einige Statistiken, die bisher immer wieder aufgeschoben worden waren, endgültig verzichtet werden.

Daten-Ist und Daten-Soll

Die Menge an Einzeldaten, die im Rahmen des HStatG seit etwa drei Jahren gewonnen wird, wächst ständig an. Der größte Teil der vorliegenden Daten ist aggregiert und "auf Vorrat" tabelliert. Schleswig-Holstein erfüllt zur Zeit außer den Finanzdaten alle Verpflichtungen auf Bundesebene.

Nach § 1 des HStatG soll das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm aber so angelegt sein, daß die speziellen Bedürfnisse der verschiedenen Planungsebenen und Verwaltungsträger berücksichtigt werden. Voraussetzung für eine solche mehrfache Nutzung der erhobenen Daten - sowohl durch mehrere Benutzer zum gleichen Zeitpunkt als auch durch einen Benutzer zu verschiedenen Zeitpunkten - ist aber, daß aufeinander abgestimmte, aggregierbare und kombinierbare Daten in ausreichender und dennoch übersichtlicher Form vorliegen. Es muß dann möglich sein, diese Daten dem jeweiligen Informationswunsch entsprechend aufzubereiten.

Lieselotte Korschey/Friedrich-Karl Wormeck

Die Ausbildungsabsichten der Studenten, die eine Lehrbefähigung anstreben

Allgemeines

Für die Lehrerzuteilung zu Schuljahresbeginn und für die Haushaltsberatungen sind Informationen über das zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwartende Lehrangebot aus dem Hochschulbereich erforderlich. Es geht dabei weniger um längerfristige Prognosen über die Hochschulabsolventen mit einer Lehrbefähigung, sondern vielmehr um kurzfristige und rechtzeitige Informationen über den Lehrernachwuchs. Zu diesem Zweck wurden zum Sommersemester 1975 die Studenten der pädagogischen Hochschule in Kiel und Flensburg in eine Befragung einbezogen, die mit dem Kultusministerium erarbeitet und mit den pädagogischen Hochschulen abgesprochen wurde. Der Kreis der Befragten beschränkte sich auf die Studenten, die ein Lehramt anstrebten - also ohne Studenten, die im Studiengang der Erziehungswissenschaft die Diplomprüfung ablegen wollten - und bereits im fünften oder höheren Fachsemester studierten. Der so definierte Personenkreis sollte über den Zeitpunkt der Meldung zur ersten Lehramtsprüfung und der weiteren Lehrerausbildung Auskunft geben. Bei der Auswertung dieser Befragung muß bedacht werden, daß es sich lediglich um Absichtserklärungen der betroffenen Studenten handelt.

Im Sommersemester 1975 studierten an den beiden pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein 3 686 deutsche Studenten, die angaben, das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen oder Realschulen anzustreben. Von diesen Studenten befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung 1 816 (49 %) im fünften oder höheren Fachsemester. Dieser Anteil ist nur im Wintersemester 1974/75 mit 52 % größer gewesen, in den vorausgegangenen Semestern aber immer niedriger, wenn auch mit steigender Tendenz:

Sommersemester 1972	31 %
Wintersemester 1972/73	33 %
Sommersemester 1973	32 %
Wintersemester 1973/74	41 %
Sommersemester 1974	42 %
Wintersemester 1974/75	52 %
Sommersemester 1975	49 %

Diese Zahlenreihe läßt eine Verlängerung der Studiendauer vermuten. Zieht man die durchschnittliche Zahl an Fachsemestern als ein grobes Maß für die Verweildauer der deutschen Studenten heran, so wird diese Vermutung bestätigt: im Sommersemester 1972 hatte im Durchschnitt der Student an den pädagogischen

Deutsche Studenten der pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg nach Fachsemestergruppe und Art der angestrebten Lehramtsprüfung Sommersemester 1975

Fachsemester	Deutsche Studenten, die eine Lehramtsprüfung anstreben,							
	Insgesamt		davon für					
			Grund- und Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1 bis 4	1 870	51	862	52	319	53	689	48
5 und mehr	1 816	49	798	48	282	47	736	52
Insgesamt	3 686	100	1 660	100	601	100	1 425	100

Hochschulen in Kiel und Flensburg 3,7 Fachsemester, im Sommersemester 1975 bereits 4,8 Fachsemester absolviert.

Wie der ersten Tabelle entnommen werden kann, sind die Anteile der deutschen Studenten, die im 5. oder höheren Fachsemester studierten, bei den drei Arten von Lehrämtern unterschiedlich.

Die Ergebnisse dieser Tabelle zeigen, daß bei der Lehramtsprüfung für Sonderschulen der Anteil der Studenten, die im fünften oder höheren Fachsemester studierten, mit 47 % am niedrigsten war. Dagegen waren bereits über die Hälfte der Studenten (52 %), die die Lehrbefähigung an Realschulen erwerben wollten, im fünften oder höheren Fachsemester immatrikuliert. Diese Quote lag bei den Studenten, die beabsichtigten, die Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen abzulegen, bei 48 %.

Die bis jetzt verwendeten Zahlen sind der maschinell erstellten Studentenstatistik des Sommersemesters 1975 entnommen. Die Ergebnisse der Zusatzbefragung, die im folgenden dargestellt werden, sind manuell aufbereitet worden. Voneinander abweichende Zahlen für den gleichen Personenkreis erklären sich dadurch, daß bei der maschinell aufbereiteten Statistik verspätet eingegangene Belege nicht mehr berücksichtigt und deutsche und ausländische Studenten bei der manuellen Auszählung nicht getrennt werden konnten. Die Abweichungen sind aber sehr gering, so daß von dieser Seite die Aussagen der gewonnenen Ergebnisse nicht eingeschränkt werden müssen.

Wenn im folgenden auf die Ausbildungsabsichten der Studenten eingegangen wird, wird die Aussagefähigkeit dieser Befragung weiterhin an den Antwortquoten gemessen werden müssen.

Die Bereitwilligkeit zur Auskunft über den zukünftigen Ausbildungsweg zeigte sich je nach Personenkreis und Inhalt der Fragen unterschiedlich hoch. Bei der Interpretation der einzelnen Ergebnisse wird daher vorweg jeweils die Antwortquote genannt werden, so daß die Aussagefähigkeit entsprechend eingeschätzt werden kann.

Die Absichtserklärungen der Studenten zu ihrem weiteren Studium sind sicher von den zur Zeit der Befragung gültigen Prüfungsordnungen mitbestimmt. Es wird davon ausgegangen, daß geplante Änderungen in der Organisation des Prüfungswesens, sofern sie dem befragten Studenten bekannt waren, bei der Beantwortung der Fragen berücksichtigt wurden. So sollte zum Beispiel die Absicht, in Zukunft nur noch einmal im Jahr und nicht mehr semesterweise die Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen abzunehmen, bei der Frage, wann die Meldung zur Prüfung vorgenommen wird, berücksichtigt worden sein.

Beabsichtigte Meldung zur Abschlußprüfung für ein Lehramt

Nach dem Zeitraum der beabsichtigten Meldung zur Abschlußprüfung befragt, antworteten 774 der 805 Studenten (96 %), die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstrebten und im fünften oder höheren Fachsemester studierten. So hoch war die Antwortquote bei den vergleichbaren 737 Studenten, die die Lehrbefähigung an Realschulen erwerben wollten, nicht, doch ist sie mit 86 % noch groß genug, um das weitere Studienverhalten zu umschreiben. Die Studenten, die angaben, später einmal an Sonderschulen zu unterrichten, zeigten sich weniger auskunftswillig. Nur 46 % der 209 in Frage kommenden Studenten¹ gaben über den Zeitraum der beabsichtigten Prüfung Auskunft. Diese Quote ist zu gering, um das Studienverhalten der angehenden Sonderschullehrer hinsichtlich der Studiendauer uneingeschränkt zu repräsentieren. Auf eine Darstellung der Ergebnisse dieser Studenten wird daher in den weiteren Ausführungen verzichtet.

Die zweite Tabelle zeigt, wann die Studenten im fünften oder höheren Fachsemester zur Lehramtsprüfung anstehen. Dabei sind die Ergebnisse so aufbereitet, daß gesagt werden kann, im wievielten Fachsemester die Studenten studieren werden, wenn sie sich zur Prüfung melden.

Über die Hälfte der auskunftswilligen Studenten wollen im sechsten Fachsemester die

¹) ohne Studenten, die bereits das Lehramt an Grund- und Hauptschulen erworben hatten, und im Zweitstudium das Lehramt für Sonderschulen anstrebten

Beabsichtigte Studiendauer der Prüfungskandidaten Sommersemester 1975

Meldung im ...ten Fachsemester	Studenten, die eine Lehramtsprüfung anstreben für			
	Grund- und Hauptschulen		Realschulen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
6.	399	51,6	—	—
7.	228	29,5	243	38,3
8.	94	12,1	281	44,3
9.	26	3,4	66	10,4
10.	20	2,6	32	5,0
11.	4	0,5	9	1,4
12. und höheren	3	0,4	4	0,6
Insgesamt	774	100	635	100

Meldung zur Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen abgeben. Knapp 30 % werden im siebenten Fachsemester und 12 % im achten Fachsemester studieren, wenn sie sich zur Prüfung melden. Nur 7 % der in Frage kommenden Studenten sagten voraus, daß sie zum Zeitpunkt der Meldung zur Prüfung bereits im neunten oder höherem Fachsemester sein werden.

Das Studium für das Lehramt an Realschulen dauert länger. Von den 635 Studenten, die zum Zeitpunkt der Befragung im fünften oder höheren Fachsemester studierten und auskunftswillig waren, gaben 243 (38 %) an, im siebenten Fachsemester die Meldung zur Prüfung vorzunehmen. Die meisten, nämlich 281 (44 %) der in Frage kommenden Studenten, werden sich dann zur Abschlußprüfung melden, wenn sie im achten Semester sind. Im neunten Fachsemester werden sich nach den vorliegenden Ergebnissen 66 (10 %) Studenten und im zehnten oder höheren Fachsemester 45 Studenten (7 %) zur Prüfung anmelden.

Diese Zahlen zeigen eine verbreitete Bereitschaft der Studenten an, das Studium in einer angemessenen Zeit zu absolvieren. Die Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstreben, werden danach zum Zeitpunkt der Meldung zur Prüfung durchschnittlich im siebenten Fachsemester sein, die zukünftigen Realschullehrer im achten. Will man die vorgelegten Zahlen als exakten Indikator der Studiendauer interpretieren, so muß man allerdings neben der Unsicherheit von Absichtserklärungen noch die Zeitspanne zwischen der Meldung zur Prüfung und dem Ablegen der Prüfung berücksichtigen.

Gründe für eine spätere Meldung zur Prüfung

Für die Erklärung des weiteren Studienverhaltens sollten die Studenten, die mindestens die

nach der Prüfungsordnung notwendigen Fachsemester absolviert hatten, begründen, warum sie sich nicht im Sommersemester 1975, sondern erst später zur Prüfung melden wollten.

Unter den 774 auskunftswilligen Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstrebten, waren zum Zeitpunkt der Befragung 184 Studenten im sechsten und höheren Fachsemester, die nicht beabsichtigten, sich noch im Sommersemester 1975 zur Prüfung zu melden. Auf die Frage nach den Gründen für dieses Studienverhalten antworteten 156 (85 %) von ihnen.

Dem längeren Studium für das Lehramt an Realschulen entsprechend, sind hier die Studenten im siebenten oder höheren Fachsemester befragt worden. Von den 83 angesprochenen Studenten begründeten 72 Studenten die Absicht, die Meldung zur Prüfung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Das entspricht einer Antwortquote von 87 %.

Den Studenten wurden vier Gründe für eine Verzögerung des Studienabschlusses vorgegeben. Weitere Gründe konnten sie selbst nennen, die im einzelnen hier nicht angeführt werden.

Von den 184 Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstrebten, beantworteten 79 (43 %) die Frage, warum nicht im Sommersemester 1975 die Meldung zur Prüfung abgegeben wird, mit einem der vorgegebenen Gründe. Dabei zeigte sich, daß besonders häufig deshalb länger studiert wird, weil man innerhalb des gleichen Lehramtszieles die Studienfachkombination wechselte. Diesen Grund nann-

ten über 22 % der befragten Studenten. Für 27 der in Frage kommenden Studenten (15 %) waren Krankheiten Anlaß, die Meldung noch nicht im Sommersemester 1975 abzugeben. Knapp 42 % der 184 Studenten, die als Studienziel Grund- und Hauptschullehrer angaben, nannten andere Gründe für ihr Studienverhalten. Die Vielzahl der anderen Begründungen läßt sich in zwei Gruppen aufteilen. Einerseits wurden studienbezogene Erklärungen abgegeben, wie z. B. Vertiefung des Studiums, Verschiebung des Hauptpraktikums oder unvollständige Leistungsbescheinigung. Diese Begründungen waren häufig mit Kritik am Studienablauf und Studienaufbau verbunden. Bemängelt wurden u. a., daß der Studiengang unübersichtlich, die Zeit für die Examensarbeit und für das Studium überhaupt zu knapp bemessen sei. Andererseits nannten die Studenten persönliche oder private Umstände; diese waren aber weniger häufig als die studienbezogenen Begründungen.

Die zukünftigen Realschullehrer, die bereits im siebenten oder höheren Fachsemester studierten und im Sommersemester 1975 noch nicht die Meldung zur Prüfung abgeben wollten, erklärten dies ebenfalls in der Mehrzahl durch einen der vier angegebenen Gründe. Wie bei ihren Kommilitonen vom anderen Lehramt wurde am häufigsten erklärt, daß ein Wechsel der Studienfachkombination die Meldung im Sommersemester 1975 verhindere. Auch ein Wechsel der angestrebten Lehramtsprüfung begründete in vielen Fällen, daß die Prüfung später angemeldet wird. Unter den anderen, nicht vorgegebenen Gründen dominierte die Absicht, das jetzige Studium noch zu vertiefen.

Gründe für eine höhere Fachsemesterzahl
Sommersemester 1975

Grund für die späte Meldung	Studenten, die eine Lehramtsprüfung anstreben für			
	Grund- und Hauptschulen im 6. und höheren Fachsemester		Realschulen im 7. und höheren Fachsemester	
	absolut	in %	absolut	in %
Wechsel der Studienfach- kombination ohne Wechsel der Art der angestrebten Lehramtsprüfung	41	22,2	16	19,3
Wechsel der Art der angestrebten Lehramtsprüfung	5	2,7	12	14,5
Aufnahme des Lehramts- studiums nach einem anderen Studium mit oder ohne Abschluß	6	3,3	9	10,8
Krankheit	27	14,7	9	10,8
Anderer Gründe	77	41,9	26	31,3
Ohne Beantwortung	28	15,2	11	13,3
Insgesamt	184	100	83	100

Die weiteren Ausbildungsabsichten

Zum Sommersemester 1975 beabsichtigten 487 Studenten die Meldung zur Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen abzugeben. Da von diesen Studenten, die alle im sechsten oder höheren Fachsemester waren, angenommen werden kann, daß sie schon konkrete Vorstellungen über ihre weitere Ausbildung haben, wurden sie aufgefordert, Auskunft darüber zu geben, ob sie unmittelbar nach erfolgter Prüfung die weitere Lehrerausbildung aufnehmen werden. Auf diese Frage erklärten 401 (82 %) Studenten, daß sie die zweite Lehrerprüfung ohne zeitliche Unterbrechung anstreben werden. 67 Studenten (14 %) dagegen wollten die weitere Lehrerausbildung nicht unmittelbar oder gar nicht fortsetzen und 19 Studenten (4 %) gaben keine Antwort auf diese Frage. Die 67 Studenten begründeten ihr Vorhaben mit der Absicht, eine andere Art der Lehramtsprüfung (34 %) oder einen anderen Hochschulabschluß (30 %) abzulegen. Als weiterer Grund wurde noch genannt, daß man beab-

sichtige, einen anderen Beruf zu wählen, der kein Studium voraussetzt (5%). Andere Gründe, die nicht näher umschrieben wurden, waren für 21 Studenten (31 %) Anlaß, die Lehrerausbildung nicht unmittelbar nach der ersten Prüfung fortzusetzen.

Von den in die Befragung aufgenommenen Studenten, die die Lehrbefähigung für Realschulen erwerben wollten, beabsichtigten 281 Studenten bereits zum Sommersemester 1975 die Meldung zur ersten Lehrerprüfung vorzunehmen. Diese Studenten, die alle mindestens im siebenten Fachsemester eingeschrieben waren, hatten wie die Kommilitonen im Studiengang für Grund- und Hauptschullehrer zum größten Teil die Absicht, unmittelbar nach der erfolgreichen ersten Lehrerprüfung die Lehrerausbildung fortzusetzen: 237 (84%) der 281 Studenten gaben an, ohne zeitliche Unterbrechung die zweite Lehrerprüfung anzustreben. Nur 16 Studenten (6 %) beabsichtigen nicht, die begonnene Lehrerausbildung unmittelbar oder überhaupt mit dem zweiten Staatsexamen abzuschließen. Wegen der geringen Zahl von Studenten, die nicht unmittelbar die Fortsetzung der Realschullehrerausbildung vorantreiben wollten, wird auf die Darstellung der hierfür genannten Gründe verzichtet. 28 Studenten (10 %) ließen die Beantwortung dieser Frage offen.

Die letzte Frage bezog sich auf das Bundesland der weiteren Lehrerausbildung, die mit dem Ablegen des zweiten Examens abgeschlossen ist. Angesprochen waren alle Studenten, die im Sommersemester 1975 die Meldung zur Prüfung abgeben und unmittelbar nach erfolgreichem Examen die zweite Lehrerprüfung anstreben

wollten. Die so umschriebenen 401 Studenten der Sparte Grund- und Hauptschulen zeigten kein großes Verlangen nach Bildungswanderung. Nur 14 Studenten (3 %) gaben ein anderes Bundesland als Schleswig-Holstein für die weitere Ausbildung an. Demgegenüber äußerten 375 Studenten (94 %) den Wunsch, auch die zweite Lehrerprüfung in Schleswig-Holstein anzustreben. 12 Studenten (3 %) waren hinsichtlich des Bundeslandes der weiteren Ausbildung noch unentschlossen.

Die Frage nach dem Bundesland der zukünftigen Lehrerausbildung wurde von den 237 Studenten, die das Lehramt an Realschulen erwerben wollten, ebenso eindeutig beantwortet. 227 Studenten (96 %) gaben Schleswig-Holstein an, nur sechs Studenten (3 %) nannten ein anderes Bundesland für die weitere Ausbildung und vier Studenten konnten sich noch nicht für ein Bundesland entscheiden.

Da die im Sommersemester 1975 durchgeführte Betrachtung die erste ihrer Art ist, läßt sich noch kein Trend im Studienverhalten erkennen. Die Ergebnisse erlauben aber den Schluß, daß die Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen oder an Realschulen anstreben, gewillt sind, das Studium in einer angemessenen Zeit zu absolvieren. Diese Zielstrebigkeit zeigt sich auch dann, wenn die Hochschule verlassen wird. Das zweite Staatsexamen wird zum größten Teil ohne zeitliche Unterbrechung angestrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, bleibt man in gewohnter Umgebung. Der Wechsel in ein anderes Bundesland während der Ausbildung ist die Ausnahme.

Friedrich-Karl Wormeck

Studentenstatistik auf der Basis einer fortschreibungsfähigen Datei

Aufbau einer Studentendatei für alle Hochschulen eines Bundeslandes

Gesetzliche Grundlage der Studentenstatistik

Die seit Ende der sechziger Jahre immer stärker hervortretenden Probleme im Hochschulbereich führten u. a. zu einer erhöhten Nachfrage nach Planungsdaten. Für ihre Beschaffung wurde im Jahre 1971 mit dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) die rechtliche Grundlage geschaffen. Nach diesem Gesetz, das am 1. September 1971 in Kraft trat, ist das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm bundeseinheitlich so zu gestalten,

daß die gewonnenen Daten sowohl den Planungs- als auch den Verwaltungsbedürfnissen der Aufgabenträger aller Ebenen (Bund, Länder, Hochschulen) Rechnung tragen.

Das Hochschulstatistikgesetz nennt in § 3 die vielfältigen Erhebungseinheiten. Bei der Problematik der Materie und der begrenzten Personalkapazität aller für die Durchführung des gesetzlichen Auftrages verantwortlichen Einrichtungen zeigte sich bald, daß die Einzelstatistiken nicht anders als im Rahmen eines Stufenplanes zu realisieren sein würden. Der Studentenstatistik ist dabei eine hohe Priorität

eingerräumt worden. Im Sommersemester 1972 ist diese Statistik nach den Rahmenvorstellungen des Hochschulstatistikgesetzes für den gesamten Hochschulbereich im Bundesgebiet eingeführt worden. Das bedeutete, daß neben den Universitäten (einschließlich den medizinischen Hochschulen), den technischen Hochschulen, den pädagogischen Hochschulen sowie den Kunst-, Musik-, Sport- und kirchlichen Hochschulen auch die Fachhochschulen in die Hochschulstatistik einbezogen wurden, die vor allem aus den früheren Höheren Fachschulen und Ingenieurschulen entstanden.

Eine bundeseinheitliche Individualstatistik der Studenten als koordinierte Landesstatistik ohne gesetzliche Grundlage gab es seit 1949/50. Sie wurde nur zu den Wintersemestern durchgeführt und beschränkte sich auf einige wesentliche Daten. Ab Wintersemester 1966/67 war das Konzept der Studentenstatistik verbessert und der Merkmalskatalog erweitert worden.

Das Hochschulstatistikgesetz schreibt vor, daß die Studentenstatistik in jedem Semester durchgeführt wird (§ 15 (1)). Neben der Regelung der Berichtszeit steckt das HStatG auch den Rahmen für die Methode dieser Statistik ab. Danach ist jeder einzelne Student direkt zu befragen (§ 17 in Verbindung mit § 4), so daß von der Erhebungstechnik her auch von einer Individualstatistik gesprochen werden kann. Die so erhobenen Daten sollen dann zu einer Bestands- und Verlaufstatistik aufbereitet werden. Bisher können allerdings die Daten nur in Form von Beständen dargestellt werden, d. h. in Form von zeitraumbezogenen Angaben über Anzahl und Gliederung der Studenten je Semester. Das Konzept einer Verlaufstatistik soll die Zusammensetzung von Massenerscheinungen erklären, was bislang mit der Bestandsstatistik nur unzureichend möglich ist.

Für diese Individualbefragung bestimmt § 17 HStatG weiterhin als Erhebungsstelle die Hochschule, bei der der Student eingeschrieben ist. Zu den Aufgaben der Hochschulen zählt es, die Erhebungsbogen an die Studenten zu verteilen, den termingerechten Rücklauf aller vollständig ausgefüllten Bogen zu organisieren und diese mit überprüften und unter Umständen korrigierten Daten an das Statistische Landesamt zu liefern.

Der Inhalt der Studentenstatistik wird ebenfalls weitgehend durch die Bestimmungen des HStatG geregelt. § 4 HStatG gibt grob vor, welche Tatbestände vom Studenten erfragt werden dürfen. Die Erfassung von Daten, die nach dem Hochschulstatistikgesetz nicht geregelt ist, muß durch Landesrecht gesichert werden.

Der Ausschuß für die Hochschulstatistik (§ 21 HStatG) konkretisiert die Rahmenbestimmungen des HStatG. In ihm sind Konsumenten und amt-

liche Statistik vertreten. So gehören dem Ausschuß nicht nur Vertreter des Statistischen Bundesamtes und der Bundesministerien, des Wissenschaftsrates und des Deutschen Bildungsrates an, sondern auch Vertreter der Wissenschaftsressorts der Länder, der Hochschulen sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen, die mit Hochschulproblemen oder -planung befaßt sind. Die Statistischen Landesämter und weitere Sachverständige sind mit beratender Stimme vertreten.

Die bisherige Organisation der Studentenstatistik

Nach den Erfordernissen des Hochschulstatistikgesetzes und den durch den Ausschuß für Hochschulstatistiken formulierten Ansprüchen ist ein umfangreiches Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm für die Studentenstatistik erarbeitet worden.

Zu Beginn eines jeden Semesters hat der Student auf einem ablochfähigen Erhebungsbogen Fragen zur Person, zum Bildungs- und Studienverlauf und zum Sozialstatus der Eltern zu beantworten. Dieser Fragenkatalog wird in vollem Umfang den Studenten vorgelegt, die zum erstenmal überhaupt studieren (Erstimmatrikulierte) oder die sich zum erstenmal an der von der Befragung betroffenen Hochschule einschreiben, vorher aber schon an einer anderen Hochschule studierten (Neuimmatrikulierte). Den Studenten, die an der gleichen Hochschule weiterstudieren wollen (Rückmelder), wird ein um einige Fragen verkürzter Erhebungsbogen vorgelegt. Hier zeigt sich der erste Ansatz zu einer fortschreibungsfähigen Statistik: Daten, die als unveränderlich gelten, werden vom Studenten nur einmal, nämlich bei seiner Erst- oder Neuimmatrikulation, erhoben. Für die Erhebungen der folgenden Semester sollen die fehlenden Daten später maschinell zu den übrigen Daten gesetzt werden.

Der Student gibt dann den ausgefüllten Fragebogen an das Sekretariat zurück, wo er in groben Zügen auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben überprüft wird. In der Regel wird der Vollzug der Immatrikulation oder der Rückmeldung von der ordnungsgemäßen Abgabe des Erhebungsbogens abhängig gemacht.

Die von der Hochschule überprüften Erhebungsbogen werden an das Statistische Landesamt geleitet. Hier wird der Bogen eingehend bearbeitet. Neben der Kontrolle auf Vollständigkeit der Angaben sind vor allem planungsrelevante Daten wie zum Beispiel Hochschulsemester, Fachsemester und Studiengang/Studienziel auf Richtigkeit zu prüfen. Mangel-

haft ausgefüllte Erhebungsbogen werden korrigiert, teilweise durch Rückfragen bei den Hochschulen. Wenn die Angaben im Erhebungsbogen vollständig und nach der manuellen Kontrolle als richtig zu bezeichnen sind, müssen eine Reihe von Textangaben verschlüsselt werden, damit sie maschinell verarbeitet werden können. Die so bearbeiteten Erhebungsbogen werden danach zu den vereinbarten Terminen an die Datenzentrale zur Ablochung geschickt. Die anschließend gespeicherten Daten durchlaufen erneut Vollständigkeits- und Kombinationskontrollen. Im Zuge dieser maschinellen Kontrollen fallen Fehlerprotokolle an, die an das Statistische Landesamt geschickt und dort ablochfähig korrigiert werden.

Bevor jedoch die Daten maschinell geprüft werden, sind sie in einem vorgelagerten Programm für jeden Studenten anonymisiert worden. Dadurch, daß neben dem Geburtsdatum und Geschlecht das Geburtsland, der Geburtsort und der Name in numerische Werte umgesetzt werden, wird der Geheimhaltungs- und Datenschutzpflicht Rechnung getragen. Der so gebildete Code dient daneben auch als Identifikationsmerkmal für den geplanten Aufbau einer Verlaufstatistik auf Bundesebene.

Wenn nach den Kontrollen und den notwendigen Korrekturen der Datenbestand der Studenten bereinigt ist, beginnt die Produktion der Tabellen. Aus dem umfangreichen bundeseinheitlichen Standardprogramm werden vorweg die Tabellen erstellt, die aufgrund der Erfahrungen am häufigsten für Planungszwecke und in anderen Anfragen angefordert werden. Sonderwünsche werden durch Abruf der entsprechenden Tabellen befriedigt. Ein Doppel des Magnetbandes mit den korrekten, anonymisierten Daten der Studenten wird schließlich an das Statistische Bundesamt geschickt.

Der beschriebene Ablauf für die Erhebung und Aufbereitung der Studentenstatistik zeigt, daß die Hochschulen nicht selbst die für die Statistik benötigten Daten aufbereiten. Dies geschieht vielmehr zentral für alle Hochschulen in Schleswig-Holstein durch das Statistische Landesamt unter Einschaltung der Datenzentrale.

Von dem Beginn der Erhebungsphase, die mit dem Druck und dem Versenden der Erhebungsbogen durch das Statistische Landesamt an die Sekretariate der Hochschulen in Schleswig-Holstein eingeleitet wird, bis zur Produktion der Tabellen vergehen etwa sechs Monate.

Nachteile der bisherigen Organisation der Studentenstatistik

Die bisherige Organisation der Studentenstatistik war so gestaltet, daß die Daten den

Entscheidungsträgern nicht rechtzeitig vorliegen. Für die Berechnung der Kapazitäten und für die Haushaltsmeldung für Planstellen der Lehrer zum Beispiel ist die Bereitstellung der Daten zum Ende des Berichtsemesters unbefriedigend. Den Grund für die geringe Aktualität der Studentenstatistik bildet die aufwendige Datenerfassung, also die Übertragung der Daten aus den Grundaufzeichnungen in eine maschinenlesbare Form. Bei der Studentenstatistik wird als Datenträger die Lochkarte benutzt.

Im Bereich der Ablochung bieten sich dann Zeitersparnisse an, wenn nicht zu jedem Semester alle Daten aller Studenten erfragt werden. Die bisherige Erfassungsmethode schöpfte die Möglichkeit, bei den Rückmeldern auf einen Teil der Daten zu verzichten, nur unzureichend aus.

Neben dem zeitsparenden Effekt, der durch eine Reduzierung der Ablochung wirksam wird, tritt außerdem eine erhebliche Kostenersparnis auf. Nach der bisherigen Methode der Studentenstatistik waren für die Speicherung der Daten eines Rückmelders fünf Lochkarten, für die eines Neu- oder Erstimmatrikulierten sechs Lochkarten erforderlich. Von den rund 20 000 Studenten im Wintersemester 1974/75 an den Hochschulen in Schleswig-Holstein hatten etwa 16 000 den Status eines Rückmelders, das bedeutet für die Studentenstatistik pro Semester 104 000 Lochkarten. Die Charakterisierung der Daten gestattet den Schluß, daß etwa 70 % der Daten für Rückmelder gegenüber dem Vorsemester unverändert bleiben oder maschinell gesetzt werden können. Baut man in diesen Fällen für das Berichtsemester den Datensatz durch eine Fortschreibung der Daten aus dem Vorsemester auf, so könnte die Studentenstatistik mit rund 50 % der bisherigen Lochkartenmenge erstellt werden, was bei der arbeitsintensiven manuellen Datenerfassung eine beträchtliche Kostenersparnis bedeutet.

Wie die bisherige Ablauforganisation der Studentenstatistik aufzeigt, werden die umfangreichen Angaben im Erhebungsbogen mehrmals kontrolliert. Ein verkürzter Fragenkatalog verringert damit auch den personellen Prüf- und Signieraufwand.

Wenn der größte Teil der Statistik auf der Basis der bereinigten Daten erstellt wird, können Fehler, die sonst durch nachlässige oder willkürliche Angaben im Rahmen einer Totalerhebung auftreten, vermieden werden, so daß letztlich die Qualität der Studentenstatistik steigt.

Neben dem unangemessenen Zeitaufwand und den hohen Kosten für die Ablochung zeigt die bisherige Studentenstatistik Nachteile im Tabellenprogramm. Wie bereits erwähnt,

werden schon jetzt nicht alle Daten pro Semester für die Rückmelder erfragt. Andererseits wird der Datensatz je Rückmelder auch noch nicht durch eine Fortschreibung um die fehlenden Daten ergänzt. Die Folge ist, daß eine Vielzahl von Statistiken dadurch an Aussage verlieren, weil bestimmte Daten nur für Neu- und Erstimmatrikulierte aufbereitet werden können.

Ein wesentlicher Nachteil der bisherigen Organisation der Studentenstatistik ist im konventionellen Bereich der Datenbeschaffung zu sehen. Der Student zeigt wenig Verständnis dafür, daß er jedes Semester einen umfangreichen Fragenkatalog beantworten muß. Einen unmittelbaren Vorteil erkennt er durch seinen Beitrag zur Studentenstatistik nicht. Die hieraus resultierende Einstellung des Studenten zur Statistik kann negative Auswirkungen auf den Inhalt der Statistik haben, da nachlässige und unkorrekte Angaben für den Studenten selbst zu keinen unmittelbaren nachteiligen Auswirkungen führen. Der Hinweis auf die gesetzliche Verpflichtung wird die Einstellung der Befragten gegenüber der Erhebung auch nicht verbessern. In anderen Fällen wird die Statistik deshalb fehlerhaft oder genügt nicht den Ansprüchen hoher Aktualität, weil der Student zum Zeitpunkt der Befragung noch gar nicht die geforderten Angaben machen kann. Da geplante Studien- oder Wohnungswechsel häufig erst nach der Immatrikulation angegeben werden können, finden sie in der Statistik des laufenden Semesters keine Berücksichtigung mehr, da nachträgliche Änderungen bei der bisherigen Datengewinnung nicht möglich sind.

Die Studentensekretariate, die das Einschreibewesen durchführen, sind nach den Bestimmungen des HStatG für die Richtigkeit der Angaben in den Erhebungsbogen verantwortlich. Wenn die Angaben in Gegenwart des Studenten kontrolliert werden, was für eine sofortige Korrektur zu empfehlen ist, entstehen wegen des umfangreichen Fragenkatalogs je Studenten zeitraubende Warteschlangen an den Schaltern der Sekretariate.

Solange die Anforderungen der Hochschulstatistik nicht integrierter Bestandteil der jeweiligen Verwaltungsvorgänge sind, macht sich auch bei den Sekretariaten die Einschätzung breit, daß es sich bei der Studentenstatistik lediglich um Zusatzarbeit handelt. Werden allerdings die Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme so gestaltet, daß sie auch in den Verwaltungen der Hochschulen Verwendung finden, so ist damit nicht nur den Ansprüchen der HStatG Genüge getan, sondern die Mitarbeiter in den Studentensekretariaten sind angesichts der Verknüpfung mit eigenen Zwecken zu aufgeschlossenem Bearbeiten der Erhebungsbogen gewonnen.

Anforderungen an eine fortschreibungsfähige Studentenstatistik

Die Aktualität der Statistik würde gesteigert werden, wenn der Rückmelder zu Beginn des neuen Semesters obligatorisch nur seinen Namen und als weiteres Identifikationsmerkmal seine Immatrikulationsnummer angibt. Auf besonderem Wunsch könnten noch einige Daten für die Verwaltungsarbeiten erfragt werden, wie zum Beispiel der Vermerk über eine Röntgenbescheinigung. Fallweise wären von den Rückmeldern die Angaben zur Heimat- oder Semesteranschrift zu fordern, und zwar nur dann, wenn sie sich gegenüber dem Vorsemester ändern. Gerade bei der Semesteranschrift kann mit vielen Änderungen gerechnet werden, so daß es sich empfiehlt, diese Frage zusammen mit der nach dem Namen auf einem Erhebungsbogen zu stellen. Für die Verarbeitung dieser Daten reichen drei Lochkarten aus. Alle anderen Änderungswünsche gegenüber dem Vorsemester hinsichtlich Daten zur Person und zum Studienverlauf könnten auf Initiative des Studenten mit gesonderten Erhebungsbogen aufgenommen werden. Dies sollte möglichst während des gesamten Semesters möglich sein, um die Fortschreibung für die Rückmeldung auf die aktuellste Datenbasis stellen zu können. Die Tabellen der Studentenstatistik wären dann zu produzieren, wenn der größte Teil der planungsrelevanten Änderungsanträge bearbeitet worden ist.

Die hier umschriebene Erhebung der Daten für Studenten sollte im Rahmen des Aufbaus einer fortschreibungsfähigen Studentendatei so in das Einschreibewesen der Sekretariate einbezogen werden, daß der Student die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Rückmeldung oder Immatrikulation erkennt, und daß die Sekretariate keine zusätzlichen Aufgaben erledigen müssen, sondern sogar von einigen Arbeiten befreit werden.

Das geforderte Verständnis gegenüber dieser Erhebung erzielt man beim Studenten dann, wenn auf der Grundlage der erhobenen Daten der Studentenausweis und andere Bescheinigungen maschinell erstellt werden. Das so geweckte Interesse führt zu einem schnellen und korrekten Ausfüllen der Erhebungsbogen. Fehlerhafte Aufdrucke auf Bescheinigungen werden vom Studenten beanstandet und durch den Änderungsdienst korrigiert. Durch den maschinellen Ausdruck der Bescheinigungen für die Studenten werden die Sekretariate entlastet und außerdem bei ihren täglichen Aufgaben durch den Ausdruck verschieden gegliederter Studentenlisten unterstützt.

Damit die hier angeführten Vorteile einer fortschreibungsfähigen Studentendatei unter der Bedingung der wirtschaftlichen Mittelverwendung realisiert werden, müßte ein

Konzept entwickelt werden, das auf alle Hochschulen in Schleswig-Holstein angewendet werden kann. Hier zeigten sich scheinbar unüberbrückbare Hindernisse. Die unterschiedlichen Aufgaben und Rechtsstellungen der Hochschulen bringen Unterschiede in den Definitionen der einzelnen Tatbestände in Verwaltung und Lehre mit sich. Die zeitliche Folge der Verwaltungsvorgänge innerhalb des Einschreibwesens fallen für die einzelnen Hochschulen weit auseinander. Darüber hinaus erwiesen sich auch die verschiedenen Größen der Hochschulen als Hindernis für ein einheitliches Konzept. Die Notwendigkeit von Verwaltungsrationalisierung stellt sich z. B. für eine Hochschule mit 200 Studenten anders dar als für eine Hochschule mit 10 000 Studenten. Auch räumliche Entfernungen zwischen den Standorten einer Hochschule sind mißlich, wenn z. B. die Fachbereiche einer Fachhochschule über vier Städte in Schleswig-Holstein verteilt sind, können sich Nachteile in der Datenerfassung ergeben.

Neben dem Verhältnis der einzelnen Hochschulen zueinander sollten auch die Ansprüche der internen Einrichtungen der Hochschule (wie z. B. Bibliotheken, Prüfungsämter, Auslandsamt) und der externen Institutionen berücksichtigt werden. Als Beispiel werden hier die Richtlinien für das Bundesausbildungsförderungsgesetz genannt, die bei dem Ausdruck der entsprechenden Bescheinigung beachtet werden müssen. Auch mit der Bundesbahn und den Trägern der öffentlichen Verkehrsmittel sollten die Anforderungen der jeweiligen maschinell zu erstellenden Bescheinigungen beim Aufbau einer fortschreibungsfähigen Studentendatei abgesprochen werden.

Arbeitskreis "Fortschreibungsfähige Studentenstatistik"

Der Vollzug des Hochschulstatistikgesetzes führte zu einer Belebung der traditionell guten Beziehungen zwischen den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein und dem Statistischen Landesamt. Durch den engen Kontakt z. B. zum Rektorat der Universität Kiel und dem dortigen Planungsreferat wurde sehr schnell die Problematik bei der Aufbereitung und Auswertung der Daten der Studentenstatistik erkannt und über Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert. Alle Diskussionsbeiträge zur Verbesserung der Studentenstatistik führten zur Erkenntnis, daß ohne landeseinheitliche Absprache keine sinnvollen Änderungen am Konzept der Studentenstatistik möglich sind. Hinzu kam, daß vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Struktur der Hochschulen der

Wunsch einzelner Hochschulen laut wurde, eine eigene Studentendatei aufzubauen. Nur durch die Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts kann aber gewährleistet werden, daß neben den hochschulspezifischen Belangen auch die Anforderungen der amtlichen Statistik Berücksichtigung finden. Auf die Initiative des Statistischen Landesamtes hin wurde darum ein Arbeitskreis auf Landesebene gebildet, in den Vertreter aller Hochschulen und des Statistischen Landesamtes entsandt wurden. Im Februar 1974 trat der Arbeitskreis "Fortschreibungsfähige Studentenstatistik" zum ersten Mal auf freiwilliger Basis zusammen. Dabei ist der Arbeitstitel historisch zu verstehen. Die Aufgabenstellung bezog sich anfangs ausschließlich auf eine Verbesserung der Studentenstatistik. Durch die später weiter gesteckten Anforderungen z. B. auch im Bereich der Verwaltung, ging es dann darum, eine fortschreibungsfähige Studentendatei aufzubauen, aus der die Statistik als wesentliches Ergebnis abgeleitet werden kann. Diesem Arbeitskreis gehören neben dem Statistischen Landesamt alle Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein an, nämlich:

- die Universität Kiel
- die Medizinische Hochschule Lübeck
- die Pädagogische Hochschule Kiel
- die Pädagogische Hochschule Flensburg
- die Fachhochschule Flensburg
- die Fachhochschule Kiel
- die Fachhochschule Lübeck
- die Musikhochschule Lübeck
- die Fachhochschule Wedel (korrespondierend)

Unter der Federführung des Statistischen Landesamtes hatte sich diese Arbeitsgruppe zunächst zur Aufgabe gesetzt, die Anforderungen an eine fortschreibungsfähige Studentenstatistik in einem kurzen Zeitraum zu realisieren. Entsprechend dem Zielbündel der fortschreibungsfähigen Studentenstatistik - Aktualisierung der Statistik, Rationalisierung von Verwaltungsvorgängen in den Sekretariaten, landeseinheitliche Aufbereitung der Statistik, wirtschaftlicher Vollzug des Hochschulstatistikgesetzes - hatten die Mitglieder innerhalb des Arbeitskreises unterschiedliche Funktionen wahrzunehmen. So waren die Hochschulen durch Mitarbeiter der Planungsgremien und Studentensekretariate (einschließlich des Auslandsamtes) vertreten. In einem weiteren Entwicklungsstadium konnte auf die Mitarbeit der Datenzentrale nicht verzichtet werden, da Probleme der Programmierung und der

Produktionsplanung gelöst werden mußten. Neben den organisatorischen und technischen Aufgaben vertrat das Statistische Landesamt die Interessen der amtlichen Statistik. Alle anderen Konsumenten der Studentenstatistik wurden über die einzelnen Zwischenergebnisse unterrichtet und erhielten Gelegenheit, sich Zwischenberichte vorlegen zu lassen.

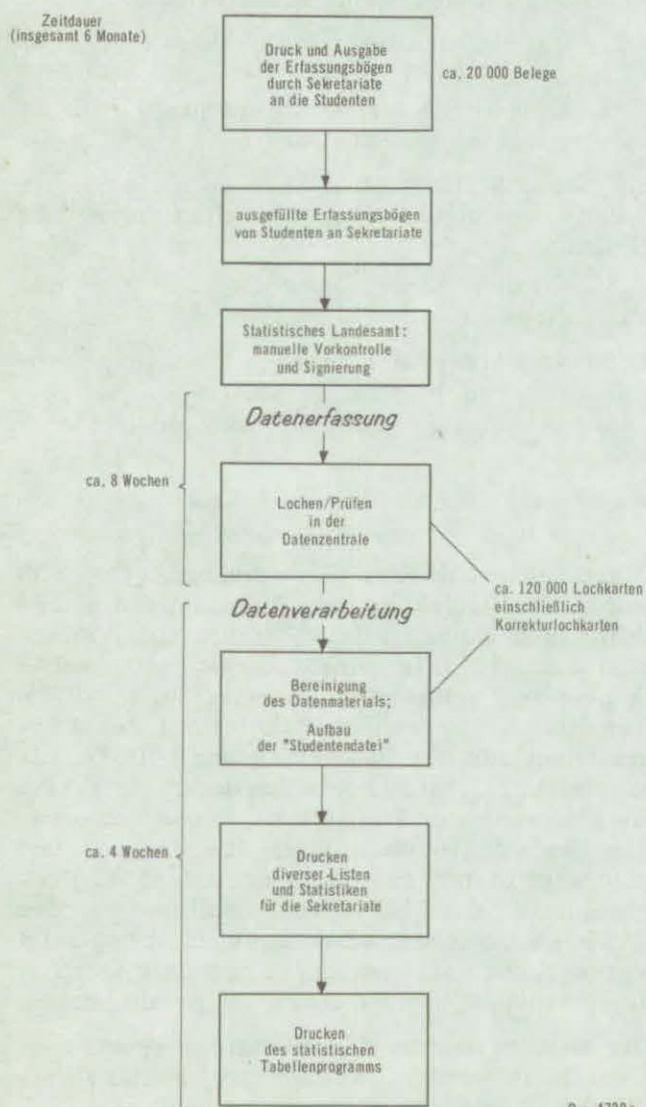
Arbeitskreises wurde ein Entwurf für ein Sollkonzept als Diskussionsgrundlage vorgelegt, das den Übergang von der gegenwärtigen semesterweisen Totalerhebung zu einer fortschreibungsfähigen Studentendatei grob skizzierte (Bild 2). Der Zeitgewinn für die Bereitstellung

Die Projektrealisierung Ausgangssituation

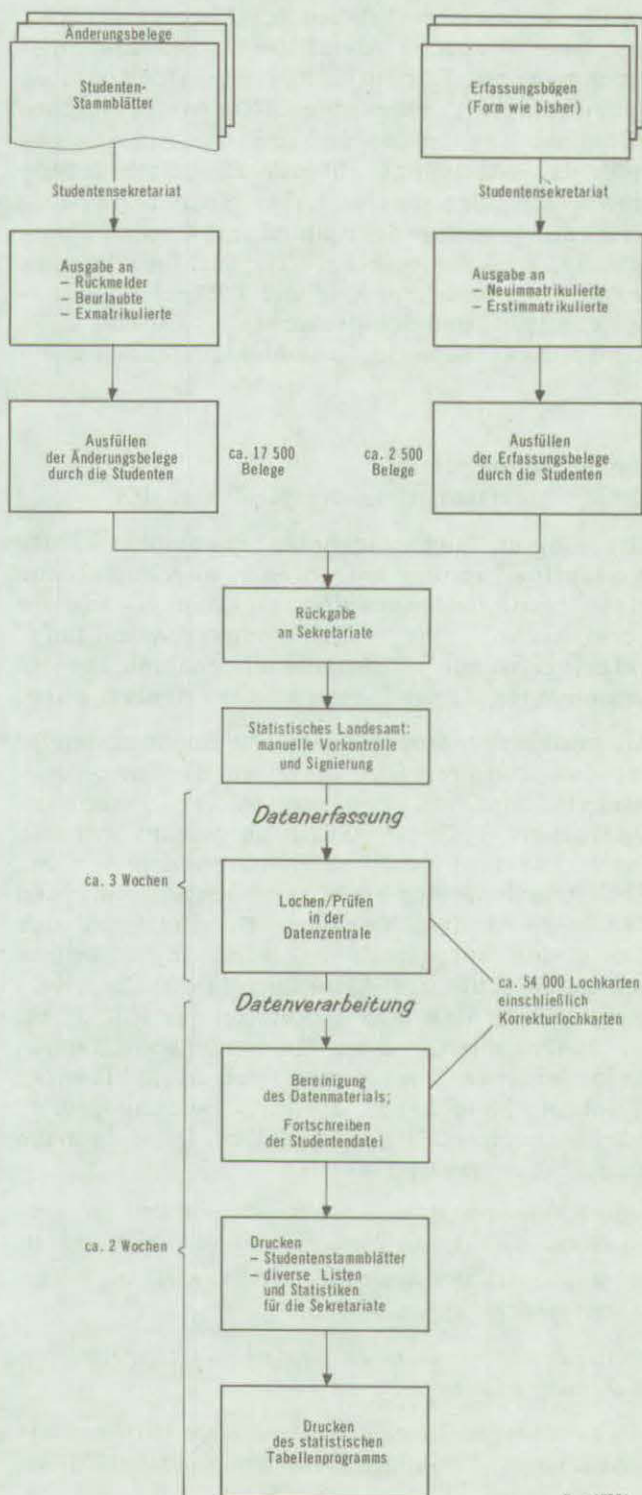
Aus dem untenstehenden grafischen Ablaufbild (Bild 1) geht in stark vereinfachter Form der bereits beschriebene Istzustand hervor. Es zeigt, in welcher Weise die Daten der amtlichen Studentenstatistik bisher erfaßt und aufbereitet wurden. Schon auf der ersten Sitzung des

Bild 2 Entwurf für ein Sollkonzept zur Abwicklung der Semester-Einschreibung und der Studentenstatistik

Bild 1 Bisheriger Ablauf der Studentenstatistik je Semester für den gesamten Hochschulbereich in Schleswig-Holstein



D - 4729a



D - 4729b

statistischer Ergebnisse gegenüber dem Istzustand dürfte bei diesem Konzept etwa 6 bis 7 Wochen betragen.

Bevor jedoch die Diskussion über ein neues Lösungskonzept beginnen konnte, mußten alle Beteiligten den Istzustand in den Hochschulsekretariaten kennenlernen. Basis jeder Organisationsarbeit ist die detaillierte Aufnahme des Istzustandes. Um diese dringend erforderliche Aktivität auf dem Wege zu einem optimalen Sollkonzept zeitlich auf ein vertretbares Maß zu begrenzen, wurden lediglich in den Studentensekretariaten der Universität Kiel und der PH Kiel detaillierte Istaufnahmen durchgeführt. Für alle anderen Hochschulen wurde durch Vorlage der differenzierten Istaufnahme-Ergebnisse in Form der Ableitungsmethode - allerdings auf der Basis von Interviews mit den betreffenden Sekretariatsleitern - der jeweilige Istzustand mit Datenträgerkatalog, Arbeitsablauf-/Datenträgerflußdiagramm mit Beschreibung und Tätigkeitskatalogen ermittelt und dokumentiert. Ende Mai 1974 konnte diese Arbeitsphase abgeschlossen werden.

Entscheidung für das "Studenten-Operations-System" von HIS

Mit Beginn der Organisationsphase "Sollkonzeption" mußte entschieden werden, ob nun eine eigene landesspezifische Lösung - wie sie bereits auf der "Gründungsversammlung" skizziert wurde - oder die Übernahme bereits bestehender Fremdlösungen anzustreben wäre.

An zahlreichen Hochschulen der Bundesrepublik ist das von der HIS GmbH in Hannover entwickelte Standard-Programmpaket "Studenten-Operations-System" (SOS) eingeführt worden. Diese bekannteste Fremdlösung wurde von der Arbeitsgruppe eingehend begutachtet. Aufgrund der festgestellten Vor- und Nachteile auf der Basis des aufgestellten Zielkataloges konnte Ende Juni 1974 im Arbeitskreis die Entscheidung fallen, das SOS-Paket von der HIS GmbH zu übernehmen, es an die landesspezifischen Erfordernisse anzupassen und in Schleswig-Holstein einzuführen. Die Entscheidungsgründe waren mannigfaltig und sollen im folgenden beispielhaft genannt werden:

- die Übernahme eines vorhandenen bewährten Softwarepaketes sichert praktische Erfahrungen, da durch oftmalige Installationen die Anwenderfreundlichkeit laufend verbessert wird,
- Standardsoftware reduziert zwangsläufig zu weitgehende anwenderspezifische Sonderwünsche,
- SOS-Paket als Baustein des kompletten HIS-Angebotes bedeutet Möglichkeit zur Übernahme weiterer HIS-Programmpakete, die integriert auf SOS aufbauen, z. B.

Studienbereichs-Informationen-System (SIS), Lehrveranstaltungs-System (LVS), Prüfungs-Operations-System (POS),

- fertiges Konzept für Ersterfassung, Fortschreibung und Archivierung der Studentendaten,
- umfangreiche hochschulspezifische Auswertungssoftware vorhanden,
- starke Verzahnung von Belangen der Verwaltung und der Planung/Statistik,
- Möglichkeit eines intensiven Erfahrungsaustausches über die Landesgrenzen hinaus,
- die Bedürfnisse der amtlichen Statistik werden erfüllt: Erstellen eines Daten-Übergabebandes aus dem SOS-Ablauf nach den statistikspezifischen Erfordernissen, die einen reibungslosen Ablauf der nachfolgenden bundeseinheitlichen Statistikprogramme ermöglichen,
- Verbesserung des Services, für den Studenten durch diverse maschinell erstellte Bescheinigungen sowie einen Kontrollausdruck über gespeicherte Studentendaten; für die Verwaltung durch Abbau des Publikumsverkehrs, postalische Abwicklungsmöglichkeit sowie Bereitstellung ad-hoc verlangter Auswertungen,
- EDV-spezifische Bedürfnisse: SOS liegt in mehreren Betriebssystem-Versionen vor, u. a. auch im gewünschten OS-Betriebssystem; Programmierung in Cobol; Programmgrößen zwischen 40 und 126 K.

An dieser Stelle sollten aber auch die damals bereits bekannten Nachteile nicht unerwähnt bleiben:

- Die Organisation der Datenerfassung verlangt sehr viele Erhebungsbögen,
- SOS wurde bisher nur in einzelnen Hochschulen eingeführt, aber noch nicht für alle Hochschulen eines Bundeslandes (Einführen des Ordnungsbegriffes Hochschulnummer),
- es fehlt eine zusammenfassende und vergleichende Dokumentation über alle angewendeten SOS-Versionen.

Gleichzeitig mit der Entscheidung für SOS wurde das Projekt in zwei Ausbaustufen unterteilt. In der ersten Stufe, die für das Wintersemester 1975/76 einsatzbereit sein sollte (geplanter Fertigstellungstermin 30. 6. 1975), war der Kern des SOS-Paketes mit den Programmen für die Datenerfassung, die Datenbereinigung, die Fortschreibung und die Archivierung der Datensätze, das Ausdrucken der Studenten-Stammlblätter (Leporellos) und diverser Listen zu übernehmen (ca. 15 Programme). Die SOS-Daten sollten in der 1. Phase im Statistischen Landesamt bereinigt werden, um von vornherein optimale Qualität der einzuspeichernden Daten zu gewährleisten.

Die in der zweiten Ausbaustufe vorgesehenen Aktivitäten werden im Abschnitt "Weitere Entwicklung" erläutert.

Der weitere Projektverlauf

Die Bildung von 7 Arbeitsgruppen im Verlauf der weiteren Projektdurchführung dokumentiert den Umfang der spezifischen Probleme, die bei der Realisierung zu lösen waren. In der Phase der Grob-Sollregelung, die in der Zeit vom Juli 1974 bis Oktober 1974 durchlaufen wurde, befaßten sich die Arbeitsgruppen auf der Basis SOS mit folgenden Themen:

- Entwerfen des Datenflußplanes; Festlegen der konventionellen Arbeitsabläufe in den Sekretariaten, Kosten-/Nutzen-Betrachtungen
- Festlegen der Plausibilitätskontrollen im SOS und Abstimmen mit den PL-Kontrollen in den statistischen Verbundprogrammen
- Zusammenstellen des Merkmalskatalogs
- Entwerfen des Outputs; Entwerfen der Erfassungsbögen
- Festlegen der Ordnungsmerkmale (Hochschul-Nr., Einschreib-Nr., Identifikations-Merkmal)
- Zusammenstellen eines Definitionskatalogs
- Abstimmen und Angleichen der unterschiedlichen Terminraster der einzelnen Hochschulen für Einschreiben, Rückmelden usw. mit dem Ziel, einen einheitlichen Produktionsplan zu erstellen.

Die Ergebnisse in den Arbeitsgruppen führten zur Aufstellung eines detaillierten Arbeits- und Zeitplanes für die folgenden Phasen: Detailorganisation, Programmierung, Tests, Dokumentation und Einführung. Der Zeitplan umfaßte den Zeitraum Oktober 1974 bis Juni 1975. Diese Aktivitäten wurden damit abgeschlossen, daß allen von der SOS-Einführung betroffenen Hochschulen des Landes ein ausführlich dokumentiertes Gesamtkonzept zur Begutachtung und Stellungnahme übergeben wurde. Das Einverständnis aller Hochschulen zu der geplanten Vorgehensweise lag Anfang Januar 1975 vor.

Die im Arbeitsplan und Zeitplan fixierten Aktivitäten konnten nun konzentriert und auf den Fertigstellungstermin Ende Juni 1975 ausgerichtet in Angriff genommen werden. Ohne größere Komplikationen wurden die angestrebten Ziele erreicht, so daß mit der Ersterfassung planmäßig am 1. 7. 1975 für das Wintersemester 1975/76 begonnen werden konnte.

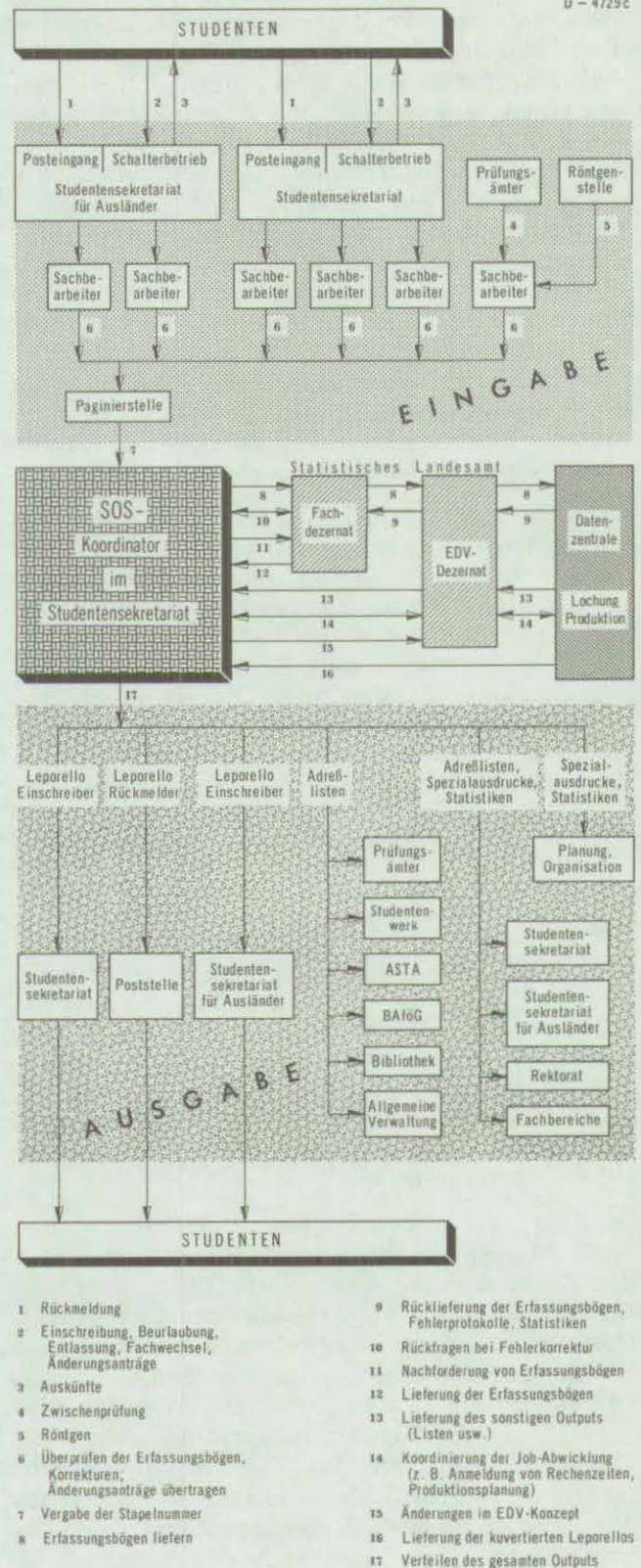
Kurzbeschreibung des SOS-Verfahrens

Kommunikationsbeziehungen und Ablauforganisation im SOS-Verfahren

Bevor in diesem Abschnitt die ablauf- und EDV-technischen Arbeitsgänge dargestellt werden, sollen die Kommunikationsbeziehungen im Studentensekretariat aufgezeigt werden, wie sie nach Einführung des SOS-Systems bestehen.

Bild 3 Kommunikationsschema des Studentensekretariats

D - 4729c



Der zentralen Informationsgewinnung für die Aufgaben des Studentensekretariats selbst steht der dezentralisierte Informationsbedarf über Studentendaten in den Prüfungsämtern, den Fachbereichen, dem AStA, der allgemeinen Verwaltung usw. gegenüber, den das Sekretariat ebenfalls zu decken hat. Neben den Informationsflüssen müssen auch die organisatorischen Verflechtungen des Studentensekretariats erfaßt werden, z. B. zum Statistischen Landesamt, zur Datenzentrale. Hierbei geht es nicht um den Austausch von Informationen, sondern um die Koordination der Zusammenarbeit. Der Arbeitsanfall in den Sekretariaten unterliegt periodischen Schwankungen. Aus diesem Grunde ist es z. B. erforderlich, die Datenerfassungs- und Datenverarbeitungskapazitäten rechtzeitig zu planen.

Diese koordinierenden Tätigkeiten für die Abwicklung des SOS-Systems im Verwaltungsgefüge verlangen in Sekretariaten von einer bestimmten Größenordnung an die planende und lenkende Hand eines "SOS-Koordinators". In Bild 3 wird die Kommunikation des Studentensekretariats mit Dienststellen und organisatorischen Einheiten innerhalb der Hochschule sowie externen Stellen grafisch dargestellt.

Der EDV-technische Ablauf

Die Daten für die einzelnen Verwaltungsvorgänge werden mit speziellen Erhebungsbogen erfaßt, die in Umfang und Gestaltung auf den Informationsbedarf der einzelnen Vorgänge und der jeweiligen Hochschule abgestimmt sind. Dabei enthält der Merkmalskatalog auch die im Hochschul-Statistik-Gesetz geforderten Daten.

Im Rahmen der Erst-/Neuimmatrikulation und - für die schon eingeschriebenen Studenten - der Ersterfassung werden alle Daten erhoben. Mit diesen Daten wird ein Stammsatz angelegt. Für alle anderen Verwaltungsvorgänge (wie z. B. Umschreiben, Rückmelden) werden nur noch die Daten erhoben, die für die jeweiligen Vorgänge charakteristisch sind und die alten Angaben im Stammsatz ändern. Integriert in dieses Verarbeitungsverfahren ist der (Verwaltungs-) Änderungsdienst, der es ermöglicht, alle gespeicherten Daten zu ändern.

Die erhobenen Daten können in das Programmsystem zu allen Verwaltungsvorgängen gleichzeitig eingegeben werden. Damit wird sichergestellt, daß alle Eingaben aus verschiedenen Verwaltungsvorgängen, die einen Studenten betreffen, so schnell wie möglich und integriert

verarbeitet werden. Die mit fortlaufenden Paginier-Nummern versehenen Erhebungsbogen werden nach dem Ablochen in Stapeln abgelegt. Ein Protokoll gibt Auskunft darüber, welche Eingaben zur Fortschreibung des Stammsatzes im Semester gemacht wurden und in welchem Stapel die dazu gehörenden Erhebungsbogen liegen. Ein Systembuchhaltungsprotokoll gibt Auskunft über den Stand der Produktion.

Das zentrale Programm des Systems ist das Prüf- und Fortschreibungsprogramm. Es prüft alle eingegebenen Daten auf formale Richtigkeit (z. B. numerisch definierte Felder müssen numerische Werte enthalten, obligatorische Felder müssen einen Wert enthalten, die eingetragenen Schlüssel müssen gültig sein) und in Kombination mit anderen Merkmalen. Es stellt Rückmeldehindernisse fest (z. B. fällige Vorleistungen) und bereitet die Erstellung oder Änderung der Stammsätze vor.

In die Studentenstammdatei werden nur vollständige, richtige Sätze aufgenommen; falsche Sätze oder falsche Änderungssätze werden auf eine Fehlerdatei geschrieben. Über alle auf die Fehlerdatei geschriebenen falschen Sätze wird ein Fehlerprotokoll geführt, das ablochfähig aufgebaut ist.

In die Abwicklung der Verwaltungsvorgänge durch EDV ist der Ausdruck diverser Bescheinigungen und Ausweise eingeschlossen (wie Studentenausweis, Studienbescheinigungen, Bescheinigung für die Studienförderung nach BAföG, Bescheinigungen für die Bundesbahn, Kontrollausdruck der wichtigsten gespeicherten Daten). Alle Bescheinigungen und Ausweise sind auf einem zwei Seiten umfassenden, perforierten Leporello zusammengefaßt, den der Student erhält und in die Einzelbescheinigungen zerteilen kann (Bild 4). Für alle korrekten Eingaben, die zur Ausgabe von Ausweisen und Bescheinigungen führen, wird eine entsprechende Datei erzeugt, die gleich anschließend aufbereitet und gedruckt werden kann. Damit wird sichergestellt, daß die Studenten ihre Bescheinigungen so schnell wie möglich bekommen.

Die aktualisierte Studentenstammdatei bildet die Basis für die weitere Informationsgewinnung. Für die Hochschulverwaltungen, Fakultäten, Fachbereiche, Prüfungsämter, Wahlämter u. a. können Studentenlisten, Adressenlisten, Adreßaufkleber u. a. zur Verfügung gestellt werden.

Durch Sortieren und Auswählen können alle Auswertungswünsche der oben genannten Institutionen abgedeckt werden.

Für die Datenübergabe an die amtliche Statistik steht ein Statistik-Übergabeprogramm zur Verfügung, das anonymisierte Stammsätze im For-

Bild 4 Muster eines Leporellos

UNIVERSITAET KIEL

Studenten-Daten (gilt nicht als Studienbescheinigung)

SOMMER SEMESTER 76 Erstell-Datum 1.12.75

Einschreib-Nr. 760612

UNIVERSITAET KIEL

Postanschrift SUPPENGRUEN PAULA

2000 HAMBURG

MARKTSTR. 8

weitere Anschrift

8000 MUENCHEN

LEOPOLDSTR. 2

Geburtsname
Geburtsort MUENCHEN
Staatsangehörigkeit DEUTSCHLAND
Bundesland (Geb.) BAYERN

Geschlecht WEIBLICH
Familienstand GESCHIEDEN
Geburtsdatum 12.12.12

Hochschul-Semester 02 Zwischen-Prüfung am
Fach-Semester 02 Abschluß-Prüfung am
Urlaubs-Semester 00
Auslands-Semester 00
Kolleg-Semester 00 angestr. Abschluß 05 STAATSEXAMEN

Studiengang/ Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT HF 03

Hinweis: Bei fehlerhaften oder unvollständigen Angaben nehmen Sie bitte eine handschriftliche Korrektur auf diesem Bogen vor. Den Bogen senden Sie bitte an die zuständige Stelle der Hochschule.

Bemerkungen:

Hinweis: Nebenstehende Bescheinigungen auf die Berechtigungskarten der Deutschen Bundesbahn bzw. der Städt. Verkehrsbetriebe unter „Bescheinigung“ aufkleben.

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENAUSWEIS

ist in Verbindung mit dem Personalausweis oder Reisepass gültig

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 75 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

ÖPNV

UNIVERSITAET KIEL

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 75 eingeschrieben unter der

Nr. 760612 seit dem 1.04.76 bis 30.09.76

Anlage zum Antrag auf die Ausstellung eines Berechtigungsausweises zum Bezug von Monatskarten für Studenten bei den Städtischen Verkehrsbetrieben

DB

UNIVERSITAET KIEL

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 eingeschrieben unter der

Nr. 760612 seit dem 1.04.76 bis 30.09.76

Anlage zum Antrag für Schüler-Monats- und Wochenkarten

DB

UNIVERSITAET KIEL

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 eingeschrieben unter der

Nr. 760612 seit dem 1.04.76 bis 30.09.76

Anlage zum Antrag für Schülerfahrkarten

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENBESCHEINIGUNG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

angestr. Abschlußprüfung STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

UNIVERSITAET KIEL

PK/FB RECHTSWISSENSCHAFTEN

Bescheinigung nach § 9 BAföG (Formblatt 3) sowie BVG, LAG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

Geburtsname Geburtsdatum
12.12.12

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 eingeschrieben
UND NICHT BEURLAUBT
HAMBURG
während der Ausbildung MARKTSTR. 8

Einschreib-Nr. 760612 Beg. in d.ers. Stud.-Gang SS 75

Studienziel (Art d. Examen) STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

*nach Angaben des Studenten

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENBESCHEINIGUNG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

angestr. Abschlußprüfung STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENBESCHEINIGUNG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

angestr. Abschlußprüfung STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENBESCHEINIGUNG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

angestr. Abschlußprüfung STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

UNIVERSITAET KIEL

STUDIENBESCHEINIGUNG

Herr/Frau SUPPENGRUEN PAULA

geb. am 12.12.12 in MUENCHEN

ist ordnungsgemäß als Student an dieser Hochschule

im SS 76 unter der

Nr. 760612 seit dem WS 75/76 eingeschrieben.

angestr. Abschlußprüfung STAATSEXAMEN
Studiengang/Studiengangkombination
135 RECHTSWISSENSCHAFT 03

Gültig vom 1.04.76 bis 30.09.76

mat des Bandsatzschemas der amtlichen Statistik erzeugt. Mit diesem Programm kann die Datenübergabe zur Statistik per Magnetband abgewickelt werden.

Die Bewährungsprobe

Mit der Abwicklung der Ersterfassung hatte das neue Verfahren seine erste Probe zu bestehen. Besonders das Zusammenspiel zwischen den Hochschulsekretariaten und der Fachabteilung des Statistischen Landesamtes hinsichtlich der Datenbereinigung stand im Mittelpunkt des Interesses. Die intensiven organisatorischen Vorbereitungen und Schulungen in den Sekretariaten machten sich bemerkbar, so daß das Schreckgespenst "Computer" nicht in Erscheinung trat. Auch die EDV-technische Abwicklung, die die praktische Durchführbarkeit des aufgestellten Produktionsplanes zu beweisen hatte (Anlieferung der Belege, Datenerfassung in der Datenzentrale, Produktion der Leporellos und Listen, Rücklieferung an die Hochschulen), konnte termingerecht und mit einwandfreien Ergebnissen realisiert werden. Gelegentlich auftretende Programmschwächen, die sich bei jeder Neueinführung eines Programmpaketes ergeben, stellten zu keiner Zeit die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems in Frage; sie konnten in den meisten Fällen sofort abgestellt werden oder hatten nur punktuelle Auswirkungen.

Die für das Sommersemester 1976 bevorstehende erstmalige Fortschreibung der jetzt erstellten Stammsätze wird ebenfalls keine unerwarteten Schwierigkeiten bereiten, wie die bisher durchgeführten Simulationsläufe zeigen.

Besonders erfreulich in dieser Phase der Bewährung des SOS-Systems ist die positive Resonanz in den Hochschulen, hier vor allem in den Sekretariaten, die zum ersten Male mit der EDV zusammenarbeiten. Da man von Beginn an die Mitarbeiter in der Studentendatenverwaltung in die Gestaltungsaktivitäten des neuen Systems einbezogen und sie gezielt auf das neue Verfahren vorbereitet hatte, setzten sie sich sehr aufgeschlossen für das neue System ein.

Einige der schwerwiegenden Aktivitäten im besonderen

An der Einführung des neuen Verfahrens zur Fortschreibung der Studentendaten sind - wie bereits mehrfach erwähnt - zahlreiche In-

stitutionen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen beteiligt. Alle Beteiligten sind jedoch dem erklärten Ziel unterworfen, ein landeseinheitliches System mit zentraler Aufbereitung zu schaffen. Diese Zielsetzung bewirkte bei der Formulierung des Gesamtkonzepts umfangreiche Abstimmungsverfahren, die immer wieder den Kompromiß forderten. Im folgenden sollen kurz wesentliche Fragenkomplexe dargestellt werden, die für eine erfolgreiche Systemrealisierung gelöst werden mußten.

Festlegen der Ordnungsmerkmale

In jeder Hochschule existierte ein individuelles Nummernsystem für die Matrikel-Nummer - verschiedene Feldlänge, teils sprechend, teils systemlos. Die Hochschul-Nr. als Gruppenwechselbegriff spielte bei der bisherigen Abwicklung lediglich bei der Aufbereitung der Studentenstatistik eine Rolle; sie wurde erst im Statistischen Landesamt vergeben, für die einzelne Hochschule war sie irrelevant. Auch die SOS-Programme kannten nicht das Ordnungsmerkmal "Hochschul-Nr.", da bisher das SOS-Paket immer nur an einzelnen Hochschulen eingeführt worden war.

Nach eingehenden Diskussionen einigte man sich landeseinheitlich auf

- eine 4-stellige Hochschul-Nr., in der die ersten drei Stellen die bereits vom Statistischen Landesamt vergebene Hochschul-Nr. bedeuten und die 4. Stelle weitere Untergliederungen ermöglicht (z. B. Kennzeichnung dezentraler Sekretariate einer Hochschule). Fast alle Programme mußten bezüglich der Hochschul-Nr. geändert werden.
- eine 6-stellige systemlose Matrikel-Nr. Die 6. Stelle ist eine Prüfziffer, die sich aufgrund eines maschinellen Prüfziffer-Verfahrens ergibt, das sich jedoch nur auf die Matrikel-Nr. selbst bezieht.

Jeder Hochschule wurde ein spezieller Nummernbereich für die Vergabe der Matrikelnummern zugeteilt.

Zusammenstellen des Merkmalskatalogs

Hinsichtlich der Festlegung der einzuspeichernden Merkmale konnte man sich darauf beschränken, den SOS-Merkmalskatalog darauf zu überprüfen, ob die Anforderungen der amtlichen Statistik und die zusätzlichen Bedürfnisse der Hochschulen erfüllt werden. Die Zusatzinformationen, die aus dem Hochschulbereich gewünscht wurden, konnten ohne größere Kompromisse in vorhandene freie Satzstellen aufgenommen werden. Die Bedürfnisse der amtlichen Statistik konnten problem-

los befriedigt werden, da das SOS-Verfahren die Herstellung eines Statistik-Übergabebandes nach den Normen der amtlichen Statistik bereits vorsieht.

Die Aufstellung der umfangreichen Schlüsselverzeichnisse und die Abstimmung mit den vorliegenden Verzeichnissen der amtlichen Statistik bereitete dagegen erheblich mehr Aufwand.

Festlegen der Plausibilitätskontrollen

Das Abgleichen der PL-Kontrollen, die im SOS-Paket vorgesehen sind, mit denen in den bestehenden Statistikprogrammen war neben der Aufstellung des Merkmalskatalogs mit den dazugehörigen Schlüsselverzeichnissen eine der wichtigsten Aktivitäten.

Hinsichtlich der Signier- und Formalprüfungen wurde festgestellt, daß mit Ausnahme von zwei Merkmalen (Name der Hochschule, Zwillings-Kennzeichen) durch die Formalprüfungen des SOS alle Merkmale der amtlichen Statistik geprüft werden. Die Form der Signierprüfungen ist jedoch unterschiedlich: Obwohl eine Reihe von SOS-Prüfungen identisch mit denen der Statistik sind, sind etliche Prüfungen des SOS strenger, während sich nur in wenigen Fällen die SOS-Prüfungen als unschärfer erweisen. Alle Unstimmigkeiten bei den Signierprüfungen konnten ohne Eingriffe im SOS-Plausibilitätsprogramm beseitigt werden, und zwar durch entsprechende Formulierungen oder Definitionen im Erhebungsbogen und Änderung von Merkmalsausprägungen im Schlüsselkatalog.

Die Überprüfung der Kombinationskontrollen zeigte, daß die SOS-Prüfungen lediglich 11 Kombinationen, die amtliche Statistik dagegen fast 40 Kombinationen kontrolliert. An dieser Stelle wurde eindeutig festgestellt, daß auf die Kombinationskontrollen der amtlichen Statistik,

d. h. auf den Einsatz des statistikspezifischen PL-Programms, nicht verzichtet werden kann, wenn auf der Basis des Statistik-Übergabebandes aus dem SOS-Ablauf die anschließende maschinelle Aufbereitung mit den Programmen des bundesweiten Statistikverbundes reibungslos verlaufen soll. Für die Beurteilung der SOS-Prüfungen war also nur wichtig festzustellen, daß sie inhaltlich nicht im Widerspruch zur amtlichen Statistik stehen. Geringe Modifikationen im SOS-Prüfprogramm stellten die Kompatibilität sicher.

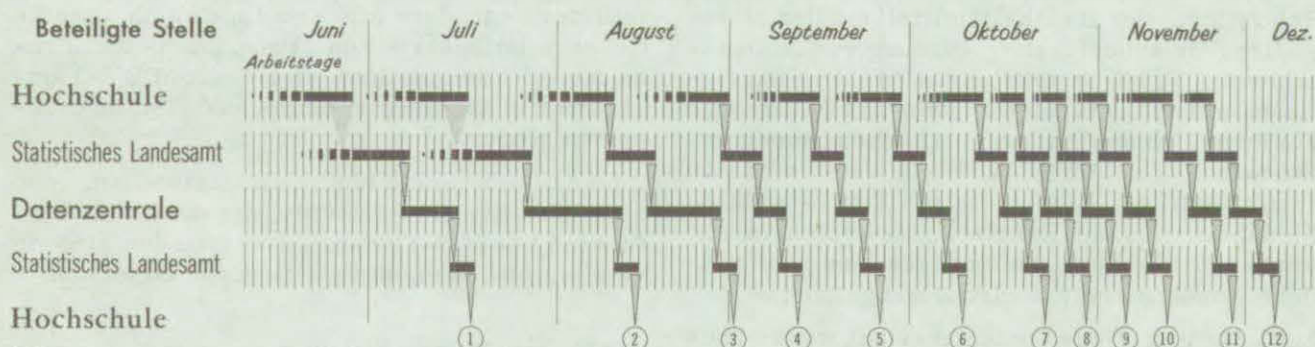
Aufstellen des Produktionsplanes

Jeder an verdichteten Studentendaten interessierte Konsument (Kultusministerium, Statistisches Bundesamt, Hochschulen u. a.) fordert die schnelle Bereitstellung statistischer Daten aus dem Studentenbereich für ein Bundesland. Der Erfüllung dieser Erwartung standen neben der zeitraubenden Datenerfassung bisher auch folgende Umstände entgegen:

- die spezifischen Unterschiede zwischen Universität, pädagogischer Hochschule und Fachhochschule,
- die örtlichen Gegebenheiten in der Hochschule, z. B. Vorhandensein zahlreicher dezentraler Fachbereiche, die Personalsituation,
- die steigende Abhängigkeit bei der Terminierung des Einschreibwesens von der ZVS in Dortmund,
- die mangelnde Koordination der Termine für das Einschreibwesen zwischen den einzelnen Hochschulen und dem Statistischen Landesamt.

Mit der Einführung von SOS ist die termingerechte Abwicklung eine vorrangige Frage. Durch das neue System werden sowohl verwaltungsbezogene Aufgaben gelöst als auch aktuelle Basisdaten für statistische und planerische Auswertungen bereitgestellt. Da das SOS-

Bild 5 Produktionsplan Studentendatei Wintersemester 1975/76



Die Balken bezeichnen Ort und Länge

der verschiedenen Arbeitsphasen, nämlich

in den Hochschulen: Annahme und Vorkontrolle der Erhebungsbogen

im Statistischen Landesamt: Prüfen und Signieren der Erhebungsbogen

in der Datenzentrale: Magnetband-Datenerfassung, EDV-Produktion, Separieren und Kuvertieren der Ausdrucke.

Die unterste Arbeitsphase bedeutet den Postweg.

Die senkrechten Pfeile markieren den auf eine

bestimmte Tagesstunde vereinbarten Übergang

zur nächsten beteiligten Stelle. Eingekreist

ist die Nummer des Verarbeitungszyklus.

System jedoch nur zentral auf einer EDV-Anlage abgewickelt wird, ist die Absprache über einen einheitlichen Terminraster und einen verpflichtenden Produktionsplan für alle Beteiligten zwingend notwendig. Das Ergebnis intensiver Abstimmungsgespräche, in denen zunächst der Terminplan für das jeweils zu bearbeitende Wintersemester und folgende Sommersemester mit Terminen für die Erst- und Neuimmatrikulation, für die Rückmeldung, für die Beurlaubung und für die Exmatrikulation festgelegt wird, ist der Produktionsplan (Bild 5). Für die Abwicklung des Einschreibwesens für das Wintersemester 1975/76 sind zwölf Produktionszyklen von jeweils etwa 14 Tagen vorgesehen, in denen jeweils die Datenanlieferung von den Hochschulen, die Datenerfassung in der Datenzentrale, die Datenbereinigung, das Erstellen des Druckoutputs für die Hochschulen (nur richtige Stammsätze werden gedruckt) sowie die Rücklieferung des Outputs an die Hochschulen erfolgt, bevor Anfang Dezember 1975 das Statistik-Übergabeband erzeugt wird. Das Lieferband für das Statistische Bundesamt wird also noch im Dezember 1975 zur Verfügung stehen.

Vorbereiten der Betroffenen auf das neue Verfahren

Das bereits im Abschnitt "Die Bewährungsprobe" erwähnte starke Engagement der Mitarbeiter in den Sekretariaten konnte nur dadurch erreicht werden, daß ein besonderer Schwerpunkt bei den Einführungsarbeiten auf diese ausführende Ebene gelegt wurde. Die erfolgreiche Einführung des SOS-Systems hat sich zu einem großen Teil in diesem Bereich entschieden.

In einer speziell für die Leiter der Sekretariate erarbeiteten umfangreichen Checkliste wurden sämtliche Aktivitäten und Maßnahmen zusammengestellt, die für die SOS-Einführung in den Sekretariaten notwendig waren (z. B. Schulungen, Festlegung der neuen Arbeitsabläufe und deren Personifizierung, Transportprobleme, Organisation der Archivierung, Beschaffung der Haushaltsmittel und der Materialien, Urlaubsplanung, Planung von Notmaßnahmen). Die Vorbereitungen in den Sekretariaten wurden unterstützt durch das frühzeitige Vorliegen eines landesspezifischen Benutzerhandbuchs (im April 1975), in dem in 16 Abschnitten alles Wissenswerte über das SOS-Verfahren für die Benutzer zusammengestellt wurde. Ein Änderungsdienst für landeseinheitliche Angelegenheiten wird durchgeführt.

Auch die betroffene Studentenschaft wurde über die beabsichtigte Umstellung des Einschreibwesens ausführlich informiert. Das endgültige Urteil der Studenten über das neue

Verfahren wird jedoch erst beim ersten Fortschreibungssemester im Sommer 1976 zu erwarten sein; die bisherige Ersterfassung brachte den Studenten keine Entlastung.

Die kostenmäßigen Auswirkungen des neuen Verfahrens

Die in Schleswig-Holstein von Beginn an verfolgte Einheit von Planung und Verwaltung - wie sie in § 1 HStatG verankert ist - läßt eine einseitige Kostenbeurteilung aus der Sicht des Statistischen Landesamtes nicht zu, da durch die Einführung des SOS-Konzepts auch erhebliche Aktivitäten der Studentenverwaltung erledigt werden.

Der bereits erwähnten Rationalisierung auf dem Gebiet der Datenerfassung durch eine Fortschreibung der Daten steht die Belastung der EDV-Anlage durch druckintensive Programme für die Verwaltung gegenüber. Außerdem verbleibt für die Fachabteilung des Statistischen Landesamtes das gesamte Tabellenprogramm des bundesweiten Programmierverbundes der Statistischen Landesämter.

Die Kosten für die Datenerfassung sinken pro Semester beim neuen Fortschreibungsverfahren um etwa 55 %, während die reinen Produktionskosten (EDV-Maschinenkosten) um etwa 90 % gegenüber dem Istzustand steigen. Im Istzustand werden nur statistikspezifische EDV-Produktionsarbeiten durchgeführt, während im SOS-Verfahren umfangreicher Output für die Verwaltung erzeugt wird. Dennoch sinken die gesamten EDV-Kosten (Datenerfassung und -verarbeitung) um etwa 22 % pro Semester.

Auch auf dem Personalsektor werden Entlastungen eintreten, und zwar primär durch den mit der Fortschreibung ermöglichten Abbau der PL-Kontrollen. Dieser Effekt kann sich jedoch erst bei der ersten Fortschreibung der Studentendatei bestätigen.

Trotz der Übernahme der SOS-Programme war Anpassungsprogrammierung nicht zu vermeiden, an der sich die HIS GmbH maßgeblich beteiligte. Besonders stark schlugen sich aber die Dokumentationsarbeiten (Programm- und Produktionsdokumentation) sowie die EDV-Testarbeiten in den Entwicklungs- und Einführungskosten nieder.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich die einmaligen Kosten, die durch die Einführung des SOS-Verfahrens entstanden sind, in vier bis fünf Semestern amortisieren werden.

Weitere Entwicklung

Mit der Einführung der fortschreibungsfähigen Studentendatei auf der Basis des Studenten-

Operations-Systems sind wesentliche Ziele verwirklicht worden. Alle Beteiligten an diesem Projekt waren sich darüber im klaren, das in der kurzen Einführungszeit nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Jetzt, wo der Übergang von der bisherigen Organisation auf das fortschreibungsfähige Konzept vollzogen ist, können weitergehende Perspektiven aufgezeigt werden.

Wie die Ablauforganisation zeigt, prüft auch nach dem Aufbau der fortschreibungsfähigen Datei das Fachdezernat des Statistischen Landesamtes weiterhin die Angaben manuell auf Vollständigkeit und auf sachliche und rechnerische Richtigkeit. Auch werden hier die für die maschinelle Aufbereitung notwendige Verschlüsselung einzelner Angaben durchgeführt. Nachdem die Einführungsschwierigkeiten überwunden sind, sollte überlegt werden, ob diese Tätigkeiten nicht in die Hochschulen verlagert werden können. Darüber hinaus wäre zu entscheiden, ob die Sekretariate der Hochschulen nicht auch die Fehler bereinigen könnten. Mit einer solchen modifizierten Ablauforganisation würden drei weitere Ansprüche an die fortschreibungsfähige Studentendatei erfüllt werden. Zuerst einmal ist es vorteilhaft, wenn die Angaben im Erhebungsbogen dort korrigiert werden, wo der Verwaltungsvorgang anfällt. Die Informationsnähe der Studentensekretariate käme so dem System zugute. Außerdem würde durch die Zuweisung der Einzelarbeiten - also Kontrolle und Signierung der Angaben im Erhebungsbogen und Korrektur der Fehlerprotokolle - in die Studentensekretariate die Verantwortung der Mitarbeiter gestärkt, was letztlich auch der Qualität der Studentendatei zugute kommt. Schließlich würde diese Arbeitsverlagerung das Fachdezernat des Statistischen Landesamtes entlasten, wodurch dann die anderen Statistiken nach dem Hochschulstatistikgesetz vorangetrieben werden könnten.

Wenn in der zweiten Ausbauphase diese Anforderungen an die fortschreibungsfähige Studentendatei realisiert werden sollten, muß sichergestellt sein, daß der lose Verbund Hochschulen - Statistisches Landesamt - Datenzentrale bestehen bleibt. Diese Kooperation, die letztlich der wirtschaftlichen Mittelverwendung dient, muß auch dann nicht verloren gehen, wenn einzelne Hochschulen die maschinelle Datenerfassung selbst leisten. In diesem Fall ist besonders streng auf Einhaltung der einheitlichen Konzeption des Systems zu achten. Hochschulen, die z. B. die Lochkarten selbst erstellen, könnten ihre Lochkapazität besser nutzen und außerdem mit Hilfe der eigenen EDV-Anlage interne Verwaltungsvorgänge abwickeln.

Neben der hier skizzierten Modifizierung für die Ablauforganisation sollten in der zweiten Ausbauphase vor allem die statistischen

Belange umfassender und besser berücksichtigt werden. Gemäß den Anforderungen an eine Verlaufstatistik auf Bundesebene könnten Auswertungsprogramme entwickelt werden, die die Aussagefähigkeit der Studentenstatistik steigern. Die Verlaufstatistik gestattet dynamische Betrachtungen von Massenerscheinungen, die einen höheren Informationsgehalt aufweisen als komparative Bestandsbeobachtungen in Form von Zeitreihen. Mit dieser Methode sind Aussagen u. a. über Hochschul- und Studiengangwechsel, Verweildauer und Erfolgsquoten möglich. Mit der fortschreibungsfähigen Studentenstatistik werden die einzelnen Datensätze je Student und je Semester miteinander verknüpft und damit die wesentliche Voraussetzung für den Aufbau einer Verlaufstatistik geschaffen. Als Verknüpfungskriterium können das geplante bundeseinheitliche Personenkennzeichen, das auch für die Anonymisierung notwendige Identifikationsmerkmal oder die Matrikelnummer des Studenten benutzt werden. Das Konzept der Studentendatei ist so gestaltet, daß bei Bedarf alle drei Verknüpfungskriterien alternativ verwendet werden können. Das Identifikationsmerkmal, das sich aus verschlüsselten Daten zur Person zusammensetzt, dient der Verknüpfung der Verlaufstatistik auf Bundesebene. Dieses Merkmal ist wie auch das Personenkennzeichen geeignet, den Hochschulwechsel der Studenten über die Grenzen einzelner Bundesländer sichtbar zu machen. Der Nachteil des Identifikationsmerkmals ist darin zu sehen, daß Fehler in der Ablochung, die im Rahmen der Umschlüsselung der Klartextangaben auftreten können, eine Verknüpfung verhindern oder erschweren. Die Verknüpfung der individualisierten Datensätze je Semester auf der Basis der Matrikelnummer setzt voraus, daß der Student die ihm bei der Erst- oder Neuimmatrikulation vorgegebene Nummer bei jedem Hochschulwechsel beibehält. Das ist nur für die Hochschulen in Schleswig-Holstein sichergestellt, so daß letztlich auch die Aussagen der Verlaufstatistik auf diesen Bereich begrenzt sind. Diesem Nachteil steht die geringere Fehlermöglichkeit bei der Ablochung entgegen. Da die neu konzipierte Studentendatei auf der Basis der Matrikelnummer fortgeschrieben wird, werden bei der Rückmeldung die nicht verknüpfbaren Fälle sofort aufgedeckt, so daß diese Fehler unmittelbar im Verwaltungsablauf bereinigt werden können und nicht erst später beim gesonderten Aufbau einer Verlaufstatistik. Die Entscheidung für dieses Verknüpfungskriterium verhindert nicht, wie bereits gesagt, eine zukünftige bundeseinheitliche Regelung.

Wie in den vorstehenden Ausführungen bereits erwähnt, sollte die neu konzipierte Studentenstatistik in weitere Aufgabenbereiche integriert

werden. So bietet sich eine Integration mit dem hochschulinternen Zulassungsverfahren und der Prüfungsstatistik an. Die Einbeziehung des hochschulinternen Zulassungsverfahrens stellt sich insofern etwas schwierig dar, weil zum einen die terminliche Abstimmung zwischen Bewerbung und Immatrikulation problematisch ist, zum anderen nicht jede Studienabsicht automatisch zu einer Immatrikulation führt. Dennoch sollten diese Probleme lösbar sein, so daß auch in diesem Bereich Mehrfacherhebungen abgebaut werden könnten. Eine Verknüpfung der Studentenstatistik mit der individuellen Prüfungsstatistik, die das Hochschulstatistikgesetz ebenfalls fordert, erscheint allein schon vom Studienverlauf zwingend. Organisatorisch würde es sich anbieten, daß für den Prüfungskandidaten die relevanten Daten aus der Studentendatei ausgedruckt würden. Nur noch die

prüfungsbezogenen Daten müßten dann von den Kandidaten oder von dem Prüfungsamt erfragt werden, so daß auch die individuelle Prüfungsstatistik mit einem geringen Aufwand termingerecht erstellt werden könnte.

Diese Vorstellungen wird man erst dann zu verwirklichen beginnen, wenn alle Anlaufschwierigkeiten der ersten Phase überstanden sind. Der angestrebte Ausbau der fortschreibungsfähigen Studentendatei setzt voraus, daß die kooperative Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und dem Statistischen Landesamt bestehen bleibt. Durch die Erfahrungen beim Aufbau des neuen Systems sind alle Beteiligten ermutigt, wie bisher erfolgreich zusammenzuarbeiten.

Volker Pawlitzki/Friedrich-Karl Wormeck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Heft 8 / 1975

Landtagswahl (Teil 3)
Erwerbstätige und Beruf (Teil 2)
Milcherzeugung
Landwirtschaft: Ausbildung und Buchführung

Heft 9 / 1975

Getreide- und Rapserten 1974 und 1975
Sozialprodukt (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1974
Spareinlagen
Erkrankungen an Gelbsucht

Heft 10/1975

Investitionen Baugewerbe
Erwerbstätige und Beruf (Teil 3)
Grenz-Reiseverkehr
Lohnsummensteuer

Heft 11/12 - 1975

Allgemeinbildende Schulen
Schülerprognose
Hochschulstatistik
Lehrer - Studenten
Studentendatei und Studentenstatistik

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang - Heft 11/12 - November/Dezember 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1973	1974	1974			1975			
				Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 585	2 586	2 586	2 584
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 377	1 809	1 313	1 333	1 389	1 775	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,9	5,8	6,3	8,2	6,2	6,3	6,3	6,3	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 311	2 194	2 141	2 015	2 095	2 007	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,3	9,9	10,5	10,0	10,1	9,5	9,5	9,5	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 456	2 549	2 493	2 591	2 651	2 804	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,4	11,2	11,6	11,7	12,2	12,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	31	40	31	51	40	46	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	21,7	18,0	13,4	18,2	14,5	25,3	19,1	22,9	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 145	- 355	- 352	- 576	- 556	- 797	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,3	- 2,5	- 0,7	- 1,6	- 1,7	- 2,7	- 2,5
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	8 642	7 843	7 147	5 917
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	8 468	6 204	6 049	6 572	6 951	5 506
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+1 812	+ 941	+2 593	+1 271	+ 196	+ 411
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	11 001	11 354	10 248	9 172
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 697	25 692	25 769	24 346	20 595
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	157	167	169	163	140
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	14	29	23	24	25	42	42	41	40
darunter *Männer	1 000	8	17	13	13	14	24	24	22	21
Offene Stellen	1 000	20	14	14	14	12	12	11	11	9
darunter für Männer	1 000	13	8	9	9	8	6	6	6	6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a	.	.	.	1 578	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	504 ^a	495 ^a	.	.	.	482	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	.	1 799	.	.	.	1 711	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	.	180	.	.	.	170	.
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	.	120	.	.	.	115	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	34	37	44	24	32	33	42
*Kälber	1 000 St.	1	2	2	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	200	214	226	231	219	203	205	207	222
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	5	4	4	3	3	2	3
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	24,2	27,2	27,4	29,0	30,4	23,4	25,3	26,4	30,1
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	18,1	18,9	18,3	17,0	16,8	17,2	18,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	270	272	270	265	265	272	273
Kälber	kg	95	96	96	98	96	94	94	93	94
Schweine	kg	83	85	82	83	85	85	83	84	85
Geflügel										
Eingelegte Bruteler ⁶⁾ *für Legehennenküken	1 000	515	514	480	470	500	496	421	456	482
*für Masthühnerküken	1 000	879	956	937	969	959	1 139	991	1 105	1 019
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	825	755	821	793	862	785	770	804	907
*Milcherzeugung										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	181	183	191	156	117	225	191	156	122
	%	93	94	94	94	93	94	94	94	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	12,3	10,1	7,8	15,2	12,5	10,2	8,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	188	189	188	176	176	177	177
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	136	138	137	126	126	127	127
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	18 587	20 880	21 576	18 585	16 621	18 442	20 236
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	251,3	240,8	224,8	224,9	246,1	223,8	222,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	119,5	115,2	110,3	127,6	122,4	118,0	115,7
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	28	32	31	32	33	22	13	10	11
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	13,8	13,3	9,9	11,7	12,2	12,4	11,7	13,9	14,0
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. m ³	3,5	3,1	2,9	2,6	2,6	3,7	4,4	4,1	4,1
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	10,3	10,3	7,0	9,1	9,5	8,7	7,3	9,8	9,9
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	86	85	86	71	63	69	81
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	12	13	15	14	11	12	14
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	75	72	71	57	52	58	67
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	167	179	180	156	143	164	170
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	37	35	37	27	24	30	30
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 436	1 690	1 469	1 713	1 661	1 715	1 673	1 519	1 732
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	242	311	304	309	410	320	279
Produktionsindex (arbeitsmäßig)										
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	156	178	197	196	147	175	188
*Bergbau	1962=100	100	85	81	82	80	77	78	75	79
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	181	198	203	209	140	191	191
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	172	218	249	244	181	214	242
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	153	180	216	211	144	183	211
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	128	132	142	140	126	130	132
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	107	141	150	139	103	137	150
Handwerk (Meßziffern)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	96,7	92,3	.	.	94,4	88,6	.	.	93,7
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	.	.	140,6	134,8	.	.	142,0
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	224	309	306	329	265	319	312
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	516	547	547	502	499	540	549
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	10	7	4	4	4	3	3	3	3
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	57 091	57 135	56 344	51 764	52 170	52 782	52 610
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	6 289	7 950	8 016	6 931	5 915	7 169	7 757
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	2 361	3 238	3 336	2 788	2 220	2 998	3 133
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	1 024	1 254	1 231	1 180	1 017	1 125	1 299
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	2 719	3 221	3 214	2 710	2 450	2 747	2 997
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	82,3	97,9	97,1	90,2	81,6	90,6	98,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	12,5	12,2	11,9	12,5	11,9	11,9	11,7
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	330,3	296,0	255,9	264,6	255,2	247,6	264,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle/-briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	835	819	914	608	766	761	727
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	787	791	864	570	721	712	694
*umbauter Raum	1 000 m ³	1 018	733	767	736	846	554	748	667	606
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	144 460	128 947	160 746	109 972	148 496	136 833	118 276
*Wohnfläche	1 000 m ²	193	134	140	122	154	98	137	122	107
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	176	152	177	172	196	161	191	207	239
*umbauter Raum	1 000 m ³	775	568	583	753	703	696	748	760	877
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	70 967	82 706	108 037	117 812	75 599	97 874	116 316
*Nutzfläche	1 000 m ²	141	104	111	132	141	120	142	145	147
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 595	1 342	1 820	1 107	1 501	1 275	1 208
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 937	2 295	985	1 125	1 411	635	1 183	821	1 060
Wohnräume	Anzahl	11 336	9 637	4 219	4 810	6 362	2 939	5 279	3 552	4 146
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	279,8	367,5	315,7	399,1	414,9	381,6	379,7	420,9	388,6
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	42,3	56,6	55,2	44,9	44,2	49,0	58,1
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	273,4	342,5	359,8	336,6	335,5	371,9	330,5
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	9,3	7,3	9,3	9,1	6,1	7,2	7,7
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	53,8	65,5	52,3	29,0	20,3	28,4	34,7
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	210,3	269,8	298,2	298,5	309,2	336,3	288,1
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	29,6	31,2	28,9	22,6	22,2	18,4	19,8
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	180,6	238,6	269,4	275,9	287,0	318,0	268,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	172,3	169,7	185,4	170,3	164,4	133,6	173,5
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	22,4	19,7	23,8	15,3	22,5	13,9	25,0
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	45,9	35,6	38,3	36,7	33,4	31,1	30,1
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	29,1	52,7	50,1	48,5	16,3	23,4	41,2
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	29,5	24,6	27,4	31,9	26,6	33,3	36,4
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	43,0	48,0	85,9	95,6	53,9	44,9	59,4
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	4,8	8,0	5,9	6,6	23,7	13,0	18,8
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	14,8	20,3	52,8	70,3	9,7	14,6	17,6
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,2	151,2	r145,7	136,0	152,2	166,7	155,4	155,8
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	136,0	210,8	r227,7	158,1	183,4	244,3	250,6	170,1
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	523	484	246	367	575	491	271
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	44	34	20	24	48	32	20
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	5 593	5 708	2 140	3 173	6 257	5 814	2 236
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	94	75	40	47	95	72	40
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 148	1 278	1 193	1 133
Güterversand	1 000 t	399	518	481	594	491	368
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	241	235	218	184	195	208	200
*Güterversand	1 000 t	327	296	283	349	345	217	244	383	302
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 522	6 282	6 347	5 055	6 126	8 651	7 873	5 753	8 809
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	92	80	103	66	56	181	167	151	122
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	6 693	5 585	5 645	4 382	5 446	7 890	7 004	4 949	7 997
*Lastkraftwagen	Anzahl	386	294	302	282	252	306	259	247	306
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 211	1 583	1 527	1 450	1 497	p 1 653	p 1 560
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	50	69	48	57	68	p 65	p 57
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 657	2 128	2 029	1 974	2 147	p 2 207	p 2 021

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
			Monats- durchschnitt ^{d)}	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁵⁾										
*Kredite ¹⁶⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	24 090	24 117	24 432	26 066	26 270	26 409	26 885
darunter										
*Kredite ¹⁶⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	23 258	23 282	23 558	24 965	25 066	25 166	25 555
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 146	5 107	5 200	5 255	5 077	4 951	5 047
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 130	5 099	5 189	5 195	4 975	4 867	4 925
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	16	8	11	60	103	85	121
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 078	2 029	2 140	2 195	2 232	2 236	2 314
*an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 940	1 883	1 993	1 981	2 008	2 004	2 077
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	138	146	147	215	224	232	237
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	16 034	16 145	16 218	17 514	17 757	17 979	18 195
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 520	13 605	13 677	14 501	14 705	14 862	15 004
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 514	2 540	2 541	3 013	3 052	3 117	3 190
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	19 054	19 292	19 267	20 453	20 687	21 145	21 098
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	11 156	11 325	11 263	10 905	10 988	11 264	11 121
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	7 049	7 201	7 225	6 891	6 995	7 076	7 041
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 107	4 124	4 038	4 015	3 993	4 188	4 081
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	7 898	7 967	8 004	9 547	9 699	9 881	9 976
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 723	4 767	4 789	5 599	5 650	5 749	5 793
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	526	415	389	521	704	534	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	504	347	351	417	553	352	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete u. mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	21	28	23	27	27	23	17
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	3	-	-	3	1	-	3
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	409	470	543
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	1,900	1,927	3,864
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
			Vierteljahres- durchschnitt			3. Vj.	2. Vj.		3. Vj.	
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 120 416	1 280 969	.	.	1 198 304	1 134 668	.	.	1 260 537
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	835 797	970 001	.	.	911 690	865 070	.	.	970 157
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	559 208	662 403	.	.	632 322	556 251	.	.	629 764
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	216 666	238 057	.	.	225 838	238 337	.	.	264 042
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	6 012	7 385	.	.	8 310	5 966	.	.	15 444
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	53 910	62 156	.	.	45 220	64 515	.	.	67 944
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	294 619	310 968	.	.	286 614	269 598	.	.	290 380
*Umsatzsteuer	1 000 DM	204 394	203 272	.	.	177 116	163 724	.	.	203 468
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	80 226	107 696	.	.	109 498	85 873	.	.	86 893
*Bundessteuern	1 000 DM	348 998	270 738	.	.	193 190	90 196	.	.	83 341
*Zölle	1 000 DM	32 028	30 437	.	.	29 063	402	.	.	496
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	297 488	217 634	.	.	144 858	78 956	.	.	74 681
*Landessteuern	1 000 DM	90 117	94 599	.	.	91 027	97 854	.	.	92 886
*Vermögensteuer	1 000 DM	17 100	20 526	.	.	19 870	18 810	.	.	18 273
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	52 241	53 875	.	.	51 604	58 418	.	.	54 701
*Biersteuer	1 000 DM	2 854	2 959	.	.	3 485	2 831	.	.	3 945
*Gemeindesteuern 18)	1 000 DM	187 078	208 162	.	.	216 285	220 276	.	.	211 026
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 114	7 101	.	.	7 432	8 104	.	.	7 132
*Grundsteuer B	1 000 DM	26 496	25 830	.	.	26 946	30 736	.	.	33 152
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	121 447	140 023	.	.	145 035	146 037	.	.	133 814
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929	17 983	.	.	18 422	17 160	.	.	18 885
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	889 492	878 107	.	.	760 417	622 061	.	.	733 118
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	331 174	382 856	.	.	358 548	339 399	.	.	383 092
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	185 003	195 910	.	.	180 825	167 151	.	.	237 595
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	.	.	27 854	25 314	.	.	29 091
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	698 586	775 182	.	.	734 317	693 692	.	.	712 044
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	389 049	452 295	.	.	424 700	405 944	.	.	453 606
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 20)	1 000 DM	195 101	199 682	.	.	190 737	164 580	.	.	136 461
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	.	.	27 854	25 314	.	.	29 091
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030	285 639	.	.	283 956	310 455	.	.	272 570
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	1 000 DM	72 809	82 811	.	.	89 327	95 409	.	.	75 633
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589	134 689	.	.	123 379	140 807	.	.	119 726

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
			Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	143,7	145,6	146,3	138,4	139,9	143,1	144,5
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	133,2	134,2	134,8	136,0	136,1	136,6	136,8
Grundstoffpreise	1970=100	115,3	137,4	137,4	138,4	138,6	135,9	136,3	137,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²²⁾	1970=100	114,1	129,4 ^f	130,8	131,3	131,7	135,4	135,5	135,6	136,0
landwirtschaftlicher Produkte ²²⁾	1961/63=100	118,8 ^e	119,0 ^f	111,6	111,5	115,9	128,1	131,8	p 133,8	p 136,6
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude²³⁾										
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²²⁾	1962/63=100	139,8 ^e	148,6 ^f	143,1	144,0	144,8	153,7	153,1	154,1	155,5
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	126,6	126,7	127,3	134,8	134,7	134,2	134,6
*Preisindex für die Lebenshaltung²⁴⁾										
darunter für	1970=100	118,8	127,1	127,5	127,7	128,1	135,4	135,4	135,2	135,9
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	124,1	123,4	123,2	132,7	132,2	130,6	130,5
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	129,8	130,3	131,4	136,1	136,1	136,3	137,0
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	125,5	125,8	126,1	133,8	134,1	134,6	135,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	147,0	148,5	150,4	162,5	164,9	166,2	173,2
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	122,7	123,1	124,0	131,0	130,6	130,2	130,8
Löhne und Gehälter²⁵⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	437	.	.	.	455	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	464	.	.	.	480	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	279	.	.	.	298	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	271	.	.	.	286	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	10,04	.	.	.	10,63	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	10,61	.	.	.	11,15	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	6,90	.	.	.	7,46	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	6,67	.	.	.	7,17	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	43,6	.	.	.	42,8	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	40,5	.	.	.	40,0	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	2 245	.	.	.	2 415	.	.
*weiblich	DM	1 355	1 512	1 541	.	.	.	1 652	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	2 488	.	.	.	2 639	.	.
*weiblich	DM	1 321	1 501	1 519	.	.	.	1 619	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	1 980	.	.	.	2 123	.	.
*weiblich	DM	1 129	1 252	1 282	.	.	.	1 379	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	2 248	.	.	.	2 282	.	.
weiblich	DM	1 384	1 537	(1 560)	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	2 068	.	.	.	2 220	.	.
weiblich	DM	1 184	1 322	1 352	.	.	.	1 452	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	2 466	.	.	.	2 604	.	.
weiblich	DM	1 325	1 502	1 520	.	.	.	1 618	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassennämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeiträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) nur Neubau

24) alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1974/75 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	22	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	...	31,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 328	2 286	1 675
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562 ^a	1 923 ^b
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 783 ^a	2 200 ^b

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	industrieller Produkte ⁷⁾ 1970=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63=100		insgesamt	Nahrungs- und Genussmittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
			Bruttomonatsgehalt					Bruttomonatsgehalt	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
DM												
1970	100	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	104,3	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	107,0	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	118,8	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	...	200,8	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) darunter Schulden der Eigenbetriebe 536 Mill. DM

b) darunter Schulden der Eigenbetriebe 470 Mill. DM

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. Juni 1975			Bevölkerungsveränderung im Juni 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	93 915	- 0,2	- 1,1	- 1	- 224	- 225	27 205	24 844
KIEL	262 990	- 0,1	- 0,5	- 91	- 86	- 177	76 784	70 182
LÜBECK	233 135	- 0,1	- 0,7	- 74	- 197	- 271	64 520	58 297
NEUMÜNSTER	85 344	- 0,1	- 0,8	- 32	- 85	- 117	26 993	24 181
Dithmarschen	131 400	- 0,1	- 0,9	- 35	- 137	- 172	47 951	37 410
Hzgt. Lauenburg	151 160	- 0,0	+ 0,5	- 42	15	- 27	50 013	42 454
Nordfriesland	162 100	+ 0,1	- 0,2	- 42	269	227	59 664	47 615
Ostholstein	186 728	+ 0,2	+ 0,1	- 65	428	363	61 874	51 931
Pinneberg	252 810	- 0,0	- 0,1	- 64	- 51	- 115	84 161	73 547
Plön	113 339	- 0,1	+ 0,2	21	- 106	- 85	42 946	35 512
Rendsburg-Eckernförde	236 098	+ 0,1	+ 0,5	- 32	201	169	84 336	69 287
Schleswig-Flensburg	176 584	- 0,0	+ 0,5	- 56	- 22	- 78	68 370	54 156
Segeberg	193 682	+ 0,1	+ 1,6	16	122	138	74 130	62 639
Steinburg	130 832	- 0,1	- 0,8	- 40	- 55	- 95	45 764	36 944
Stormarn	173 736	+ 0,2	+ 1,7	- 39	339	300	60 762	52 866
Schleswig-Holstein	2 583 853	- 0,0	+ 0,1	- 576	411	- 165	875 473	741 865

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 8. 1975	Beschäftigte am 31. 8. 1975	Umsatz ⁴⁾ im August 1975 MILL. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	58	8 605	65	69	2	86
KIEL	138	28 337	148	160	1	181
LÜBECK	140	27 583	193	150	-	179
NEUMÜNSTER	74	9 849	50	73	1	88
Dithmarschen	60	6 052	168	81	9	100
Hzgt. Lauenburg	97	8 927	52	86	7	98
Nordfriesland	46	2 505	42	93	5	135
Ostholstein	76	5 690	46	96	2	151
Pinneberg	223	22 163	169	165	3	195
Plön	36	2 357	18	61	4	87
Rendsburg-Eckernförde	123	11 070	82	134	8	170
Schleswig-Flensburg	66	4 480	74	89	2	123
Segeberg	174	13 956	120	129	7	166
Steinburg	95	9 932	96	69	1	110
Stormarn	134	15 239	196	105	5	152
Schleswig-Holstein	1 540	176 745	1 519	1 560	57	2 021

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1975			Offene Stellen am 31. 8. 1975	Kuhmilcherzeugung im Aug. 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 l	darunter		Schweine insgesamt am 1.8.1975	Rindvieh am 3.6.1975	
		VZ 1961	31.3. 1974	an Meiereien geliefert		kg je Kuh und Tag	insgesamt		Milchkühe (einschl. Zugkühe)	
		in %		in 1 000		in %		in 1 000		
Schleswig-Holstein	2 583	+ 11,5	+ 0,1	11	156	93,6	10,2	1 711	1 578	482
Hamburg	1 730	- 5,6	- 1,0	11	1	93,6	8,3	14	19	4
Niedersachsen	7 258	+ 9,3	- 0,0	25	373	91,2	12,0	6 253	3 172	997
Bremen	723	+ 2,4	- 0,7	4	1	86,1	9,9	7	19	4
Nordrhein-Westfalen	17 199	+ 8,1	- 0,2	72	233	95,5	11,3	4 523	1 960	650
Hessen	5 571	+ 15,7	- 0,3	24	107	87,7	10,8	1 440	946	317
Rheinland-Pfalz	3 683	+ 7,8	- 0,4	11	79	87,4	10,5	687	697	240
Baden-Württemberg	9 215	+ 18,8	- 0,3	42	217	81,2	10,0	2 166	1 829	693
Bayern	10 839	+ 13,9	- 0,1	38	618	89,4	10,3	4 220	4 735	1 962
Saarland	1 192	+ 2,7	- 0,8	3	9	81,5	11,2	68	76	27
Berlin (West)	2 014	- 8,4	- 1,3	11	0	24,5	15,5	10	2	1
Bundesgebiet	61 916	+ 10,2	- 0,3	253	1 795	89,7	10,7	21 099	15 032	5 378

Land	Industrie ¹⁾			Produktions- index ³⁾ (1970=100) im Juli 1975	Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1975			
	Beschäftigte am 31.7.1975 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juli 1975			Beschäftigte am 30.6.1975	zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen		
		in 1 000	Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	176	1 673	25	147 ^b	50	19	1 107	4,3	635	2,5
Hamburg	177	2 023	19	107 ^a	31	18	607	3,5	405	2,3
Niedersachsen	688	5 188	19	107 ^a	145	20	4 089	5,6	2 336	3,2
Bremen	97	972	29	127 ^a	16	22	398	5,5	219	3,0
Nordrhein-Westfalen	2 346	19 406	24	89	304	18	8 858	5,2	5 341	3,1
Hessen	655	4 458	24	85	107	19	2 728	4,9	5 059	9,1
Rheinland-Pfalz	372	3 381	26	97	69	19	1 791	4,9	1 042	2,8
Baden-Württemberg	1 432	9 734	24	137 ^a	186	20	5 341	5,8	3 607	3,9
Bayern	1 278	9 522	24	102	234	22	6 403	5,9	3 011	2,8
Saarland	156	966	32	89	17	15	472	4,3	244	2,2
Berlin (West)	203	1 392	12	..	35	17	1 791	8,9	1 265	6,3
Bundesgebiet	7 581	58 715	23	88	1 194	19	33 585	5,4	23 164	3,7

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1975				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 31.7.1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1974 ⁶⁾	
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM	Anteil des produzie- renden ⁷⁾ Gewerbes in %
					im 2. Vierteljahr 1975					
						in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	1 497	68	2 147	148	3 755	282	250	...	34,8	47,3
Hamburg	715	9	956	135	6 842	502	2 419	...	48,9	40,1
Niedersachsen	3 324	186	4 347	136	4 548	266	251	...	97,9	54,0
Bremen	321	8	374	119	5 165	371	1 274	...	15,3	44,7
Nordrhein-Westfalen	7 947	270	10 457	135	5 247	308	440	...	287,3	54,2
Hessen	2 581	114	3 661	146	5 794	317	406	...	91,7	45,3
Rheinland-Pfalz	1 903	88	2 730	148	4 957	275	310	...	55,9	58,5
Baden-Württemberg	4 089	200	5 836	148	5 442	331	440	...	150,7	57,8
Bayern	6 627	337	9 450	148	5 681	287	315	...	162,9	53,4
Saarland	508	18	712	144	4 495	259	287	...	15,7	52,3
Berlin (West)	992	17	1 289	132	4 843	204	606	...	37,0	61,5
Bundesgebiet	30 504	1 315	41 959	142	5 257	303	445	...	997,9	52,8

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
 4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 5) ohne Postspareinlagen
 6) erste vorläufige Ergebnisse
 7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

a) 1962 = 100

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1974 in km ²	Bevölkerung am 31. 12. 1974			Eheschließungen 1974		Lebendgeborene 1974	
		insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	56,12	94 528	44 296	1 684	619	6,5	958	10,1
KIEL	110,14	264 290	124 530	2 400	1 655	6,3	2 315	8,8
LÜBECK	213,97	234 510	108 649	1 096	1 503	6,4	2 223	9,5
NEUMÜNSTER	71,57	85 645	40 400	1 197	509	5,9	849	9,9
Dithmarschen	1 381,09	131 969	62 674	96	824	6,2	1 336	10,1
Hzgt. Lauenburg	1 264,32	150 889	73 087	119	776	5,2	1 483	9,9
Nordfriesland	2 023,72	161 625	78 707	80	947	5,8	1 607	9,9
Ostholstein	1 390,04	186 081	88 542	134	1 119	6,0	1 768	9,5
Pinneberg	661,78	253 266	122 241	383	1 403	5,5	2 547	10,1
Plön	1 081,26	113 388	55 371	105	663	5,9	1 109	9,8
Rendsburg-Eckernförde	2 185,52	235 502	114 267	108	1 364	5,8	2 438	10,4
Schleswig-Flensburg	2 071,44	176 360	87 244	85	1 006	5,7	1 852	10,5
Segeberg	1 344,33	192 274	93 634	143	1 035	5,4	2 219	11,7
Steinburg	1 056,37	131 432	62 961	124	692	5,2	1 252	9,5
Stormarn	766,21	172 584	83 179	225	864	5,1	1 591	9,3
Schleswig-Holstein	15 677,87	2 584 343	1 239 782	165	14 979	5,8	25 545	9,9

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1974		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Gesundheitswesen		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zu- gezogene 1974	Fort- gezogene 1974		Ärzte ¹⁾		Zahnärzte und sonstige Zahn- behandler ¹⁾
							insgesamt	darunter ausschl. frei- prakti- zierende am 31.12.1974	
FLENSBURG	1 329	14,0	- 371	6 935	7 487	- 552	234	106	69
KIEL	3 531	13,3	- 1 216	17 233	17 314	- 81	974	288	264
LÜBECK	3 321	14,1	- 1 098	11 437	11 876	- 439	625	236	178
NEUMÜNSTER	1 084	12,6	- 235	3 806	4 247	- 441	175	70	51
Dithmarschen	1 808	13,6	- 472	4 604	5 177	- 573	174	98	71
Hzgt. Lauenburg	1 951	13,0	- 468	8 578	7 351	+ 1 227	173	94	63
Nordfriesland	1 735	10,7	- 128	9 843	9 614	+ 229	284	188	77
Ostholstein	2 494	13,4	- 728	12 212	11 468	+ 744	341	170	97
Pinneberg	2 754	10,9	- 207	15 772	15 098	+ 674	315	192	108
Plön	1 329	11,7	- 220	7 640	7 097	+ 543	111	62	55
Rendsburg-Eckernförde	2 759	11,7	- 321	13 718	12 016	+ 1 702	249	139	101
Schleswig-Flensburg	2 095	11,9	- 243	10 243	9 038	+ 1 205	219	106	62
Segeberg	1 972	10,4	+ 247	15 538	11 262	+ 4 276	236	112	70
Steinburg	1 848	14,0	- 596	5 098	5 688	- 590	154	84	57
Stormarn	2 074	12,1	- 483	13 282	9 922	+ 3 360	198	109	73
Schleswig-Holstein	32 084	12,4	- 6 539	155 939	144 655	+ 11 284	4 462	2 054	1 396

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Schüler in allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ im September 1974 in			Schüler in beruf- lichen Schulen im November 1974	Landtagswahl ³⁾ am 13. 4. 1975			Getreide- ernte 1974 in t	Kartoffel- ernte 1974 in t
	Grund- und Haupt- schulen ²⁾	Real- schulen	Gymnasien		von den gültigen Stimmen entfielen in % auf				
					CDU	SPD	FDP		
FLENSBURG	10 107	3 008	4 392	5 836	38,4	39,3	5,5	1 838	153
KIEL	21 843	6 408	8 890	13 726	42,8	49,1	7,1	5 722	579
LÜBECK	22 493	5 598	6 149	11 990	46,0	46,2	6,5	14 042	4 824
NEUMÜNSTER	8 887	2 299	2 993	4 681	47,6	44,8	6,7	5 115	4 137
Dithmarschen	14 914	4 512	3 541	5 227	55,8	36,5	6,3	163 543	21 916
Hzgt. Lauenburg	15 923	4 062	3 509	3 148	53,3	38,5	7,2	155 183	47 827
Nordfriesland	19 231	5 781	4 301	6 546	52,2	33,9	8,4	190 652	12 352
Ostholstein	18 728	5 219	4 958	4 282	52,5	40,2	6,4	294 541	9 172
Pinneberg	25 599	6 971	7 734	5 744	50,8	39,5	8,4	39 063	7 224
Plön	12 539	2 780	3 006	2 160	51,9	41,2	5,9	174 679	7 735
Rendsburg-Eckernförde	25 899	6 890	4 627	6 266	52,9	38,4	7,1	268 749	54 051
Schleswig-Flensburg	21 740	4 719	3 096	4 051	52,5	34,1	6,1	274 387	47 303
Segeberg	22 518	5 689	5 274	3 644	53,5	36,7	8,8	152 359	34 671
Steinburg	14 650	3 864	3 174	4 063	53,6	39,3	5,8	78 460	33 711
Stormarn	17 385	4 843	4 766	3 106	52,4	38,2	8,3	110 339	12 386
Schleswig-Holstein	273 262	72 643	70 410	84 470	50,4	40,1	7,1	1 928 672	298 041

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1974						Milcherzeugung im Jahre 1974		Jahres- milch- leistung 1974 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Lege- hennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLENSBURG	1 435	245	763	19	15 743	88	.	.	.
KIEL	3 534	972	2 476	162	21 272	28	.	.	.
LÜBECK	5 646	1 835	11 044	1 120	63 322	680	.	.	.
NEUMÜNSTER	3 675	1 370	3 561	402	9 099	342	.	.	.
Dithmarschen	182 675	43 915	113 115	15 692	257 666	135 492	184	91,7	4 136
Hzgt. Lauenburg	62 231	21 373	126 810	14 177	264 217	27 783	95	96,8	4 327
Nordfriesland	247 969	75 101	148 442	18 672	117 443	3 260	344	92,9	4 560
Ostholstein	64 221	23 379	119 941	14 160	418 037	72 098	124 ^a	90,7	4 729
Pinneberg	69 039	22 836	47 683	5 080	234 850	10 132	101	93,7	4 386
Plön	76 134	27 790	87 934	10 865	369 836	93 064	145 ^b	94,5	4 730
Rendsburg-Eckernförde	220 062	78 925	192 908	22 145	444 684	102 449	339	94,3	4 291
Schleswig-Flensburg	256 337	85 380	319 917	25 809	214 193	3 507	370 ^c	94,1	4 280
Segeberg	118 812	44 022	172 141	16 621	604 459	217 963	208	93,3	4 701
Steinburg	144 470	47 395	131 859	13 247	232 830	167 360	197	91,6	4 152
Stormarn	50 762	20 097	88 705	9 732	166 175	32 111	90	97,9	4 357
Schleswig-Holstein	1 507 002	494 635	1 567 299	167 903	3 433 826	866 357	2 196	93,5	4 397

1) ohne integrierte Gesamtschulen (2 255 Schüler), ohne Abendrealschulen, Abendgymnasien und ohne Kolleg

2) einschließlich Sonderschulen, aber ohne vorschulische Einrichtungen

3) einschließlich Briefwähler

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

a) einschließlich Lübeck

b) einschließlich Kiel und Neumünster

c) einschließlich Flensburg, Stadt

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Industrie ¹⁾ 1974								
		Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiter- stunden	Löhne und Gehälter (brutto)		Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	
			insgesamt	Inhaber und Angestellte	Arbeiter		insgesamt	darunter Löhne	insgesamt	darunter Auslands- umsatz
				einschl. Auszubildender						
im Durchschnitt des Jahres					in 1 000	1 000 DM				
FLENSBURG	60	9 018	1 914	7 104	13 487	178 936	130 382	1 055 860	240 401	
KIEL	144	30 399	9 343	21 056	39 218	697 342	445 470	2 553 250	704 384	
LÜBECK	141	28 389	7 430	20 959	39 962	619 228	425 535	2 575 889	807 474	
NEUMÜNSTER	74	10 575	2 567	8 008	13 934	212 391	148 589	665 828	119 585	
Dithmarschen	63	6 393	1 452	4 941	9 567	135 850	97 040	1 975 779	410 047	
Hzgt. Lauenburg	98	9 247	2 197	7 050	13 363	192 650	138 039	686 977	112 612	
Nordfriesland	47	2 455	466	1 989	4 010	50 959	38 707	445 470	47 692	
Ostholstein	76	6 349	1 764	4 585	8 280	116 555	75 437	590 677	76 179	
Pinneberg	238	23 702	7 767	15 935	29 618	530 999	314 068	2 247 648	340 893	
Plön	42	2 645	628	2 017	3 725	55 835	39 272	261 279	13 797	
Rendsburg-Eckernförde	130	11 462	2 414	9 048	18 064	239 245	177 974	1 191 459	200 851	
Schleswig-Flensburg	69	4 527	940	3 587	7 266	90 775	67 605	831 540	122 381	
Segeberg	181	15 022	4 767	10 255	19 787	354 349	218 579	1 519 614	208 476	
Steinburg	97	10 445	2 202	8 243	14 517	239 026	176 730	1 197 318	141 125	
Stormarn	136	16 070	4 923	11 147	21 384	383 198	244 903	2 485 995	265 459	
Schleswig-Holstein	1 596	186 698	50 774	135 924	256 181	4 097 338	2 738 329	20 284 581	3 811 355	

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Industrie ¹⁾ 1974				Wohnungsbestand am 31.12.1974		Fertiggestellte Wohngebäude 1974		
		Kohle- verbrauch in t SKE ²⁾	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch (H ₀ = 8 400 kcal je m ³ 1 000 m ³)	Strom- verbrauch in 1 000 kWh	Wohn- gebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn- gebäuden	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen
			insgesamt	darunter schweres Heizöl						
FLENSBURG	.	34 358	29 438	201	98 129	10 789	39 345	158	117	
KIEL	2 835	26 584	6 223	3 770	154 866	26 467	109 598	280	157	
LÜBECK	.	59 239	32 813	99 590	324 815	34 003	99 693	300	261	
NEUMÜNSTER	1 538	15 146	3 848	3 950	111 221	13 911	34 779	211	165	
Dithmarschen	1 017	366 019	358 199	.	321 889	34 644	50 097	622	602	
Hzgt. Lauenburg	759	18 460	9 411	541	58 548	31 247	58 584	815	757	
Nordfriesland	.	5 767	419	.	15 328	40 455	65 595	731	632	
Ostholstein	5 883	18 673	14 197	3 482	41 984	38 116	76 938	811	703	
Pinneberg	528	96 108	61 070	9 174	288 746	45 234	96 561	1 006	903	
Plön	.	5 079	1 010	3 459	23 739	24 003	42 166	605	566	
Rendsburg-Eckernförde	.	45 147	25 393	364	86 129	49 008	87 166	1 103	1 011	
Schleswig-Flensburg	.	50 771	33 126	.	59 359	38 655	61 663	912	854	
Segeberg	.	26 171	4 488	30 382	108 389	36 986	69 378	1 229	1 152	
Steinburg	.	353 347	340 137	687	319 683	28 717	50 759	574	538	
Stormarn	1 485	30 823	11 876	3 831	127 141	34 031	64 151	904	809	
Schleswig-Holstein	380 157	1 151 692	931 648	159 674	2 139 968	486 266	1 006 473	10 261	9 227	

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen

2) 1 t Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle = 1 t Steinkohlenbriketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1974								Fertig- gestellte
	insgesamt	und zwar		von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschließlich Küchen					Wohnräume 1) 2)
		in Gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert	1 und 2	3	4	5	6 und mehr	1974
* ° *									
FLENSBURG	787	120	139	183	152	136	183	133	3 092
KIEL	2 369	182	1 189	380	352	939	503	195	9 315
LÜBECK	1 363	297	344	314	200	388	332	129	5 171
NEUMÜNSTER	788	178	137	159	161	206	127	135	3 094
Dithmarschen	931	640	209	101	95	204	243	288	4 500
Hzgt. Lauenburg	2 230	864	227	608	286	549	360	427	8 643
Nordfriesland	2 001	730	175	682	320	385	323	291	7 558
Ostholstein	2 555	790	299	939	368	507	324	417	9 168
Pinneberg	2 884	972	465	657	340	725	683	479	11 598
Plön	1 124	631	299	74	144	321	270	315	5 456
Rendsburg-Eckernförde	2 567	1 114	762	240	280	822	659	566	11 695
Schleswig-Flensburg	1 685	939	411	188	163	424	453	457	8 050
Segeberg	2 950	1 263	415	292	457	910	657	634	13 180
Steinburg	888	584	236	21	61	302	271	233	4 340
Stormarn	2 421	906	440	300	267	754	592	508	10 779
Schleswig-Holstein	27 543	10 210	5 747	5 138	3 646	7 572	5 980	5 207	115 639

KREISFREIE STADT Kreis	Bauüberhang am 31.12.1974		Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1.1.1975				
	Wohnungen		Bundes- autobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	zusammen
	unter Dach und noch nicht unter Dach	noch nicht begonnen					
	Länge in km (einschließlich Ortsdurchfahrten)						
* * *							
FLENSBURG	529	94	8	16	20	39	83
KIEL	2 042	623	7	48	16	68	137
LÜBECK	792	284	12	42	20	78	152
NEUMÜNSTER	381	168	3	24	14	28	70
Dithmarschen	839	374	-	147	452	321	921
Hzgt. Lauenburg	1 392	607	-	157	274	275	706
Nordfriesland	1 207	441	-	168	528	537	1 232
Ostholstein	1 618	770	14	201	290	151	656
Pinneberg	2 560	957	10	74	183	68	335
Plön	916	308	7	140	159	196	502
Rendsburg-Eckernförde	1 760	774	70	281	402	428	1 180
Schleswig-Flensburg	1 170	469	7	205	514	549	1 275
Segeberg	1 600	768	37	205	288	359	890
Steinburg	986	449	-	165	251	212	628
Stormarn	2 220	1 192	48	112	202	243	605
Schleswig-Holstein	20 012	8 278	222	1 984	3 614	3 552	9 372

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) mit 6 oder mehr m² einschließlich Küchen

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1975				Straßenverkehrsunfälle 1974		
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen ¹⁾ je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verunglückte Personen (Getötete und Verletzte)
		Personen- kraftwagen ¹⁾	Last- kraftwagen	Zug- maschinen ²⁾			
	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	27 205	24 844	1 528	157	265	487	642
KIEL	76 784	70 182	4 224	477	267	1 444	1 790
LÜBECK	64 520	58 297	3 970	754	250	1 479	1 818
NEUMÜNSTER	26 993	24 181	1 740	441	283	683	860
Dithmarschen	47 951	37 410	2 331	7 267	285	749	1 037
Hzgt. Lauenburg	50 013	42 454	2 032	4 469	281	824	1 110
Nordfriesland	59 664	47 615	2 800	7 861	294	969	1 430
Ostholstein	61 874	51 931	2 933	5 616	278	1 368	1 931
Pinneberg	84 161	73 547	4 738	4 309	291	1 359	1 780
Plön	42 946	35 512	1 767	4 753	313	682	940
Rendsburg-Eckernförde	84 336	69 287	3 677	9 697	293	1 518	2 189
Schleswig-Flensburg	68 370	54 156	2 758	9 975	307	964	1 411
Segeberg	74 130	62 639	3 917	6 312	323	1 166	1 579
Steinburg	45 764	36 944	2 282	5 449	282	795	1 081
Stormarn	60 762	52 866	3 270	3 466	304	1 026	1 433
Schleswig-Holstein	875 473	741 865	43 967	71 003	287	15 513	21 031

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1974				Empfänger ³⁾ von Sozialhilfe 1974		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1974	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	*	*	*	*	*	*	*
	1 000 DM						
FLensburg	7 975	5 821	13 796	145,95	4 570	2 219	23,4
KIEL	18 706	19 364	38 070	144,05	14 836	6 448	24,4
LÜBECK	18 140	21 648	39 788	169,67	12 097	5 624	23,9
NEUMÜNSTER	5 225	4 783	10 008	116,85	3 737	1 764	20,5
Dithmarschen	3 987	4 389	8 376	63,47	3 119	1 377	10,4
Hzgt. Lauenburg	4 561	8 614	13 176	87,32	4 189	1 411	9,3
Nordfriesland	5 176	4 894	10 070	62,30	4 426	1 514	9,3
Ostholstein	6 093	10 407	16 499	88,67	5 453	2 080	11,2
Pinneberg	7 815	12 985	20 800	82,13	7 405	2 620	10,4
Plön	3 506	5 229	8 735	77,03	3 156	1 263	11,2
Rendsburg-Eckernförde	7 996	11 706	19 702	83,66	7 263	2 728	11,6
Schleswig-Flensburg	6 133	7 649	13 782	78,15	5 479	2 225	12,6
Segeberg	5 558	7 905	13 463	70,02	5 086	1 958	10,2
Steinburg	5 907	8 888	14 795	112,57	5 089	1 798	13,7
Stormarn	4 473	7 593	12 065	69,91	4 634	1 376	8,0
Landesbehörden	43	84 327	84 370	32,65	376	-	-
Schleswig-Holstein	111 294	226 201	337 495	130,59	90 915	36 405	14,1

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

2) zulassungspflichtige

3) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

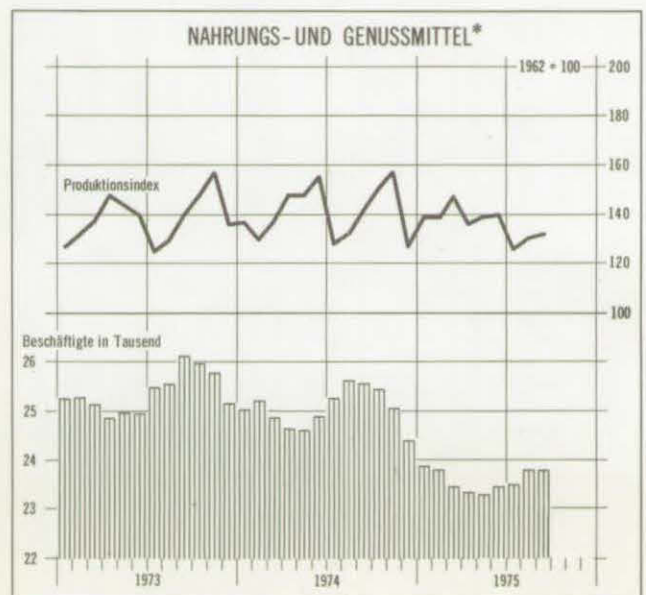
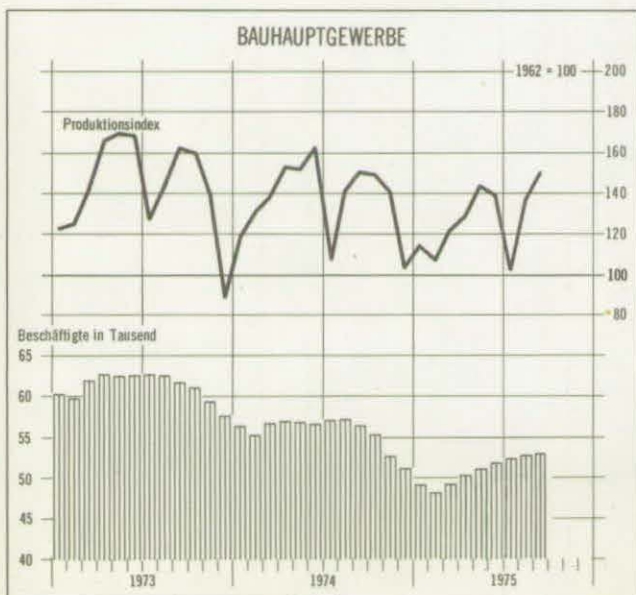
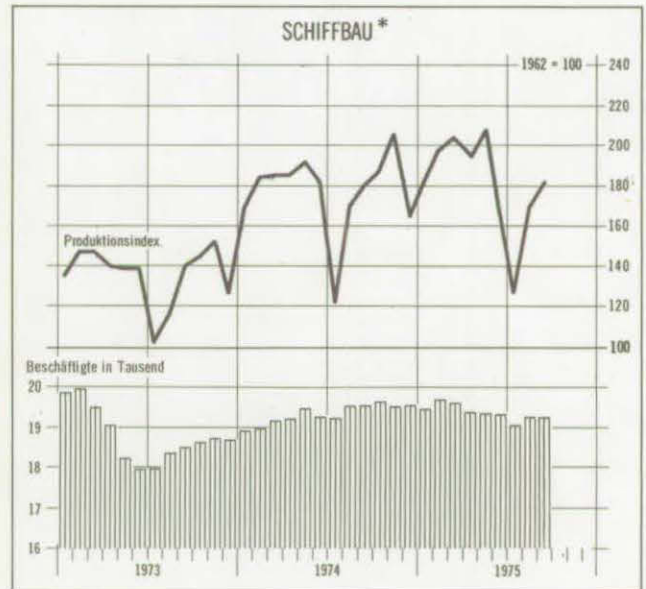
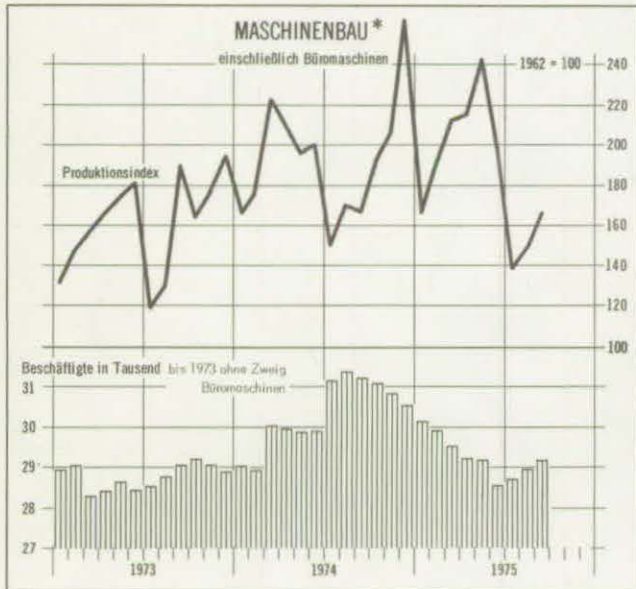
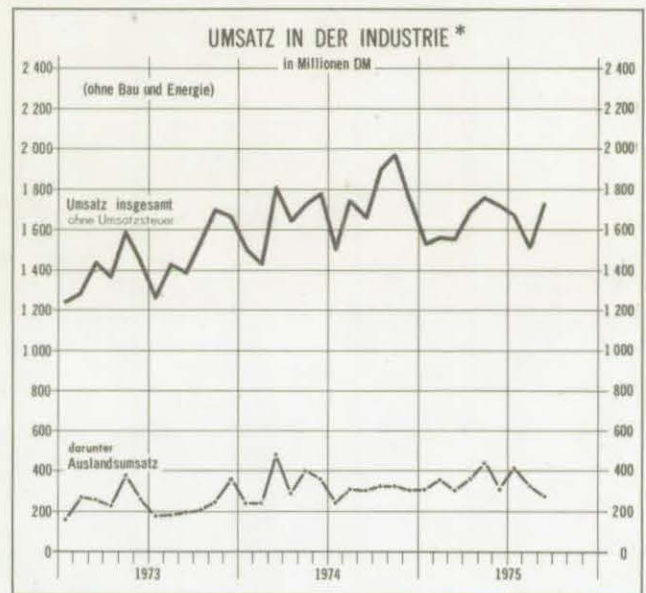
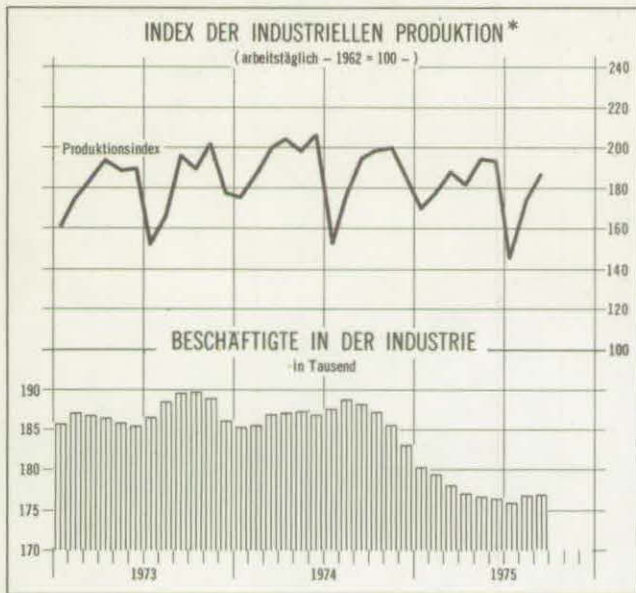
KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		Steuereinnahmen ¹⁾ 1974							
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden					
				zusammen (netto)		Grund- steuer A 2)	Grund- steuer B 3)	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁵⁾	
1 000 DM	DM je Einw. 4)	1 000 DM	DM je Einw. 4)	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	
*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	48 596	512	46 240	487	79	5 083	25 676	9 307	16 370
KIEL	170 634	645	164 329	622	137	17 136	74 958	33 212	41 747
LÜBECK	165 011	703	152 012	647	251	13 855	81 589	29 495	52 094
NEUMÜNSTER	44 817	521	42 960	499	67	5 058	18 437	7 458	10 979
Dithmarschen	48 829	368	46 082	348	2 951	4 553	27 485	9 934	17 551
Hzgt. Lauenburg	53 973	359	51 215	341	1 755	4 754	22 661	10 641	12 020
Nordfriesland	56 678	349	52 232	322	3 718	5 426	27 374	10 761	16 613
Ostholstein	67 391	361	62 479	335	3 251	6 755	29 914	12 434	17 480
Pinneberg	119 269	471	111 668	441	1 523	9 251	60 177	26 604	33 574
Plön	35 919	318	33 379	295	2 322	3 375	12 512	4 850	7 663
Rendsburg-Eckernförde	80 267	342	76 528	326	3 773	7 202	41 275	17 710	23 565
Schleswig-Flensburg	55 265	314	49 225	280	3 538	4 895	23 683	8 844	14 839
Segeberg	75 769	398	71 185	374	1 842	5 463	49 411	20 094	29 317
Steinburg	49 527	375	47 438	360	1 897	4 643	26 779	11 235	15 544
Stormarn	70 612	413	66 682	390	1 300	5 870	38 157	16 267	21 891
Schleswig-Holstein	1 142 558	442	1 073 655	416	28 404	103 319	560 090	228 844	331 246

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		noch: Steuereinnahmen ¹⁾ 1974		Realsteueraufbringungskraft ⁷⁾ 1974				Steuereinnahmekraft der Gemeinden 9) 1974	
		Lohn- summen- steuer	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer 6)	insgesamt		aus Gewerbesteuer ⁸⁾		1 000 DM	DM je Einw. 4)
1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	DM je Einw. 4)	1 000 DM	DM je Einw. 4)	1 000 DM	DM je Einw. 4)		
*	*	*	*	*	*	*	*		
FLENSBURG	-	24 709	26 425	278	22 369	236	41 611	438	
KIEL	30 359	74 951	117 601	445	74 459	282	162 403	614	
LÜBECK	26 526	59 286	114 041	486	78 437	334	141 746	604	
NEUMÜNSTER	7 260	19 597	29 567	344	17 924	208	41 913	487	
Dithmarschen	-	21 026	35 522	268	27 498	207	45 955	347	
Hzgt. Lauenburg	1 929	30 757	35 227	234	25 100	167	56 208	374	
Nordfriesland	509	25 966	37 349	230	26 938	166	52 661	324	
Ostholstein	165	34 828	41 395	222	29 927	160	63 611	341	
Pinneberg	3 169	64 150	77 455	306	61 886	245	116 257	460	
Plön	918	19 102	19 777	175	12 771	113	33 682	298	
Rendsburg-Eckernförde	138	41 850	53 713	229	41 940	179	78 617	335	
Schleswig-Flensburg	-	25 953	32 749	186	23 663	135	49 141	280	
Segeberg	-	34 564	59 461	312	50 840	267	73 417	385	
Steinburg	733	24 619	35 939	272	27 564	209	49 258	373	
Stormarn	226	37 395	47 257	277	38 679	226	69 229	405	
Schleswig-Holstein	71 931	538 755	763 479	296	559 994	217	1 075 706	417	

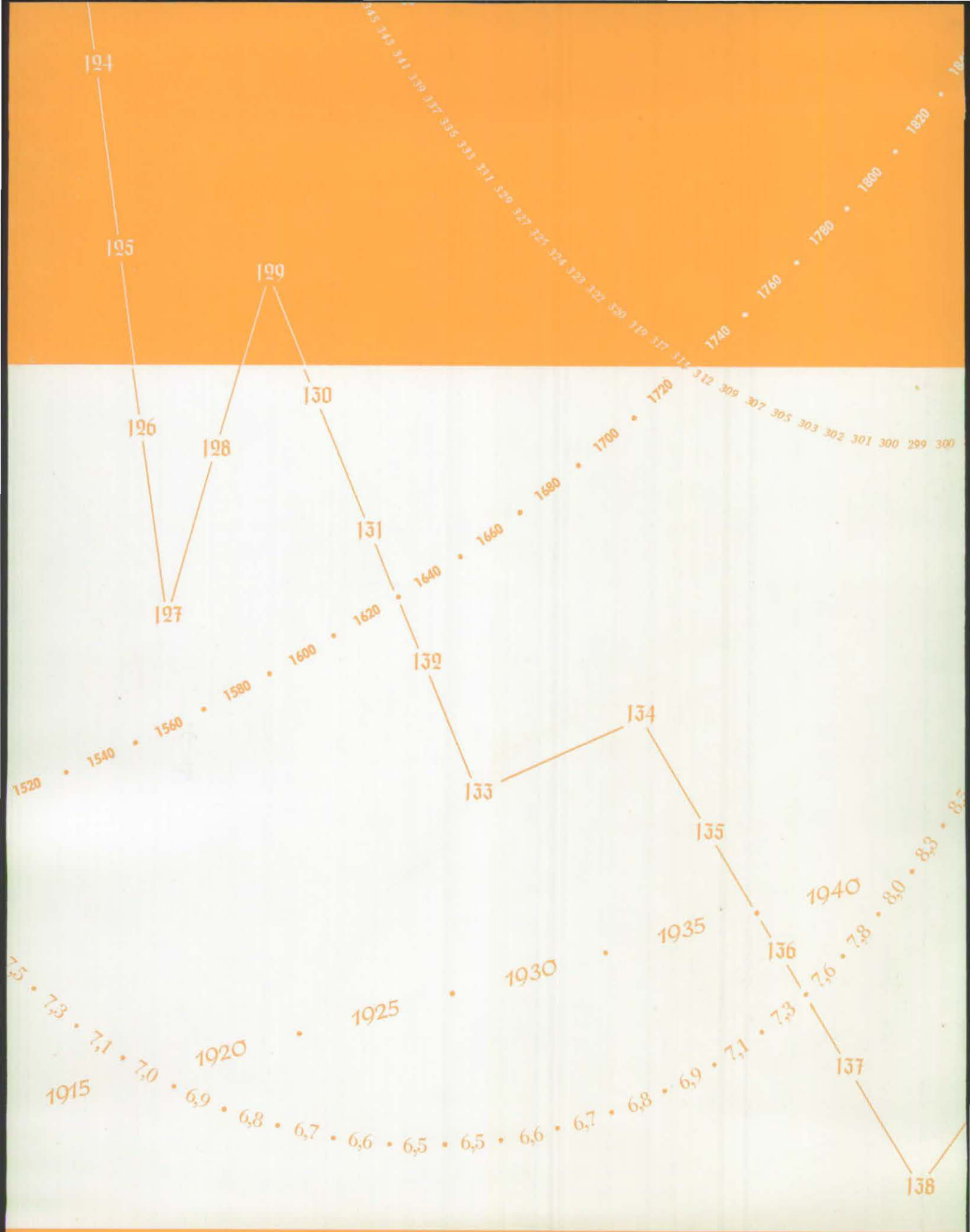
1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen 3) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten 4) Bevölkerungsstand 30. 6. 1974 5) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen 6) Ergebnisse der Schlußabrechnung 7) Summe der Grundbeträge vervielfältigt mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert 8) nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme 9) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach der Endabrechnung

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.



*) Industriebetriebe mit in allgemeinen 10 und mehr Beschaftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen